Rundbrief

Forum Umwelt & Entwicklung



Buddeln bis zum "geht nicht mehr"?

Rohstoffboom - Rohstofffluch

Buddeln bis zum "geht nicht mehr"?

Rohstoffboom - Rohstofffluch

Inhalt
Editorial2 Jürgen Maier
Schwerpunkt
Green New Deal und Rohstoffboom3 Lili Fuhr
Gegen Ungerechtigkeit - Prinzipien für eine gerechte Rohstoffpolitik5 Tilman Santarius
Ran an den Stoff! -Wie die EU-Handels- und Rohstoffpolitik Entwicklung untergräbt 6 Nicola Jaeger
Lithium fürs Volk - Begehrter Rohstoff für Zukunftstechnologien8
Daniela Honold
Regulierung und Kontrolle Lösungen für den Ressourcenfluch?
Nachhaltige Ressourcenpolitik
Ressourcen nachhaltig nutzen - Die große Herausforderung des 21. Jahrhunderts
Sicherheit – für wen? - Von Rohstoffabhängigkeit und Rohstoffreichtum
Der Preis der Metalle - Kein Gold, das glänzt15 Friedel Hütz-Adams
Zwei Seiten einer Medaille – Menschenrechts- verletzungen und Umweltverschmutzung
Fehlende internationale Unterstützung - Steht die Yasuní ITT-Initiative Ecuadors vor dem Aus?
Die politische Bedeutung der Abfallwirtschaft020 Hartmut Hoffmann,
Substitution als Weg aus der Knappheit
Rohstoff Holz- Nachhaltig nur in Grenzen nutzbar23 László Maráz

Ungenutzte Chance für den Gewässerschutz – Ökonomischen Instrumente der Wasserrahmenrichtlinie25 Michael Bender/ Tobias Schäfer/ Alexandra Gaulke
Aktuell
Klimagipfel Cancún - Scherben aufsammeln nach dem Debakel von Kopenhagen28 Jürgen Maier
Grüne Wüste auf dem Vormarsch29 Antonia Vorner
Gesellschaft für neue Agrarpolitik - 2011 startet Kampagne zur Reform der Europäischen Agrarpolitik 30 Berit Thomsen
Klima-Allianz - Themenspektrum
für 2011 erweitert31 Katharina Reuter
Neue AG Meere mit breitem Themenspektrum Kai Kaschinski
Themen & AGs
Historisches Ergebnis erzielt - 10. UN-Gipfel zur biologischen Vielfalt in Nagoya33 Günter Mitlacher
Bittere Pille? - Das Protokoll gegen Biopiraterie und der Kampf gegen Biopiraterie34 Michael Frein / Hartmut Meyer
Rückenwind aus Nagoya - Mehr Schutz für die Biologische Vielfalt36 Friedrich Wulf
"Right Livelihood Award" - Ritterschlag für Zukunftsengagement
Wo – bitte – geht's zur Postwachstumsgesellschaft?39 <i>Elisabeth Stiefel</i>
Klima und Entwicklung im Doppelpack40 Anke Kurat
(Über)Leben im Klimawandel41 Mireille Hönicke
AEEP und der Kampf gegen die Energiearmut42 Monika Hoegen
4. Netzwerk21Kongress: Kommunale Nachhaltigkeit in Zeiten der Krise



Impressum: Herausgeber: Forum Umwelt & Entwicklung Koblenzer Str. 65, 53173 Bonn

Marienstr. 19-20, 10117 Berlin Telefon:0228-35 97 04 Fax: 0228-923 993 56 E-mail: info@forumue.de Internet: www.forumue.de

Verantwortlich: Jürgen Maier
Redaktion: Monika Brinkmöller
Serviceteil: Bettina Oehmen
Layout: Stefan Schober
Titelbild: Flickr.com/pommes.fritz123

Das Forum Umwelt & Entwicklung wurde 1992 nach der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung gegründet und koordiniert die Aktivitäten der deutschen NRO in internationalen Politikprozessen zu nachhaltiger Entwicklung. Rechtsträger ist der Deutsche Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände (DNR) e.V.

Dieser Rundbrief wurde mit finanzieller Unterstützung von Brot für die Welt herausgegeben. Die redaktionelle und inhaltliche Verantwortung liegt beim Forum Umwelt und Entwicklung.

Die nächste Ausgabe des Rundbriefs erscheint im März 2011.

Liebe Leserinnen und Leser,

Rohstoffe sind wieder ein ganz großes politisches Thema. Staaten sichern sich den Zugriff auf Rohstoffe, Bundesregierung, BDI und EU-Kommission basteln an Rohstoffstrategien: Vorbei die Zeiten, als die Weltmarkt-Preise für Rohstoffe immer tiefer in den Keller sanken und Entwicklungstheoretiker dies für unausweichlich erklärten.



Jürgen Maier

Bisher hat Rohstoffreichtum allerdings eher sel-

ten zu Entwicklungserfolgen geführt – die erfolgreichen Entwicklungsmodelle Ost- und Südostasiens beruhten überwiegend darauf, dass diese Länder eben keine Rohstoffe hatten und der Reichtum nicht aus dem Boden quoll, sondern erarbeitet werden musste. Länder wie Nigeria, Angola oder der Irak hätten sich vermutlich viel Leid und Elend erspart, wenn in ihrem Boden kein Öl wäre, so wie in Taiwan, Südkorea oder Japan.

Heute stehen die Zeichen wieder auf »Goldrausch« – die boomende Weltwirtschaft verlangt immer mehr Kupfer, Seltene Erden, Tantal, Eisen und viele andere Mineralien mehr. Auch die agrarischen Rohstoffe geraten immer mehr ins Visier der Rohstoffspekulanten. Heute stellt sich nicht mehr die Frage, ob Rohstoffexport lukrativ ist. Die Frage ist eher, was der Rohstoffboom anrichtet.

Rohstoff - Fluch oder Segen? Korruption und Umweltzerstörung oder nachhaltige Entwicklung in den Exportländern? Nationalistische Außenpolitik und Hofierung von Diktaturen, oder gerechter Vorteilsausgleich in den internationalen Beziehungen? Und in den Importländern geht es um die Frage, Effizienzsteigerung und Senkung des Rohstoffverbrauchs oder um aggressive Sicherung »unserer« Rohstoffimporte.

Das vorliegende Heft versucht, die Bandbreite der heute hochaktuellen Rohstoffpolitik abzudecken. Auch die Energiewende, die Effizienzrevolution die wir für das »zukunftsfähige Deutschland« brauchen, braucht ja Rohstoffe, wenn auch andere und weniger. Über die Debatte, wie Rohstoffe nachhaltig genutzt werden können und welche nationalen und internationalen Politikinstrumente dafür gebraucht werden, erhalten Sie in diesem Heft einen aktuellen Überblick. Die umfassenden Antworten darauf gibt es sicher noch nicht. Aber Ansätze für Teilbereiche, etwa Nachhaltigkeitszertifizierungen für Biomasse oder Transparenz-Initiativen im Rohstoffsektor. Rohstoffpolitik ist ein äußerst vielschichtiges und interdisziplinäres Thema und wird auf der Agenda der Umwelt- und Entwicklungsorganisationen stetig nach oben klettern. Auch das Forum Umwelt & Entwicklung plant hierzu 2011 eine Reihe von Tagungen und Publikationen.

Erbauliche Lektüre wünscht

اردل' -

Jürgen Maier

Schwerpunkt

Green New Deal und Rohstoffboom

Ein kritischer Blick auf die deutsche Rohstoffstrategie und die Raw Materials Initiative der EU

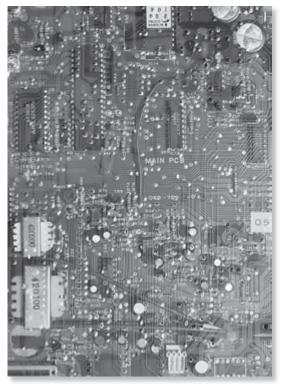
Mit dem Rohstoffboom der grünen Technologien rückt die Rohstoffpolitik auf die Top Agenda. Regulierungsansätze gibt es wenig, auch wenn die Herausforderungen enorm sind. Ein kritischer Blick auf die deutsche und europäische Rohstoffstrategie legt nahe, dass sie diesen Herausforderungen nicht gerecht werden.

eltene Erden aus China, Lithium aus Bolivien, Coltan aus der Demokratischen Republik Kongo – Zukunftstechnologien von Klimaschutz über Telekommunikation bis hin zu militärischen Hightech-Waffen sind auf eine Vielzahl strategischer Rohstoffe angewiesen. Bundesminister Brüderle formuliert das so: "Für die Zukunft des Hochtechnologiestandorts Deutschland ist die Versorgung mit bezahlbaren Industrierohstoffen von entscheidender Bedeutung." (Pressemitteilung des BMWi vom 20.10.2010). Und genau diese Rohstoffe sind damit die Wachstumsmotoren der westlichen Industriegesellschaften. Kein Wunder also, dass die europäischen Unternehmen Panik bekommen, wenn die globale Nachfrage steigt und die Verteilungskonflikte zunehmen. Das Rohstoffthema ist aus der Expertennische auf die Topagenda

gerutscht und wird – begleitet von intensiven Lobbybemühungen der rohstoffverarbeitenden Industrie – demnächst auch auf dem G20-Gipfel verhandelt. Was sind die Herausforderungen, vor den wir stehen, und welche Lösungsansätze werden hierzu diskutiert?

Herausforderungen im Rohstoffsektor

Konkurrent Nummer eins für die Europäer ist China. China verfügt zum einen über signifikante Reserven strategischer Mineralien¹ – bei den Seltenen Erden kontrolliert China 97 % der Produktion für den Weltmarkt – und zum anderen wird es von der EU als Konkurrent um den Zugang zu den noch unerschlossenen Reserven auf



dem afrikanischen Kontinent wahrgenommen. Dabei wird unterstellt, dass China sich mit unlauteren Methoden – gemeint sind markt- und wettbewerbsverzerrende Maßnahmen sowie das Nichtbeachten von Umwelt- und Sozialstandards – Vorteile verschafft.

Weniger diskutiert wird allerdings, dass die von China verhängten Exportbeschränkungen auf strategische Rohstoffe die altbekannte weltweite Arbeitsteilung in Frage stellen: China will nicht mehr nur Billigtextilien herstellen, sondern selbst Weltmacht bei den Zukunftstechnologien werden und benötigt dafür die heimischen Reserven. Europa – aber auch die USA oder Japan – haben jahrelang von den billigen chinesischen Exporten profitiert und dabei sowohl den Aufbau

eigener oder anderer Produktionsstätten als auch massive Investitionen in Forschung und Entwicklung für Ressourceneffizienz, Recycling und Substitution verpasst. Rohstoffpolitik ist auch Geopolitik.

Doch die Herausforderungen im Rohstoffsektor sind weitaus umfassender und drehen sich nicht allein um China. Seit einigen Jahren sind nun neben den klassischen Rohstoffen wie Öl und Gas, Kohle, Edelsteinen

und Uran eben die nicht-energetischen mineralischen Rohstoffe in den Fokus der Politik gerückt - eben weil sie so zentral sind für die Zukunftstechnologien. Verteilungskonflikte um diese endlichen und geographisch sehr ungleich vorhandenen Ressourcen werden zunehmen.

Es ist bemerkenswert, dass ein solch zentraler Sektor von einem eklatanten Mangel an Regulierung gekennzeichnet ist. Es gibt keine internationale Konvention zum nachhaltigen und gerechten Ressourcenmanagement und auch keine internationale Agentur, die sich damit befasst. Auch auf nationaler Ebene sind die Regulierungsansätze marginal. Stattdessen ist eine weiterhin zunehmende Marktkonzentration und Marktmacht weniger multinationaler Konzerne zu beobachten, von deren Vermachtungsstrukturen lediglich eine kleine

elitäre Minderheit in den Produzentenländern profitiert. Der Ressourcenfluch ist noch lange keine Vergangenheit.

Die Deutsche Rohstoffstrategie

Die Bundesregierung hat am 18. Oktober 2010 eine neue Rohstoffstrategie beschlossen, die unter Mitarbeit von Auswärtigem Amt, BMZ und BMU federführend vom Wirtschaftsministerium erstellt wurde. Die EU hat ihre Raw Materials Initiative bereits 2008 vorgelegt und wird in Kürze einen Fortschrittsbericht zur Umsetzung der europäischen Rohstoffstrategie vorlegen. Aus beiden Strategien geht klar hervor, dass sich die europäischen Regierungen und Unternehmen große Sorgen um die Versorgung mit nicht-

energetischen mineralischen Rohstoffen machen und eine Reihe von Maßnahmen in die Wege leiten, die bei genauem Betrachten den Methoden, die China unterstellt werden, gar nicht so unähnlich sind.

Die Bundesregierung setzt in ihrer neuen Rohstoffstrategie den alleinigen Schwerpunkt auf die Sicherung der Rohstoffversorgung der deutschen Industrie. In diesem Punkt ist sie kohärent. Alle Instrumente der Außen- und sowie Außenwirtschaftspolitik der Entwicklungspolitik werden unter dieser Maxime gebündelt. So plant die Bundesregierung die Einrichtung bilateraler Rohstoffpartnerschaften mit rohstoffreichen Entwicklungsländern. Unterstützung von Good Governance, Aufbau von Infrastrukturen und Ausbildung von Fachkräften sollen im Gegenzug langfristige und stabile Lieferverträge für die deutsche Wirtschaft bringen. "Win-win" nennen das Herr Brüderle und Herr Niebel. "Marktverzerrung durch Vorteilsverschaffung" kommt dagegen die Kritik zivilgesellschaftlicher Akteure aus rohstoffreichen Ländern Afrikas und Lateinamerikas, die wenig Interesse daran haben, dass Europa und China sich einen Wettbewerb um die Gunst ihrer Regierungen bieten, bei der die lokale Bevölkerung nur verlieren

Wichtige Kernforderung der deutschen (und übrigens auch europäischen) Rohstoffstrategie ist die Durchsetzung von Freihandel. Das wird sowohl bei bilateralen Freihandelsabkommen als auch bei Regierungsgesprächen dominant verfochten. Regierungen rohstoffreicher Entwicklungsländer werden damit wertvolle Handlungsspielräume für Umweltschutz und den Aufbau heimischer Industrien genommen, die sie aber genau angesichts des weltweiten Runs auf ihre natürlichen Reichtümer dringend benötigen, um diesen Reichtum auch in Wohlstand für ihre Bevölkerungen umzusetzen.

Die Unterstützung freiwilliger Initiativen für mehr Transparenz im Rohstoffsektor (Extractive Industries Transparency Initiative, EITI) wirkt daneben nur als Feigenblatt und Ausrede, wenn sie nicht von verbindlicher Regulierung für Transparenz, Menschenrechte, Umwelt- und Sozialstandards begleitet wird – beispielsweise bei den Instrumenten der Außenwirtschaftsförderung. Das Interesse der deutschen Wirtschaft ist nachvollzieh-

bar. Aber eine Rohstoffpolitik darf nicht nur von nationalen Egoismen geprägt sein.

Die EU Raw Materials Initiative

Die Rohstoffstrategie der EU stützt sich auf drei Säulen: Aufbau eines Level Playing Fields für europäische Unternehmen in Drittstaaten, nachhaltige Versorgung der europäischen Industrie mit Rohstoffen und Förderung von Ressourceneffizienz und Recycling. Aus Entwürfen des Fortschrittsberichts zur Raw Materials Initiative, den die Europäische Kommission in Kürze vorlegen wird, lassen sich einige besorgniserregende Schlüsse herauslesen.

So wird die EU weiterhin massiv auf das Instrument Freihandel setzen, um sich bedingungslosen Zugang zu den Rohstoffen ihrer Partnerländer zu sichern. Dies ist nachvollziehbar im generellen Kurs der EU-Handels- und Investitionspolitik, wird aber die bereits in der Debatte um die EPAs aufgeführten Risiken und Nachteile für rohstoffreiche Entwicklungsländer massiv verstärken. So droht die EU beispielsweise damit, Ländern, die den Export von Rohstoffen beschränken, den vergünstigten Marktzugang zu entziehen (Ausschluss aus dem General System of Preferences, GSP). Außerdem will sie die Regulierung von Auslandsinvestitionen (Trade Related Investment Measure, TRIMs) in ihre bilateralen Handelsabkommen aufnehmen, was die Entwicklungsländer kategorisch ablehnen. Eine drohende WTO-Klage gegen China aufgrund von Exportbeschränkungen bei strategischen Mineralien könnte sich zudem noch als äu-Berst kontraproduktiv erweisen, wenn man bedenkt, wie abhängig die europäische Industrie von China ist.

Aspekte von guter Regierungsführung und verbindlicher Regulierung tauchen in der europäischen Strategie dagegen so gut wie gar nicht auf. Auch die EU setzt auf eine neue Form der "Rohstoffdiplomatie" mit rohstoffreichen Entwicklungsländern, die diese als neokolonial bezeichnen.

Zivilgesellschaft kein Akteur?

Die Bundesregierung führt seit Jahren einen Dialog mit der Wirtschaft zu rohstoffpolitischen Fragen – in Vorbereitung dieser Strategie und im Rahmen des interministeriellen Ausschusses. Ein wichtiger Akteur fehlt: Die Zivilgesellschaft. Zivilgesellschaftliche

Organisationen weltweit arbeiten sehr intensiv an ressourcenpolitischen Themen und haben eine Reihe von klaren Forderungen und Empfehlungen an die Politik. Die Bundesregierung hat sie bisher leider nicht als relevanten Akteur in diesem Politikfeld anerkannt. Die Debatte um eine deutsche Rohstoffstrategie wurde hinter verschlossenen Türen und unter Ausschluss von Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft geführt. Das federführende Ministerium entzieht sich sogar explizit dem Dialog mit den NGOs. Nun war es bestimmt auch nicht hilfreich, dass sich die deutsche Zivilgesellschaft erst sehr spät zu einem Bündnis hat durchringen können, das aber jetzt eine ganze Palette von Anforderungen an eine zukunftsfähige Rohstoffstrategie vorgelegt hat. Die eklatanten Mängel und fundamentalen Fehler bei der Weichenstellung der vorliegenden Rohstoffstrategie machen deutlich, dass es der Bundesregierung sehr gut getan hätte, wenn sie den offenen und transparenten Dialog mit der Zivilgesellschaft gesucht hätte.

Fazit

Wenn der Green New Deal die Antwort auf die ökologischen und sozialen Herausforderungen unserer Zeit sein will, muss er Vorschläge für eine internationale Rohstoffpolitik werfen, die die Entwicklung der rohstoffreichen armen Länder im Fokus hat. Was wir angesichts knapper endlicher Ressourcen, steigender Nachfrage und zunehmender Verteilungskonflikte nicht brauchen, ist mehr Freihandel, weniger Regulierung und ein sicherheitspolitischer Diskurs à la Köhler und Guttenberg. Aber genau das findet statt. Und die deutsche und europäische Rohstoffstrategie werden damit den ressourcenpolitischen Herausforderungen unserer Zeit nicht gerecht - und Deutschland und Europa nicht ihrer weltpolitischen Verantwortung.



Lili Fuhr

Die Autorin leitet das Referat Internationale Umweltpolitik der Heinrich Böll Stiftung und arbeitet schwerpunktmäßig zu internationaler Klima- und Ressourcenpolitik.

1 Die Europäische Kommission hat vor einigen Monaten 14 kritische mineralische Rohstoffe identifiziert, die im folgenden Sinne kritisch sind: strategisch bedeutsam für die Industrie, hohes Versorgungsrisiko und Mangel an Substituten (siehe http://ec.europa.eu/enterprise/policies/rawmaterials/critical/index_en.htm).

Gegen Ungerechtigkeit

Prinzipien für eine gerechte Rohstoffpolitik

Ungerechtigkeit ist ein Zustand, den jeder kennt, und ein Gefühl, das niemand mag. Dass die global höchst ungleiche Aneignung von Rohstoffen irgendwie ungerecht ist, empfinden und äußern viele – seien es deutsche Unternehmen, die beklagen, dass ihre Konkurrenten aus China so viel abzocken; seien es manche Regierungen etwa aus Lateinamerika, die lamentieren, dass die Industrieländer den Entwicklungsländern die Rohstoffe regelrecht wegnähmen, seien es NGOs, die kritisieren, dass die globale Konsumentenklasse der marginalisierten Mehrheitswelt die Ressourcen vorenthält.

as hingegen eine gerechte Aneignung und Verteilung von Rohstoffen ist und wie sie hergestellt werden kann, darüber gehen die Meinungen stark auseinander. ,Gebt uns unsere Böden wieder!', fordern Landlose in Brasilien oder Zentralafrika, nachdem sie dem landgrabbing kapitalstarker Investoren zum Opfer gefallen sind. ,Im Notfall ist auch militärischer Einsatz nötig, um freie Handelswege für Deutschlands Wirtschaft zu sichern', meinen Horst Köhler und Karl-Theodor zu Guttenberg. So wie Ungerechtigkeit ein höchst subjektives Empfinden ist, so unterschiedlich kann auch die Einschätzung darüber ausfallen, was letztlich gerecht sei, und wie Gerechtigkeit am besten hergestellt werden könne.

Allerdings ist Gerechtigkeit beileibe nicht beliebig. Jedenfalls für die Gerechtigkeit in der Nutzung der begrenzten Rohstoffe des Planeten lassen sich einige Prinzipien nennen, die verallgemeinerbar sind.¹

1. Die Existenzrechte sichern

Jeder Bewohnerin und jedem Bewohner der Erde, so sagt es die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, kommt dank seines Menschseins das Recht zu, ein würdiges Leben zu führen, also ein Leben, das physisch sicher ist und die Ausübung des eigenen Willens erlaubt. Gerade für jenes Drittel der Menschen auf der Erde, deren Existenz unmittelbar von der sie umgebenden Natur abhängt, kommt dem aktiven Schutz der natürlichen Ressourcen ein hoher Stellenwert zu. Wie diese jedoch durch eine verfehlte oder fehlende Rohstoffpolitik allzu oft gefährdet werden, zeigt das Beispiel Kinari im indischen Staat Orissa. Hier wird Bauxit im Tagebau gewonnen und vor Ort zu Aluminium verarbeitet. Die dafür notwendige Entwaldung

bedingt eine Absenkung des Grundwasserspiegels und trocknet nahegelegene Flüsse und Seen aus, während toxischer Schlamm aus der Aluminiumproduktion die umliegenden Böden unfruchtbar macht. Böden und Wasser sind aber die wichtigsten Lebens-Mittel der ansässigen Bevölkerung, die von der Aluminiumproduktion kaum profitiert. Das Beispiel Kinari zeigt, wie das Interesse an Existenzsicherung mit dem Interesse an Umweltschutz überein fällt - und übrigens auch mit dem Interesse an Armutsbekämpfung - aber leider nicht mit dem Interesse nach billigen Rohstoffen.

Indessen werden Existenzrechte nicht nur im Rahmen lokaler Konflikte beim Rohstoffabbau verletzt, sondern häufig auch durch das leise Wirken von Institutionen wie etwa der internationalen Handelspolitik vorenthalten. Daher reicht es nicht aus, die Einhaltung der Menschen- und Existenzrechte als eine Pflicht von Regierungen gegenüber ihren Bürgerinnen und Bürgern zu begreifen. Vielmehr muss von Regierungen die Einhaltung der Menschenrechte auch jenseits der eigenen Landesgrenzen als "extraterritoriale Staatenpflicht" gelten. Für jede nationale Rohstoffpolitik, die gerecht sein will, gilt demnach, dass sie auch extra-territoriale Pflichten anerkennt und dem selbsterklärten Ziel folgt, die Existenzrechte aller Bürgerinnen und Bürger in den Herkunftsländern der Rohstoffe zu achten und die Existenzgrundlagen wie intakte Ökosysteme nicht zu beeinträchtigen.

2. Den Verbrauch zurückfahren

Aus der Anerkennung elementarer Existenzrechte ergibt sich eine Grundregel für die Verteilungsgerechtigkeit: Rohstoffe sind so zu verteilen, dass die Vielverbraucher nicht die Existenzechte der Armen untergraben. Die Aneignung der Naturschätze auf dem Planeten ist höchst ungleich verteilt: gut 25 Prozent der Weltbevölkerung eignen sich etwa 75 Prozent der Weltressourcen an. Ungleiche Aneignung kann zwar in Maßen gerechtfertigt sein. Doch werden sich Konflikte um das Menschenrecht auf eine intakte Umwelt nur entschärfen lassen, wenn die globale Konsumentenklasse ihre Nachfrage nach Rohstoffen aus der Natur- vor allem nach Rohstoffen jenseits ihrer Grenzen – zurückbaut.

Nicht nur die Anerkennung elementarer Existenzrechte, sondern auch die Anerkennung der Freiheit der Anderen erfordert eine Revision der gegenwärtigen Ungleichverteilung des Rohstoffverbrauchs. Das gilt auch für den Verbrauch von Rohstoffen, denn der Überkonsum der Vielverbaucher schränkt die Entwicklungsspielräume der Bedürftigen ein. Wenn etwa die EU und die USA zusammen nur rund 2% zur Nickelförderung beitragen, aber über die Hälfte des Nickels weltweit verbrauchen, dann bleibt zu wenig Raum für jene 6 Milliarden Menschen, die für ihre Entwicklung noch an Ressourcenverbrauch zulegen müssen. Aus Kants kategorischem Imperativ lässt sich eine Richtschnur für eine faire Verteilung ableiten: Keine Rohstoffpolitik darf auf Prinzipien gründen, die nicht universalisierbar sind, also dem Grundsatz nach von den Rohstoffpolitiken aller anderen Länder ebenfalls übernommen werden können. Die Überaneignung von begrenzten Ressourcen durch wenige starke Länder auf Kosten vieler schwächerer Länder widerspricht diesen Regeln. Deshalb wird der Rückbau des Ressourcenverbrauchs der Reichen zum kategorischen Imperativ jeder gerechtigkeitsfähigen Rohstoffpolitik.

3. Einen fairen Handel garantieren

Was ist ein "fairer Handel"? Ein fairer Handel wird durch die Gleichwertigkeit von Geben und Nehmen ausgezeichnet. Gegenwärtig kann beim Rohstoffhandel zwischen der nördlichen und der südlichen Hemisphäre von Fairness kaum die Rede sein. Während des ganzen 20. Jahrhunderts sind die Rohstoffpreise (ohne Öl) jedes Jahr um ungefähr ein Prozent relativ zu den Industrieprodukten zurückgegangen, seit den frühen 70er Jahren sind die realen Preise um zwei Drittel gefallen. So kommt es, dass Europa Rohstoffe oder billige Güter niedri-

ger Verarbeitungsstufen zum durchschnittlichen Preis von 0,70 Euro pro kg importiert, während es gleichzeitig höherwertige Waren mit einem durchschnittlichen Wert von 2,20 Euro pro kg exportiert (2005). Zwar hat der Preistrend auf den Rohstoffund Agrarmärkten in den letzten Jahren die Richtung geändert; doch die Preisanstiege müssen noch lange fortdauern, bis sich ein faires Tauschverhältnis zu Industriegüterprodukten und Dienstleistungen einstellt. Die anhaltende Misere der terms of trade vieler Länder zeigt eindrücklich, dass der unfaire Handel anhält.

Was sich im Handel zwischen den Nationen an Strukturen der Ungleichheit herausgebildet hat, spiegelt sich ebenfalls in den Binnenbeziehungen transnationaler Produktionsketten. Bei der Wertschöpfungskette eines T-Shirts etwa – und der aller größte Teil der Textilien auf unseren Märkten kommen aus dem Süden – bleiben nur ein paar Prozent des Endpreises bei den Baumwollproduzenten und knapp 20 Prozent bei den verarbei-

tenden Textilunternehmen in den dortigen Ländern; der Rest wird durch Dienstleister abgeschöpft, die meistens in den Konsumländern zuhause sind. Die Lösung drängt sich förmlichst auf: Nur durch faire Preise für die Erzeuger und eine gleichzeitige Dematerialisierung der Importe kann Ressourcengerechtigkeit hergestellt werden. Projekte zur Zertifizierung von Handelsketten, das Labelling von Produkten wie es TransFair, Max Havelaar oder FairTrade vormachen, aber auch die (realpolitisch gescheiterten) internationalen Rohstoff-Abkommen der zweiten Hälfte des 20.Jahrhunderts bieten Ansätze für lessons-learned, auf denen eine gerechte Rohstoffpolitik aufbauen kann.

Zahlreiche Länder legen sich dieser Tage neue Strategien zu, wie sie in Zukunft den Zustrom an den immer harscher umkämpften Rohstoffen nachhaltig sichern können. Dass dies auch mit mehr Kapital, mehr Marktmacht, mehr politischem "Armdrücken" oder gar mehr militärischer Präsenz erzielt werden kann, zeigt der Status Quo.

Ob dies indessen eine tatsächlich zukunftsfähige Strategie ist, steht auf einem anderen Blatt. Die augenscheinlichen Knappheiten werden jedenfalls nicht vermindert, sondern womöglich noch verschärft.

Eine Rohstoffpolitik hingegen, die durch eine drastische Dematerialisierung der Produktion den Bedarf an Rohstoffen senkt, beim verbleibenden Rohstoffhandel die Existenzrechte Betroffener bei der Extraktion sichert und zugleich einen fairen Handel mit den Partnerländern garantiert, wäre eine Alternative, die nicht nur Wohlstand für mehr Menschen sichern kann, sondern auch Frieden stiftet, indem sie die Welt vor weiteren kleineren Ressourcenkonflikten und größeren Ressourcenkriegen bewahrt.



Tilman Santarius

Der Autor ist Referent für internationale Klima- und Energiepolitik bei der Heinrich-Böll-Stiftung.

1 siehe hierzu: Wuppertal Institut: "Fair Future. Begrenzte Ressourcen und globale Gerechtigkeit". München: Beck, 2005.

Ran an den Stoff!

Wie die EU-Handels- und Rohstoffpolitik Entwicklung untergräbt

Der große Wettlauf um die weltweiten Rohstoffe ist eröffnet. Plötzlich scheinen sie nicht mehr billig und unendlich, sondern knapp, teuer und umkämpft. Und wer die Spielregeln bestimmt, ist klar im Vorteil.

ngesichts der zunehmenden Wettbewerber um die Rohstoffvorkommen der Welt riefen Industrievertreter in Europa nach mehr staatlicher Rohstoffpolitik. 2006 stellte die deutsche Bundesregierung ihre "Elemente einer Rohstoffstrategie" gemeinsam mit dem BDI vor. Und auch suchte die EU neue Wege, ihren Unternehmen und Investoren einen besseren Zugang zu Rohstoffen in Entwicklungsländern zu verschaffen.

Im November 2008 präsentierte der EU-Vizepräsident Günter Verheugen (SPD) die "Raw Materials-Strategy" der EU. Diese Strategie basiert auf drei Säulen: Sicherung des Zugangs zu Rohstoffen auf den Weltmärkten, Förderung von Rohstoffen aus europäischen Quellen und Reduzierung des europäischen Verbrauchs primärer Rohstoffe. Während die Maßnahmen der letzten Säule eher vage Absichtserklärungen sind, wird man bei der Exploration

und Nutzung von Rohstoffen hierzulande schon konkreter, so soll z.B. die Förderung in Naturschutzgebieten ermöglicht werden. Genaue Maßnahmen und Ziele finden sich in der ersten Säule: Unter dem Titel "aktive Rohstoffdiplomatie" sollen die verschiedenen Bereiche der EU-Außenpolitik wie

Dieser Artikel basiert auf dem Bericht "Die neue Jagd nach Ressourcen – Wie die EU-Handels- und Investitionspolitik Entwicklung bedroht" von Mark Curtis, herausgegeben von WEED e.V., Oxfam Deutschland e.V., Traidcraft Exchange, Comhlamh und AITEC. Dezember 2010.

ISBN: 978-3-937383-70-5

Er kann per Email an weed@weed-online.org bestellt oder unter www.weed-online.org heruntergeladen werden.

Außenbeziehungen, Handel, Entwicklung, Sicherheit usw. koordiniert werden, um den "diskriminierungsfreien Zugang" zu Rohstoffen sichern.

Diese europäischen Interessen sollen mittels neuer bilateraler Freihandelsabkommen (FTA), z.B. mit Korea, Indien, Peru/Kolumbien oder Mittelamerika durchgesetzt werden. Auf die AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik) wird in den Verhandlungen zu den Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA) Druck ausgeübt. Neben der Marktöffnung für den Güterhandel geht es vor allem um die Liberalisierung von Dienstleistungen und Investitionen,



Wettbewerbspolitik sowie den Schutz geistigen Eigentums. Damit passt die Rohstoffstrategie perfekt ins Bild eines "wettbewerbsfähigen Europas in einer globalen Welt", welches 2006 mit der "Global Europe"-Agenda entworfen wurde und mit der Mitteilung "Handel, Wachstum und Weltgeschehen" der Kommission vom 9 November 2010 nahtlos fortgesetzt wird.

Demnach stellt die große Importabhängigkeit von "strategisch wichtigen Rohstoffen" wie den Hightech-Metallen Kobalt, Platin und Titan, seltenen Erden, aber auch von anderen Ressourcen wie Holz, Chemikalien oder Fellen und Häuten ein Risiko für die europäische Wettbewerbsfähigkeit dar. Hauptproblem beim Zugang zu diesen Stoffen sind laut der Kommission staatliche Maßnahmen, die den internationalen Rohstoffhandel verzerren. Hierbei werden ausdrücklich Ausfuhrsteuern und restriktive Investitionsregeln genannt. Allen voran China, Russland, die Ukraine, Argentinien, Südafrika und Indien stehen auf der Liste derer, die zu diesen Mitteln greifen. Aber auch andere Entwicklungsländer, insbesondere die rohstoffreichen Länder in Afrika und Südamerika werden genannt.

Keine Hindernisse: Ausfuhrsteuern begrenzen

Ausfuhrsteuern sind kein Allheilmittel, doch sie können eine entscheidende Rolle für die Entwicklung wettbewerbsfähiger Industrien sowie beim Schutz der Umwelt und der natürlichen Ressourcen spielen. Darüber hinaus können sie Einnahmen für öffentliche Aufgaben generieren. Durch die Besteuerung der Ausfuhr bestimmter Rohstoffe können junge weiterverarbeitende Industrien vor Ort einen komparativen Wettbewerbsvorteil erlangen und temporär vor Konkurrenz geschützt werden. Weiterverarbeitung und Fertigung sowie damit verbundene Dienstleistungen zu fördern, ermöglicht Entwicklungsländern, sich aus ihrer Abhängigkeit als reine Rohstofflieferanten zu befreien.

Seit 2005 erhebt die Regierung Kenias zum Beispiel auf den Export von unverarbeiteten Fellen und Häuten eine 40%ige Steuer. Seitdem boomt der Lederexport. Tausende neuer Arbeitsplätze sind direkt in der Lederindustrie entstanden und die Einkommen weiterer 40.000 Menschen haben

sich erhöht. Insgesamt sind die Einkünfte in diesem Sektor um mehr als 8 Mio. Euro gestiegen.

Trotz alledem sind Ausfuhrsteuern der EU ein Dorn im Auge. Wenn europäischen Konzernen weniger Rohstoffe zu ggf. höheren Preisen zur Verfügung stehen, heißt es schlicht: Wettbewerbsverzerrung. In den laufenden bilateralen Verhandlungen versucht die EU daher, Ausfuhrsteuern gänzlich zu verbieten oder zumindest die Möglichkeiten der Nutzung massiv einzuschränken.

Keine Pflichten: Bahn frei für europäische Investitionen

Die ökonomisch erfolgreichsten Länder, inklusive der meisten EU-Staaten, haben in der Vergangenheit ausländische Direktinvestitionen begrenzt. Nichtsdestotrotz drängt die EU auf eine tiefgreifende Liberalisierung der Investitionspolitik und den maximalen Schutz für europäische Investoren weltweit. Dabei möchte sie im Wesentlichen drei Prinzipien verankern:

- Inländerbehandlung: Dadurch erhalten ausländische Investoren dieselben Rechte wie einheimische.
 Dies nimmt Entwicklungsländern die Möglichkeit, lokale Investoren zu bevorzugen oder ausländische Investitionen in gewissen Sektoren zu verbieten.
- Investorenschutz: Hier sollen Mindeststandards für die Behandlung von Investoren festgelegt werden, die durch internationale Schiedsgerichte abgesichert werden. Damit erhalten die Investoren mehr Rechte als die Regierungen des Gastlandes oder betroffene Gemeinschaften vor Ort.
- Ungehinderter Kapitalfluss über Staatsgrenzen hinweg: Damit können Investoren ihre Gewinne weitestgehend uneingeschränkt ins Ausland transferieren. Regierungen können Kapitalabflüsse kaum noch begrenzen oder die eigene Zahlungsbilanz stützen – beides wichtige Instrumente zum Schutz der Volkswirtschaften gegen spekulative Kapitalbewegungen und Finanzkrisen.

Gerade in Rohstoffsektoren wie im Bergbau oder der Öl- und Gasförderung ist die Liste der Menschenrechtsverletzungen, Umweltverschmutzung und Missachtung von Arbeits- und Sozialstandards lang. Mithilfe von Sondersteuerabkommen sichern sich transnationale Konzerne riesige Gewinne, während die Staatskasse leer ausgeht. Technologietransfer ist eher eine Ausnahmeerscheinung und lokale Arbeitskräfte finden kaum Beschäftigung.

Aus diesen Gründen müssen sich Regierungen und Parlamente die Möglichkeit erhalten, Investitionen zu regulieren: Erstens um Anreize für Investitionen zu schaffen, die die Entwicklung des Landes fördern und zweitens um alle Investoren Einhaltung der ArbeitnehmerInnen-, Umwelt-, und Menschenrechte sowie anderer Standards zu zwingen. Doch während die EU von Regierungen rechtlich verbindliche Abkommen über Investitionen fordert, genügen bei Unternehmen freiwillige Verpflichtungen zur Einhaltung globaler Standards.

Gehandelt wird woanders

Die EU hat zusammen mit der Wirtschaft die Rohstoffstrategie entwickelt und drängt außenwirtschaftspolitisch auf immer mehr Freihandel mit Rohstoffen. Die neuen Vorschläge beschneiden die politischen Handlungsspielräume der Entwicklungsländer, wodurch sich die Abhängigkeit von Exporten unverarbeiteter Rohstoffe noch stärker verfestigt. Während die EU den Unternehmen mehr Rechte zusichert, werden Umweltschäden und Menschenrechtsverletzungen durch europäische Unternehmen nicht wirksam angegangen.

Alles in allem lenkt die Rohstoffstrategie von den eigentlich wichtigen Zielen ab: Den übermäßigen Ressourcenverbrauch in Europa massiv zu reduzieren und ein gerechtes globales Systems zur nachhaltigen Nutzung der weltweiten Ressourcen aufzubauen. Ressourcengerechtigkeit bedeutet auch, allen Menschen weltweit das gleiche Recht zur Nutzung der natürlichen Ressourcen einzuräumen. Der durchschnittliche Ressourcenverbrauch pro Kopf ist in Europa dreimal so hoch wie in Asien und über viermal höher als in Afrika. Statt mit der neuen Strategie den Druck im Wettlauf um die weltweiten Rohstoffe weiter zu erhöhen, benötigen wir einen Transformationsprozess des Wirtschafts- und Energiesystems in der EU, um den Ressourcenbedarf drastisch zu senken.

Nicola Jaeger

Die Autorin ist Dipl. Geographin und leitet den Bereich Internationale Handels- und Investitionspolitik bei Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung – WEED e.V.



Lithium fürs Volk

Begehrter Rohstoff für Zukunftstechnologien

3650 Meter über dem Meeresspiegel in den bolivianischen Anden liegt die größte Salzwüste der Erde. Und genau hier, am Salar de Uyuni, vermutet man die größten Lithium-Reserven weltweit. Die kommerzielle Förderung soll im Jahr 2014 anlaufen. In einer staatlichen Pilotanlage wird derzeit eine Machbarkeitsstudie erstellt. Das Saudi Arabien des Lithiums - titelten bereits die Medien.

ie strategische Bedeutung von Lithium resultiert einerseits aus den Vorkommen, die sich auf wenige Länder konzentrieren, zum anderen wuchs die Nachfrage in den letzten Jahren rasant. Für Laptops, Handys oder MP3-Player sind die kleinen und zugleich leistungsstarken Lithium-Ionen-Batterien inzwischen unverzichtbar. Weltweite Aufmerksamkeit erlangte das Leichtmetall jedoch erst durch die Entwicklung der Hybrid- und Elektroautos. Angesichts des Klimawandels und der Verknappung fossiler Energieträger verkörpern sie die Vision einer nachhaltigen Energieversorgung im Bereich der Mobilität. Während in China der Elektroauto-Boom längst ausgebrochen ist, sollen auch auf deutschen Straßen bis 2020 eine Million der batteriebetriebenen Fahrzeuge rollen, so zumindest die ehrgeizigen Ziele der Kanzlerin. Laut Fraunhofer Institut könnte der weltweite Bedarf an Lithium bei einer optimistischen Marktentwicklung bis 2050 rund 27-mal so hoch sein wie noch im Jahr 2008. Bei diesem Szenario wären bereits 2045 alle weltweit verfügbaren Reserven aufgebraucht. Doch selbst eine pessimistische Wachstumsprognose würde zu einer Verachtfachung des Bedarfs führen.

Bolivien im Visier der Rohstoffjäger

Inmitten des kargen, dünnbesiedelten Hochlands vermutet man rund die Hälfte der weltweiten Reserven.

Längst haben Investoren aus aller Welt ihr Interesse angekündigt, die Lobbyisten stehen Schlage auf den Fluren des Regierungsgebäudes in La Paz. 1992 gelang es dem amerikanischen Unternehmen Lithcoa sich die Rechte über die Ausbeutung am Salar zu sichern. Der Vertrag gewährte jedoch die uneingeschränkte Nutzung von Wasser und war an keinerlei Umweltauflagen geknüpft. Massive Proteste seitens der Bevölkerung führten schließlich zur Annullierung des Abkommens.

Boliviens Bevölkerung besteht zu zwei Dritteln aus Indigenen. Die Achtung und der respektvolle Umgang mit der Natur - der Pacha Mama - ist für die Andenbewohner/-innen die Voraussetzung für ein "gutes Leben". Diese uralte Tradition findet sich als nationales Leitprinzip in der neuen Verfassung wieder. Der erste indigene Präsident Südamerikas, Evo Morales, verkündete stolz: "Die Plünderung der natürlichen Ressourcen durch die transnationalen Konzerne ist vorbei". Auf dieses Versprechen hin wurden Bodenschätze nationalisiert und die Rechte Indigener gestärkt. Laut Artikel 30 müssen indigene Völker künftig an der Nutzung der Ressourcen beteiligt und vor Konzessionsvergaben angehört werden.

Das Pilotprojekt

Dass der Rohstoffreichtum per se nicht zu einer nachhaltigen Entwicklung beiträgt, musste das Land bereits schmerzlich erfahren, denn die Silbervorkommen in Potosí führten zu einem Raubbau an der Ressource. Um Arbeitsplätze und Wirtschaftswachstum zu schaffen müssen die Rohstoffe weiterverarbeitet werden. Die Regierung beauftragte deshalb COMIBOL, eine staatliche Bergbaugesellschaft, mit dem Bau einer Pilotanlage. Bis zum Jahr 2014 sollen 30.000 Tonnen Lithiumcarbonat gefördert und größtenteils weiterverarbeitet zu Batterien exportiert werden. Für das ambitionierte Projekt müssen rund 900 Millionen US-Dollar investiert werden. Dass das ärmste Land Lateinamerikas dieses Vorhaben nicht gänzlich ohne ausländische Unterstützung schafft, dürfte klar sein. Dennoch ließ der Minister für Bergbau José Pimentel in einem Interview erneut verlauten, Bolivien werde weder Rechte an ausländische Unternehmen vergeben, noch Joint Ventures eingehen. Vielmehr sei man auf der Suche nach Technologiepartnerschaften. Mit einem "Memorandum of Understanding" sagten bereits Südkorea, der Iran und Japan ihre Unterstützung bei der Industrialisierung zu. Brasilien und China meldeten ebenso ihr Interesse an einer Zusammenarheit an

Es scheint so, als könnte der Plan aufgehen und der bolivianische Traum vom weißen Gold wahr werden. Die Industrialisierung und die Diversifizierung der Exporte sollen zu einer nachhaltigen Entwicklung beitragen, die die regionale Bevölkerung beteiligt und den Schutz der Umwelt besonders beachtet. Ob das Land der Gier der Multis stand hält und so vor einer erneuten Plünderung und dem Ausverkauf der Rohstoffe vorbeugt, bleibt abzuwarten. Das historische Trauma Potosí könnte endgültig Geschichte werden.

Daniela Honold

Die Autorin ist Diplom-Volkswirtin und arbeitet zu handels- und investitionspolitischen Themen.

Regulierung und Kontrolle

Lösungen für den Ressourcenfluch?

Ob der Rohstoffreichtum eines Landes sich positiv oder negativ auf seine Entwicklung auswirkt, ist nicht zuletzt eine Frage, wie die jeweiligen Regierungen die Nutzung von Rohstoffen regulieren und kontrollieren. Entscheidend ist dabei, wie sie die Einnahmen aus dem Abbau verwalten und verteilen und welche Politik sie umsetzen, damit die sozialen und ökologischen Schäden gemindert werden.

u diesem Schluss kommt unter anderem die unabhängige Extractive Industries Review, die 2003 die Weltbankvorhaben in diesem Industriesektor untersucht hat. "Der große Unterschied zwischen ressourcenreichen Staaten, die es gut machen und denen, die es schlecht machen, liegt in der Qualität der Regierungsinstitutionen und in der Regierungspolitik", heißt es in dem Abschlußbericht. Allerdings gibt es nur wenige (Entwicklungs-) Länder, in denen Rohstoffreichtum sich positiv auf die wirtschaftliche Entwicklung des Landes ausgewirkt hat.1 In den meisten Fällen dominieren Bestechung und Korruption, mangelnde Transparenz der Konzessionsvergabe und fehlende Überwachung der Bergbau und Erdölförderaktivitäten diesen Sektor.

Eklatante Beispiele dafür sind Nigeria, die Demokratische Republik Kongo oder Angola, wo trotz Ressourcenreichtum die Armut der Bevölkerung unverändert bleibt bzw. in den letzten Jahren sogar noch zugenommen hat. Bestechung, Korruption und Steuerbegünstigungen für Konzerne führen hier zu eklatanten Menschenrechtsverletzungen. Sie verweigern der Bevölkerung das Recht auf Entwicklung, indem sie dem Staatshaushalt substantielle Einnahmen vorenthalten. Auf die negativen Folgen der Rohstoffförderung und die Auswirkungen auf Menschenrechte wird bereits an anderer Stelle des Rundbriefs eingegangen (vgl. E. Strohscheidt). In diesem Beitrag sollen daher Ansätze aufgezeigt werden, die versuchen den "Ressourcenfluch" zu brechen.

Die bestehenden Initiativen setzen meist auf der sogenannten Governanceebene an. So versucht die Extractive Industry Transparency Initiative die Transparenz der Finanzströme im Erdöl-/Ergas- und Bergbausektor zu erhöhen und unterschiedliche Zertifizierungsinitiativen z.B. für Coltan oder Gold wollen zu einer Verbesserung der Abbaubedingungen beitragen.

Extractive Industry Transparency Initiative

Das Anliegen der Extractive Industry Transparency Initiative (EITI) ist die Transparenz der Zahlungen, die von Erdöl-/Erdgas- und Bergbauunternehmen an die Regierungen der jeweiligen rohstoffreichen Länder geleistet werden. EITI ist ein Multistakeholderprozess, an dem auf der internationalen Ebene produzierende Länder (Umsetzungsländer) und verarbeitende Industrieländer (unterstützende Länder), Rohstoffunternehmen, Investoren und Nichtregierungsorganisationen aktiv teilnehmen. Die Hauptverantwortung für die Umsetzung und somit für den Erfolg oder Misserfolg der Initiative liegt bei den rohstoffreichen Umsetzungsländern², die sich verpflichten, die Grundlagen zu legen, damit die Zahlungsflüsse in der Rohstoffindustrie transparent und öffentlich gemacht werden können.

Die Tatsache, dass mittlerweile 32 Produktionsländer EITI beigetreten sind, heißt leider noch nicht, dass auch in ebenso vielen Ländern Fortschritte in Richtung Transparenz zu verzeichnen sind. Zwar haben mehrere Länder mittlerweile Berichte veröffentlicht, aber nur fünf haben bisher die Kriterien und Prinzipien³ von EITI umgesetzt.⁴ Dies verdeutlicht, wie kompliziert und langwierig die Prozesse vor Ort sind bzw. wie wenig politischer Wille von einzelnen Regierungen hinter der Initiative steht. In einigen Fällen, so zum Beispiel in der Republik Kongo, Gabun und Äguatorial Guinea, stehen die Nichtregierungsorganisationen unter großem Druck und sind massiven Bedrohungen ausgesetzt, obwohl sie anerkannte Mitglieder der nationalen EITI-Komitees sind. So wurde im Dezember 2008 einer der führenden NRO-Vertreter im EITI-Komitee Gabun unter fadenscheinigen Gründen verhaftet. Aufgrund des internationalen Drucks konnte er zwar nach fünf Tagen das Gefängnis wieder

verlassen. Unter diesen Bedingungen ist es allerdings für Nichtregierungsorganisationen schwer, ihre Aufgabe in EITI als "watchdog" wahrzunehmen.

Mitinitiiert wurde EITI von der weltweiten NRO-Kampagne Publish what you pay (PWYP), die sich seit der Gründung 2000 für eine umfassende Transparenz im Rohstoffsektor einsetzt. Sie fordert eine Erweiterung des EITI Mandats über die Zahlungsflüsse hinaus, da auch der ganze Prozess der Ausschreibung und der Vergabe von Bergbauund Erdölförderkonzessionen, die Verträge zwischen Staat und Unternehmen und die Überwachung dieser Verträge äußert intransparent ist. In Europa arbeitet PWYP zusammen mit dem Tax Justice Network aktiv für die Transparenz der Zahlungen von Unternehmen an Regierungen auf Länderbasis (dem sog. country by country reporting)

Zertifizierung von Rohstoffen

Mittlerweile gibt es eine Reihe von Zertifizierungsinitiativen in diesem Sektor. Die bekannteste ist das Kimberley Process Certification Scheme (KPCS), das versucht die Finanzierung von Bürgerkriegen durch den Diamantenhandel zu unterbinden. Es sollen nur jene Diamanten gehandelt werden, die durch ein Zertifikat belegen können, dass sie nicht aus Kriegsquellen kommen.

Das Zertifizierungssystem ist seit Januar 2003 in Kraft. Allerdings hat es die Erwartungen nicht voll erfüllt. Obwohl der Handel mit illegalen Diamanten von weltweit 4 % (2003) nach Einführung des KPSC auf 1% gesunken ist, ist das Zertifizierungssystem nur in Ländern mit guter Regierungsführung (Südafrika, Botswana, Namibia) umgesetzt worden, während es in undemokratischen und fragilen Staaten (Demokratische Republik Kongo (DRC), Angola) gescheitert ist. Dies liegt u.a. an den schwachen Überwachungsmechanismen. So gibt sowohl in der DRC als auch in Angola genügend Anzeichen, dass weiterhin illegaler Abbau von Rohstoffen betrieben wird, ohne dass die Kontrollmechanismen des KPCS dies erfassen. Zum anderen sagt es nichts über Abbaubedingungen in den Ländern aus. Diamanten aus Zimbabwe können demnach legal gehandelt werden, auch wenn die Regierung in höchstem Maße repressiv ist.

Es haben sich daher im Umfeld des KPSC eine Reihe von freiwilligen Zertifizierungsinitiativen gebildet, die den Schritt von "Konfliktfreien Diamanten" zu "Entwicklungsdiamanten" gehen wollen. Allerdings arbeiten diese Initiativen unkoordiniert neben einander her. "Entwicklungsdiamanten" sind daher noch nicht auf dem Markt erhältlich.

Zertifizierung von Handelsketten

Ein anderes Zertifizierungsmodell hat die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR 2007) entwickelt. Das Konzept der BGR sieht vor, den Weg eines Rohstoffs auf der Grundlage internationaler Umweltund Sozialstandards vom lokalen Produzenten bis zu den industriellen Abnehmern zu zertifizieren. Allerdings werden ganz unterschiedliche Ziele für dieses Zertifikat formuliert. So soll es der Versorgung der deutschen Industrie mit strategischen Rohstoffen dienen und gleichzeitig die Arbeitsbedingungen vor Ort für die Menschen im Kleinbergbau verbessern. Ob und wie diese beiden Zielvorstellungen ineinander greifen können ist bisher unklar. Die Pilotprojekte dienen mit

Sicherheit dazu, mehr Erfahrungen mit Zertifizierungsmodellen in diesem Sektor zu sammeln und Beispiele guter Praxis umzusetzen. Bisher ist über die Wirkungen von Zertifizierungsinitiativen im Kleinbergbau wenig bekannt. Vor allem über die Auswirkungen auf den informellen Sektor, den Klein- und Kleinstbergbau liegen kaum Untersuchungen vor, die die Frage beantworten, ob die Zertifizierungen aufgrund ihrer hohen Ansprüche den informellen Sektor eher aus dem Markt drängen oder zur Verbesserung des Marktzugangs führen.

Zertifizierung wird jedoch nicht die Blaupause sein, um Schäden durch den Rohstoffabbau auf die betroffene Bevölkerung abzuwenden. Dazu sind die Verfahren zur Herkunftsbestimmung und zur Überprüfung der Handelsketten zu aufwendig.

Die o.g. Initiativen zeigen, dass man versucht, zentrale Probleme des "Ressourcenfluchs" aufzugreifen und die Governance im Rohstoffsektor zu verbessern. Diese Initiativen weiter zu verfolgen und zu unterstützten, ist bestimmt richtig. Trotzdem zeigt sich, dass die Verfahren sehr aufwendig sind, sie sich nicht unbegrenzt vervielfältigen lassen und dass sie vor allem eine Reihe von Schlupflöchern ermöglichen. Die Frage ist daher: Gibt es umfassende Lösungsmöglichkeiten.

Diese Überlegungen befinden sich erst im Ansatz. R. Bleischwitz⁵ schlägt u.a. eine internationale Konvention vor, die zu einem nachhaltigen und friedlichen Ressourcenmanagement beitragen soll. NRO sollten diese Idee aufgreifen und weiter konkretisieren.



Die Autorin arbeitet für das Global Policy Forum, und als entwicklungspolitische Beraterin u.a. zu Fragen der Rohstoffgovernance

- 1 Botswana ist z.B. eines der wenigen Länder, die in diesem Zusammenhang genannt werden.
- 2 Dies sind zur Zeit 32 Länder (http://eiti.org/implementingcountries, 10.12.2010)
- 3 Dazu gehören, die regelmäßige und verständliche Veröffentlichung der Zahlungen der Unternehmen an die Regierung, die Überprüfung dieser Zahlen durch einen unabhängigen Auditor, die Einbeziehung der staatlichen Unternehmen des Sektors in die Transparenzpflicht, die Einrichtung eines Multistakeholder- Forums, sowie die Erstellung eines realistischen und finanzierbaren Arbeitsplans.
- 4 Aserbeidschan, die Mongolei, Osttimor, Liberia und Ghana
- 5 Bleischwitz, R., Pfeil, F. (2009) Globale Rohstoffpolitik, Reihe EINE WELT, Nomos Verlag, Baden-Baden

Nachhaltige Ressourcenpolitik

Die Rohstoffstrategie der Bundesregierung wird den Herausforderungen der Ressourcenkrise nicht gerecht

Die Bundesregierung hat im November eine Rohstoffstrategie verabschiedet. Den tatsächlichen Herausforderungen der globalen Ressourcenkrise wird sie damit aber nicht gerecht. Eine nachhaltige Ressourcenpolitik muss Anreize für einen ökologischen Umbau der Wirtschaft in den Industrieländern setzen und den Reichtum aus Rohstoffen gerechter verteilen.

irtschaftliches Wachstum basiert heute nach wie vor auf einem wachsenden Ressourcenverbrauch. Dass unser ressourcenintensives Wirtschaftsmodell auf diese Weise nicht fortgeführt werden kann, wird inzwischen weitgehend anerkannt. Viele der nicht-erneuerbaren Ressourcen werden zwar noch lange in ausreichender Menge vorhanden sein. Bei manchen sind Anzeichen von Knappheit aber bereits heute unübersehbar (z.B. beim Erdöl oder den neuerdings berühmten seltenen Erden). Bei den erneuerbaren Ressourcen erfolgt der Verbrauch in vielen Ländern schneller, als die Ökosysteme diese reproduzieren können, weltweit derzeit eineinhalb Mal so schnell. Solch ein overshoot führt mit der Zeit unweigerlich zu einer Degradation der Ökosysteme. Ganz davon abgesehen ist der der Abbau von Rohstoffen häufig mit der Zerstörung natürlicher Lebensräume, mit Belastungen des Grundwassers, Schadstoffemissionen und anderen negativen Umweltauswirkungen verbunden. Als Folge der zunehmenden Knappheit dringt die Förderung zudem in immer riskantere und ökologisch sensiblere Bereiche vor (siehe die Ölförderung im Golf von Mexiko und im artenreichen Urwald Ecuadors).

Aber nicht nur ökologisch ist der ungebremste Rohstoffhunger problematisch: Die zunehmende Knappheit von Rohstoffen führt zudem zu hohen und stark schwankenden Preisen und stellt gerade eine importabhängige Wirtschaft, wie die deutsche, vor ern-

ökonomische Herausforderung. Und nicht zuletzt sind die existierenden Strukturen der Rohstoffförderung auch unter sozialen Gesichtspunkten alles andere als nachhaltig: 20 Prozent der Weltbevölkerung verbrauchen heute 80 Prozent der weltweit genutzten Ressourcen. Häufig sind es Entwicklungsländer – oft auch sehr arme - die sich durch Reichtum an Rohstoffen auszeichnen. Diese werden zum Großteil von den Industrien der entwickelten Länder für ihre Produktion benötigt, wobei die Wertschöpfung zum größten Teil außerhalb des Förderlandes stattfindet und so der größte Teil des Gewinns aus der Rohstoffnutzung nicht im Herkunftsland bleibt. Zurück bleiben häufig Umweltzerstörung und Armut, da die externen Kosten der Rohstoffförderung nicht in die Wertschöpfungskette einfließen und damit auch nicht in den Rohstoffund Produktpreisen enthalten sind. Ziel einer nachhaltigen Ressourcenpolitik muss es sein, eine Antwort auf diese ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen zu finden. Sie muss den Rahmen für eine globale Rohstoffwirtschaft schaffen, in der die negativen ökologischen Auswirkungen

der Rohstoffförderung minimiert, die Gewinne gleichmäßiger verteilt und die Preise weitgehend stabil gehalten werden. Mittelfristig muss sie vor allem das Ziel verfolgen, den Ressourcenverbrauch insgesamt zu senken.

Ressourcenhunger stillen

Von diesen Zielen leistet die neue Rohstoffstrategie der Bundesregierung höchstens zur Stabilisierung der Preise einen Beitrag. Um die "bedarfsgerechte Versorgung der Industrie mit mineralischen Rohstoffen" sicherzustellen, konzentrieren sich die angekündigten Maßnahmen insbesondere auf die Beseitigung von Handelshemmnissen und Unterstützung bei der Diversifizierung von Rohstoffguellen - inkl. einer verstärkten Förderung der heimischen Exploration. Als drittes Element soll auch die Erhöhung der Ressourceneffizienz und verbessertes Recycling zur verlässlicheren Versorgung der Industrie mit Ressourcen beitragen. Dieser letzte Teil hätte sicher das Potential, Teil einer nachhaltigen Ressourcenpolitik zu sein. Allerdings hat die Bundesregierung in den entsprechenden Abschnitten neben dem Verweis auf (bereits existierende) Programme zur Förderung von Forschung und Entwicklung im Bereich der Effizienztechnologien und die anstehende Novelle des Kreislaufwirtschaftsgesetzes nicht viel neues und zusätzliches zu bieten. Und während des BDI-Rohstoffkongresses im November, auf dem die Rohstoffstrategie präsentiert wurde, musste man schon sehr konzentriert zuhören, um keine der wenigen Stellen zu verpassen, an denen die Stichwörter "Effizienz" und "Recycling" fielen. Beides lässt ahnen, wie viel Bedeutung diesen Themen im federführenden Bundeswirtschaftsministeriums und erst recht natürlich beim BDI geschenkt wird. Abzuwarten bleibt, welche Vorschläge das Bundesumweltministerium unterbreiten wird, wenn es im Frühjahr erste Vorschläge für ein nationales Ressourceneffizienzprogramm vorstellt, die es gerade ausarbeitet. Momentan allerdings scheint die Bundesregierung ganz darauf zu setzen, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass der beständig wachsende Hunger nach Ressourcen auch weiterhin gestillt werden kann.

Anreize durch höhere Preise

Stattdessen muss eine nachhaltigen Ressourcenpolitik die richtigen Anreize für eine Steigerung der Ressourceneffizienz, verstärktes Recycling und eine Verringerung des Ressourcenverbrauchs setzen. Der Einsatz marktwirtschaftlicher Steuerungsinstrumente kann hierzu einen entscheidenden Beitrag leisten. Ihre Vorteile treten beim Ressourcenschutz noch deutlicher zu Tage als beim Klimaschutz: Während beim Klimaschutz das Verbrennen fossiler Ressourcen noch innerhalb des laufenden Jahrhunderts weitgehend eingestellt werden muss, geht es beim Ressourcenschutz nicht um die Einstellung des Verbrauchs sondern um eine Reduktion auf ein Niveau, das auch folgenden Generationen noch eine Chance lässt, kostbare Rohstoffe zu nutzen. Gleichzeitig handelt es sich bei Ressourcen um eine große Anzahl unterschiedlicher Stoffe. die viel größer ist als die geringe Anzahl der fossilen Energieträger. Es gilt daher, eine Vielzahl von Stoffen und Stoffströmen zu kontrollieren, die in unterschiedlichem Maße vorhanden sind und unterschiedliche Umweltwirkungen haben. Dementsprechend aufwändig und kompliziert wird es sein, diesen Bereich mit Effizienzvorschriften und Verboten umfassend zu regulieren. Marktwirtschaftliche Instrumente können hier mit geringerem Aufwand Anreize schaffen, den Ressourcenverbrauch zurückzufahren. Ressourcensteuern zum Beispiel haben das Potential, die Kosten, die durch negative Umweltwirkungen des Abbaus und Verbrauchs von Ressourcen entstehen zu internalisieren und dabei gleichzeitig Anreize für einen effizienteren Umgang mit ihnen zu setzen. Drastisch formuliert heißt das: Man muss den Abbau und Verbrauch von Ressourcen deutlich verteuern. um sie nachhaltig zu schützen! In Deutschland könnte das zum Beispiel heißen, die Förderabgaben, die auf Landesebene erhoben werden zu einem relevanten Hebel auszubauen. Momentan können auf die Entnahme "bergfreier Bodenschätze" Förderabgaben in Höhe von bis zu 10 Prozent des Marktwertes erhoben werden. Die Regierungen der Bundesländer sind allerdings dazu berechtigt, einzelne Abbaugebiete oder Rohstoffe von den Abgaben zu befreien, wenn sie unter die Regelungen alter Rechte fallen. Diese Regelung schafft derzeit Platz für viele Ausnahmen und gerade in Bundesländern mit hohen Rohstoffvorkommen werden solche

häufig von den Abgaben befreit. De facto sind daher alle nennenswerten Rohstoffvorkommen – insbesondere von Energieträgern – in den entsprechenden Bundesländern von der Abgabe befreit.

Ressourcensteuern

Weitaus mehr Potential für eine nachhaltige Ressourcenpolitik als im relativ rohstoffarmen Deutschland jedoch haben Förderabgaben noch in armen aber rohstoffreichen Entwicklungsländern. Hier können sie einen entscheidenden Beitrag zu einer verstärkten Mobilisierung eigener staatlicher Einnahmen sein und auf diesem Wege dazu beitragen, dass diese Länder und ihre Bevölkerungen stärker von ihrem Rohstoffreichtum profitieren. Wenn Förderabgaben in einer bedeutenden Anzahl der Förderländern und in bedeutender Höhe erhoben werden, würde das auch dazu führen, dass sich Rohstoffe auf dem Weltmarkt verteuern. Steuern und Abgaben auf natürliche Ressourcen führen – sofern sie wie üblich als Mengen- und nicht als Wertsteuern eingeführt werden - zu einer deutlichen Stabilisierung der Preise. Da höhere Preise für die Wirtschaft weitaus weniger problematisch sind als stark schwankende, würde dies für die Industrie nicht gleich zu einem Problem werden sondern in erster Linie Anreize für eine Steigerung der Ressourceneffizienz setzen. Eine konsequentere Besteuerung des Rohstoffabbaus in armen rohstoffreichen Ländern ist somit ein sinnvoller Beitrag sowohl zur Armutsbekämpfung als auch zur dringend notwendigen Steigerung der Ressourceneffizienz. Statt einseitig für den Abbau von Handelsbeschränkungen zu kämpfen, sollte die Bundesregierung ihre Partnerländer daher zu mehr aufgeklärtem Eigennutz in Form höherer Ressourcensteuern ermutigen. Entsprechende Schwerpunkte in der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit könnten Element einer tatsächlich nachhaltigen Rohstoffpolitik sein, die zudem die globale Dimension im Blick hätte.

Eike Meyer

Der Autor ist ist wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) e.V. und dort zuständig für Rohstoffpolitik und Ressourceneffizienz. Weitere Info zum FÖS: www.foes.de.

Ressourcen nachhaltig nutzen

Die große Herausforderung des 21. Jahrhunderts

Ressourcen nachhaltig zu nutzen, ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Im MaRess-Projekt wurden Potentiale ermittelt, Politikempfehlungen entwickelt und konkrete Umsetzung vorangetrieben.

ie Entnahme und Nutzung von Ressourcen, die damit verbundenen Emissionen sowie die Entsorgung von Abfällen belasten die Umwelt. Knapper werdende Ressourcen, aber auch hohe und fluktuierende Rohstoffpreise, können außerdem zu starken ökonomischen und sozialen Verwerfungen in allen Ländern der Erde und auch zu Rohstoffkonflikten führen. Eine ineffiziente Ressourcennutzung führt zu Wettbewerbsnachteilen und gefährdet Arbeitsplätze.

Eine Strategie zur Steigerung der Ressourceneffizienz kann diese Probleme begrenzen und wird daher zunehmend zum politischen Top-Thema. Bisher fehlten jedoch konsistente Strategien für eine erfolgreiche Ressourceneffizienzpolitik. Deshalb beauftragten das BMU und das UBA 31 Projektpartner unter Leitung des Wuppertal Instituts mit dem Forschungsproiekt "Materialeffizienz und Ressourcenschonung" (MaRess). Ziel des Projekts war es, die Potentiale zur Ressourceneffizienzsteigerung zu ermitteln, Ressourceneffizienzpolitiken zu entwickeln und deren Wirkungen zu analysieren sowie Umsetzung zu begleiten, Agenda Setting zu betreiben und die Ergebnisse zielgruppenspezifisch zu kommunizieren. Mehr Informationen und Downloads finden Sie zum MaRess-Projekt und seinen Ergebnissen unter: http:// ressourcen.wupperinst.org und zum Netzwerk Ressourceneffizienz unter: www.NeRess.de.

Die Chancen: Knappheiten von heute sind Märkte von morgen

Deutschland als ressourcenarmes Land ist in großem Umfang abhängig von Ressourcenimporten – Ausnahme sind nur einige mineralische Rohstoffe. Deutschland ist aber auch ein weltweit führender Exporteur von Ressourceneffizienzlösungen (Produkte und Dienstleistungen), so dass gerade auch die Hersteller von GreenTech immer mehr an Bedeutung gewinnen. Außerdem werden sinkende Ressourcenkosten in Produktion und bei Pro-

dukten im internationalen Wettbewerb zunehmend wichtiger.

Kostensenkung in der Produktion: Materialkosten sind heute oft noch ein blinder Fleck in den Unternehmen. Wenn diese Kosten einsparen müssen, wird zunächst meist über die Einsparung von Personalkosten nachgedacht. Seit einigen Jahren rücken zunehmend die Energiekosten in den Fokus vieler Unternehmen. Eine Optimierung über alle Ressourcen haben nur einige Vorreiter im Blick. Dass das Thema Ressourceneffizienz zu unrecht noch nicht genügend in den Betrieben angekommen ist, zeigt ein Blick auf die durchschnittlichen Kostenstrukturen des verarbeitenden Gewerbes im Statistischen Jahrbuch 2008: 2006 lagen die Personalkosten bei ca. 19 %, die Energiekosten bei ca. 2 % und die reinen Materialkosten bei ca. 43 %. Wenn man außerdem berücksichtigt, dass die Potentiale zur betriebswirtschaftlich rentablen Energie- und Materialkostensenkung bei 10 bis 20 % der Ressourcenkosten liegen, so erkennt man das große hier noch schlummernde Kostensenkungspotential.

GreenTech-Märkte als interessante Zukunftsmärkte für Binnenmarkt und **Export:** Die Ressourcenverknappung wird, auch im Vergleich zur früheren Innovationszyklen, eine völlig neue Oualität und Ouantität von Basisinnovationen eines natursparenden technischen Fortschritts auslösen (GreenTech). Technische und soziale Innovationen zur Entkopplung von Lebensqualität und Naturverbrauch sind aufgrund der weltweiten Ressourcenknappheiten nicht nur einer der Megatrends der Zukunft, sondern auch Treiber für rasch wachsende Leitmärkte zur Steigerung der Ressourceneffizienz.

Die Politikoptionen: Was kann und sollte die Politik tun?

An den sechs im MaRess-Projekt entwickelten Kernstrategien kann sich die Politik orientieren, um eine erfolgreiche Ressourcenpolitik aufzulegen und die eben vorgestellten Chancen zu nutzen:

Für die Kernstrategie "Aktivierende Institutionen - Schlüssel für eine erfolgreiche Diffusion" werden drei Instrumente vorgeschlagen. Zentral ist erstens ein bundesweites Impulsund Beratungsprogramm Ressourceneffizienz. Dieses wird zweitens gekoppelt mit dem Auf- und Ausbau der Agentur Ressourceneffizienz, die v.a. der Dreh- und Angelpunkt aller Diffusionsaktivitäten in Unternehmen ist. Erfolgreiche Umsetzung braucht nämlich "Kümmerer". Da die Agentur Ressourceneffizienz auf Bundesebene schlank konzipiert werden soll, muss drittens die Umsetzungsbegleitung vor Ort ausgebaut und verbessert wer-

Die Kernstrategie "Innovationen eine Richtung geben - Nachhaltige Zukunftsmärkte für Ressourceneffizienzlösungen" kann verfolgt werden, indem erstens in existierenden Förderprogrammen gezielt neue Schwerpunkte rund um das Thema Ressourceneffizienz etabliert werden. Da Venture Capital für die erfolgreiche Verbreitung im Markt eine wesentliche Voraussetzung ist, sollte zweitens der vereinfachte Zugang zu Venture Capital gefördert werden. Neben der Beschaffung von Venture Capital ist es für Unternehmen außerdem wesentlich, Innovationsprozesse im Unternehmen und in Kooperation mit anderen Unternehmen und Forschungsinstitutionen professionell umsetzen zu können. Dafür wird drittens die Förderung von Innovationsagenten und viertens von ressourceneffizienzorientierten Innovationslaboren vorgeschlagen.

Die Kernstrategie "Ressourceneffiziente Produkte und Dienstleistungen" hat vier Ansatzpunkte, um ressourcensparende Anreizstrukturen zu schaffen, die die Markttransformation unterstützen: erstens die Etablierung dynamisierter Standards und Kennzeichnungspflichten im Rahmen der Erweiterung der EU-Ökodesign-Richtlinie auf alle Ressourcen, zweitens daran direkt anschließend die Unterstützung eines ressourceneffizienzorientierten Produktdesigns, drittens die Einführung einer Primärbaustoffsteuer nach englischem Modell und viertens ein Hybrid Governance Modell, das Selbstregulierung und Wissensgenerierung in Wertschöpfungsketten mit ordnungsrechtlichen Ansätzen kombiniert mit dem Ziel, den Sekundärressourcenanteil seltener Metalle in Neuprodukten zu erhöhen.

In der Kernstrategie "Anreize für Ressourceneffizienzlösungen über die Finanzwirtschaft" soll eine Enquete-Kommission "Ressourceneffizienz und Nachhaltigkeit im Finanzsektor" das Thema Ressourceneffizienz im Finanzsektor erschließen, das derzeit kaum eine Rolle spielt. Außerdem sollen Ressourcenbezogene Key Performance Indikatoren (R-KPI) entwickelt und eine entsprechender Datenbasis aufgebaut werden, die das Thema Ressourcen für die Entscheidungsroutinen in der Finanzwirtschaft handhabbar machen (z.B. für Risikomanagement und Kreditvergaberegeln). Die R-KPI sollten auch für Finanzaufsicht und Unternehmensreporting genutzt werden.

Die staatliche Nachfrage kann über ihr beträchtliches Marktvolumen zielgerichtet Signale für die Marktentwicklung setzen, wenn sie die Nachfrage nach ressourceneffizienten Produkten und Dienstleistungen steigert und die Entwicklungs- und Vermarktungsrisiken senkt. Die Kernstrategie "Staat als Nachfrager und Bereitsteller von Infrastrukturen" verfolgt deshalb drei Ansatzpunkte. Erstens soll nur noch auf Basis der Lebenszykluskosten eingekauft werden. Zweitens setzt eine Bündelung der staatlichen Nachfrage nach innovativen Produkten einen Anreiz für Unternehmen, besonders ressourceneffiziente Lösungen neu zu entwickeln, da das Risiko durch eine garantierte Mindestabnahmemenge sinkt. Die öffentlich bereitgestellten oder gesteuerten Infrastrukturen sind oft ressourcenintensiv; deshalb ist es drittens wichtig, ihren Bau und Unterhalt vor dem Hintergrund der Ressourceneffizienzsteigerung zu optimieren.

Über die Kernstrategie "Veränderung in den Köpfen" sollen erstens (zukünftige) Entscheidungsträger aus Wirtschaft, Verbänden, Politik und Wissenschaft über das Thema Ressourceneffizienz informiert und zum Handeln und Umsetzen motiviert werden. Zentral ist dabei eine Ressourceneffizienzkampagne, für die im Rahmen de MaRess-Projekt eine umsetzungsreife Konzeption entwickelt wurde. Qualifizierungsangebote schaffen zweitens die Basis, dass Ressourceneffizienzsteigerungen erfolgreicher und mit weniger Aufwand umgesetzt

Konsum- phase	Basisstrategien zur Ressourceneffizienzsteigerung	
Konsum- entschei- dungen	Bedarfe hinterfragen	Reflektion des eigenen Bedarfs Informationssuche und -beschaffung sowie -bewertung Konsumdiskurse in sozialen Arenen
Kaufen	Bewusst Kaufen	Ressourcenleichte Produkte (d.h. Produkte mit kleinem ökologischen Rucksack mit minimierten Material-, Energie-, Wasser- und Flächeneinsatz über alle Herstellungsstufen) Kleine und / oder leichte Produkte Multifunktionale und / oder modular nutzbare Produkte (anpassungsfähig an den technischen Fortschritt oder Bedarfsänderungen) Langlebige Produkte (zeitloses Design, robust, reparaturfähig) Wieder- und weitergenutzte sowie Recycling-Produkte Verpackungsminimierung
	Sparsam Verbrauchen	Ressourcensparen in der Nutzungsphase (d.h. Reduktion des unmittelbaren Ressourcenverbrauchs während der Nutzung) Müllvermeidung (z.B. Einweggeschirr vermeiden)
Nutzen	Nutzen ohne Eigentum Länger Nutzen	Mieten (z.B. Werkzeugverleih oder Leasing von Kopiergeräten), Sharing (z.B. Car-Sharing) oder Pooling (z.B. Waschsalon) Privates Leihen, Teilen und Tauschen (z.B. Werkzeuge, Fahrgemeinschaften) Virtualisierung (z.B. elektronische Daten statt Produkte wie Musik-CDs, Bücher) Produkte wiederverwenden Produkte selbst instandhalten (z.B. pflegen oder säubern) und reparieren Wartungs- und Reparaturdienstleistungen nutzen
Ent- sor- gen	Rückführen	Recyclingfähige und noch nutzbare Produkte zurück-/ weitergeben

Quelle: Kristof / Süßbauer 2009

werden können. Der Fokus sollte zunächst auf der Weiterqualifizierung von Berater/-innen liegen, auf der Etablierung einer "Virtuellen Ressourcenuniversität" und auf der Entwicklung von Lehr-/Lernmaterialien für Schulen.

Die Handlungsoptionen: Was kann jeder einzelne tun?

Damit Verbraucher/-innen ressourceneffizienter und -sparender konsumieren können, müssen sie ihre Handlungsoptionen kennen und auch motiviert sein, ihr Verhalten daran auszurichten. Im Bereich Energie gibt es zahlreiche Leitfäden, Broschüren und Internetangebote, die viele Tipps zum Energiesparen anbieten. Für Ressourceneffizienz in der ganzen Breite

gab es zu Beginn des MaRess-Projekts auf der Ebene der Konsument/-innen noch keine vergleichbare Wissensund Handlungsbasis. Ziel war es deshalb, Handlungsoptionen zur Steigerung der Ressourceneffizienz für den Konsumalltag zu identifizieren. Die wichtigsten Strategien sind in der Tabelle zusammengefasst; außerdem wurden im MaRess-Projekt viele konkrete Vorschläge zusammengetragen, was jeder Einzelne tun kann.

Kora Kristof / Peter Hennicke

Kora Kristof ist Programmleiterin und Leiterin des forschungsgruppenübergreifenden Themenbereichs "Materialeffizienz und Ressourcenschonung". Peter Hennicke ist emeritierter Professor und früherer Präsident des Wuppertal Institutes und arbeitet mit diesem weiterhin z.B. im Themenbereich "Ressourceneffizienz" zusammen.



Sicherheit – für wen?

Von Rohstoffabhängigkeit und Rohstoffreichtum

Während die Bundesregierung eine Rohstoffstrategie vorlegt, deren Hauptanliegen ist, den Hunger der deutschen Wirtschaft nach Rohstoffen zu stillen, grassieren in Abbauländern teilweise Armut und Konflikte.

eutschland, eines der reichsten Länder der Erde leide unter Rohstoffarmut - aktuell warnt die Wirtschaft alarmistisch vor Engpässen in der Versorgung mit Rohstoffen: "Versorgungslücke droht. Rohstoffe: Die neue Krise" (26.10.2010, wiwo. de) oder "'Rohstoff-Alarm' in Deutschland" (27. Oktober 2010, Neue Zürcher Zeitung), lesen wir in der Presse. Insbesondere bei Metallen und den Seltenen Erden schätzt die Industrie die Versorgungslage als bedrohlich ein. Dies wird hauptsächlich auf die gestiegene Nachfrage in Schwellenländern wie China, Indien und Brasilien zurückgeführt. Im Falle der Seltenen Erden kommt die Monopolstellung Chinas erschwerend hinzu, von wo über 97 Prozent der weltweiten Produktion Seltener Erden stammt. Das Reich der Mitte schreckt indes nicht davor zurück, diesen Fakt strategisch zu nutzen, indem es seine Exporte verknappt. Die Seltenen Erden sind eine Gruppe von 17 Elementen, von denen einige für die Herstellung von Laptops und Handys, aber auch Elektromotoren und Lenkwaffen benötigt werden. Auch die in Deutschland ansässige Hightech-Branche ist also auf Seltene Erden angewiesen.

Im Bereich der Metalle stützt sich die deutsche verarbeitende Industrie zu 100 Prozent auf Importe. 2009 lag ihr Wert bei 22 Milliarden Euro. Für 2010 wird mit einem erneuten Wertanstieg der Einfuhren gerechnet.

Aufgrund dieser starken Importabhängigkeit ist die Sicherung der Rohstoffversorgung von großer Wichtigkeit für die Wettbewerbsfähigkeit. Die Industrie, vertreten durch den BDI (Bundesverband der Deutschen Industrie), fordert daher von der Bundesregierung Unterstützung für die Rohstoffsicherung – und stößt damit bei der Politik auf ein positives Echo. So zeigt sich die Bundesregierung in ihren Verlautbarungen bereit, der deutschen Industrie kräftig unter die Arme zu greifen.

Die Rohstoffstrategie der Bundesregierung

In ihrer Rohstoffstrategie erklärt die Bundesregierung "durch die Schaffung politischer, rechtlicher und institutioneller Rahmenbedingungen ihren Beitrag zu einer nachhaltigen, international wettbewerbsfähigen Rohstoffversorgung der deutschen Industrie leisten" zu wollen. Dazu setzt die Regierung auf Liberalisierung der Rohstoffmärkte und den Abbau von Handelshemmnissen. Um dieses Ziel umzusetzen, fordert sie nicht nur mehr Eigeninitiative der Wirtschaft, sondern erklärt sich bereit in allen relevanten Politikfeldern die Interessen der deutschen Wirtschaft zu unterstützen. So passte sie die Instrumente der deutschen Außenwirtschaftsförderung den Erfordernissen der Rohstoffwirtschaft an z.B. indem sie die Risikodeckung bei ungebundenen Finanzkrediten auch auf wirtschaftliche Risiken ausdehnte. Darüber hinaus versprach Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle Hilfe bei politischen Kontakten oder der Finanzierung, forderte die Industrie aber gleichzeitig auf, sich wieder verstärkt den Bereichen Rohstoffsuche und -gewinnung zuzuwenden. Dazu sei die Gründung einer Deutschen Rohstoff AG sinnvoll.

EZ im Interesse der deutschen Wirtschaft?

Für die Umsetzung der neuen Rohstoffstrategie sind auch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) relevant.

Laut Handelsblatt ist vorgesehen auch die "Entwicklungspolitik mit dem Interesse der deutschen Wirtschaft an einer reibungslosen Rohstoffversorgung (zu) verbinden. Künftig sollen vor allem Länder unterstützt werden. die deutschen Unternehmen einen Nutzen bringen." Dazu erklärt Gudrun Kopp, Parlamentarische Staatssekretärin im BMZ: "Wir leiten einen Kurswechsel in der Entwicklungspolitik ein. Wir stehen für eine werte- und zugleich auch interessenorientierte Entwicklungspolitik. Selbstverständlich sollen davon auch deutsche Unternehmen profitieren können."

Aggressive Sicherung von Rohstoffvorkommen

Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg geht noch einen Schritt weiter: "Die Sicherung der Handelswege und der Rohstoffquellen sind ohne Zweifel unter militärischen und globalstrategischen Gesichtspunkten zu betrachten", äußerte er auf der Berliner Sicherheitskonferenz Anfang November. War der damalige Bundespräsident Horst Köhler in Folge einer ähnlichen Aussage noch scharf kritisiert worden, blieb das Bekenntnis des Bundesverteidigungsministers nun weitgehend unkommentiert.

Die Zeichen scheinen auf Rohstoffsicherung mit allen Mitteln zu stehen. Während die Unternehmen durch die Gründung einer Rohstoff AG einen eigenen, machtvollen Beitrag zur Sicherung von Rohstoffvorkommen leisten sollen, könnte die Ressourcensicherung nach der Argumentation des Verteidigungsministers, ein neues Einsatzfeld der Bundeswehr werden.

Diese neuen Töne klingen bedrohlich und unnötig zugleich. Die internationalen Verhandlungen zu globalen Problemen wie Klimawandel und der Energiesicherung haben global vernetztes Handeln und das Streben nach Interessensausgleich als Richtlinien zur Konfliktlösung vorgegeben. Rohstoffe sind teilbare Güter, sodass Konkurrenz in diesem Bereich durch angemessene Verteilungsmechanismen gelöst werden kann.

Tatsächliche Rohstoffkonflikte

Leider ist es heute bittere Realität, dass bereits in einigen rohstoffreichen Länder Konflikte um die Reichtümer unter der Erde gewaltvoll ausgetragen werden.

So ist es nicht zu übersehen, dass Rohstoffreichtum in vielen Ländern nicht zur Vermehrung von Wohlstand und Entwicklung, sondern zu Armut, Staatszerfall, Gewalt und Korruption beitragen. Tatsache ist, dass 75 Prozent der Armen weltweit in rohstoffreichen Ländern leben.

Eine Ursache für Konflikte in rohstoffreichen Ländern kann die Missachtung der Bedürfnisse der lokalen Bevölkerung beim Abbau der Rohstoffe sein. Häufig herrschen menschenunwürdige und umweltschädliche Abbaumethoden vor. Zudem wird die betroffene Bevölkerung nicht an den erzielten Gewinnen beteiligt. Auch auf nationaler Ebene fehlt es oft an einer transparenten und gerech-

ten Verwendung der Einnahmen aus dem Rohstoffsektor, was Unmut und Begehrlichkeiten wecken kann – insbesondere im Umfeld von Korruption und schlechter Regierungsführung. In bereits gewaltvoll ausgetragenen Konflikten können Rohstoffe zusätzliche Geldquelle für Konfliktparteien sein.

Zum Beispiel Kongo: Eines der drastischsten Beispiele für die negativen Auswirkungen von Rohstoffabbau auf Frieden und Entwicklung in einem Land bietet die Demokratische Republik Kongo. Der zentralafrikanische Flächenstaat kommt nicht zuletzt wegen seiner Bodenschätze seit Jahrzehnten nicht zur Ruhe. Insbesondere in den östlichen Provinzen bedeutet Rohstoffförderung auch militärische Gewalt. Verschiedene Rebellengruppen, aber auch die kongolesische Armee, besetzen Minen, kontrollieren den Abbau und erheben Steuern auf Handelswege. Dadurch sichern sich beide Seiten Finanzmittel, die ihr Fortbestehen und Kämpfen ermöglichen. Zum Beispiel Tschad: der Nachbarstaat des Sudans fördert seit 2003 Erdöl. Die Einnahmen aus diesem Sektor beliefen sich bis 2008 auf 4,3 Milliarden US-Dollar. Allein 2008 lagen die Einnahmen bei 1,87 Milliarden US-Dollar

. Dennoch nimmt der Tschad auf dem Armutsindex der Vereinten Nationen Rang 132 von 135 ein. Dies liegt neben der weit verbreiteten Vetternwirtschaft auch an den hohen Militärausgaben: 2009 gab die Regierung 315 Millionen US-Dollar für Waffen und Sold aus. Durch die Ölförderung hält sich im Tschad eine autoritäre Führung an der Macht, die den Reichtum nicht in Form von Sozialausgaben an die eigene Bevölkerung weitergibt.

Umdenken im Rohstoffsektor

Eine Reihe deutscher Nichtregierungsorganisationen fordert daher von der Bundesregierung eine zukunftsfähige Rohstoffstrategie vorzulegen, in der insbesondere die Belange der rohstoffreichen Entwicklungsländer Beachtung finden: "Die Rohstoffversorgung der deutschen Wirtschaft darf nicht auf Kosten der Menschen und der Natur in den Förderländern erfolgen. Soziale, ökologische, menschenrechtliche und friedenspolitische Aspekte müssen einen integralen Bestandteil deutscher Rohstoffpolitik bilden."

Lena Guesnet

Die Autorin ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bonner Internationalen Konversionszentrum (BICC) und dort im Programmbereich Natürliche Ressourcen und Konflikte als Projektleiterin tätig.

Der Preis der Metalle

Kein Gold, das glänzt

In der gegenwärtig stattfindenden Debatte über die Verfügbarkeit von Rohstoffen wird ein Aspekt häufig ausgeblendet: Die Förderung von Rohstoffen ist oftmals mit großen Umweltproblemen verbunden. Bundesregierung und der Bundesverband der Deutschen Industrie sind sich zwar darin einig, dass die deutsche Wirtschaft weiterhin Zugang zu allen gewünschten Produkten bekommen soll und dies zu einem möglichst niedrigen Preis. Doch es fehlt eine Debatte darüber, welche Folgen dies für die Abbaugebiete hat und ob diese Folgen angemessen zu bezahlen sind.

er Preis für viele Metalle ist zwischen den Jahren 2005 und 2008 massiv gestiegen, fiel dann während der Finanz- und Wirtschaftskrise und steigt seit Mitte 2009 wieder auf Rekordhöhen an. Der Preisanstieg hätte dazu führen können, dass in den Abbaugebieten mehr Geld in den Schutz der Umwelt investiert wird. Am Beispiel der Goldförderung lässt sich jedoch belegen, dass eben dies selbst beim einzigen Metall, dessen Preis in der Krise sogar weiter stieg, nicht geschah.

Gold diente und dient noch heute als Schmuck, Zahlungsmittel und Rücklage für schlechtere Zeiten. In den letzten Jahren wird es zudem vermehrt in High-Tech-Geräten verwendet: Jedes Mobiltelefon enthält beispielsweise Spuren von Gold.

Wichtigstes Förderland im Jahr 2009 war China, gefolgt von Südafrika, Australien und den USA. Mit Ausnahme Chinas verzeichnen alle großen Förderländer sinkende Abbaumengen, während die Produktion in vielen kleinen Staaten, darunter Ghana, Tansania,

Mali, Papua-Neuguinea und Kolumbien, steigt. Immer wichtiger wird das Recycling, das derzeit durch den hohen Goldpreis beflügelt wird: Durch das Einschmelzen von z.B. Barren, Schmuck, Münzen oder elektronischen Komponenten mit Goldgehalt wurden im Jahr 2009 knapp 1.700 Tonnen Gold gewonnen. Das sind rund 40 % der weltweit zur Verfügung stehenden Menge.

Der Verkauf von Schmuck aus Gold sinkt. Im Jahr 2000 kaufte die Schmuckbranche nur noch knapp 1.800 Tonnen, doch ungefähr die gleiche Menge wurde als Investitionsobjekt erworben. Die Finanzkrise hat das Interesse an Gold als Versicherung gegen Währungskrisen deutlich erhöht. Nahezu konstant geblieben ist dagegen mit rund 400 Tonnen der Teil des Goldes, der in Industrie und der Zahntechnik verwendet wird.

Moderne Minen versus Tagebau

Der größte Teil der Goldförderung stammt aus großen, modernen Minen, die stark mechanisiert sind und in denen jeweils nur wenige Hundert oder Tausend Menschen arbeiten. Für diese Art der Goldförderung werden große Flächen benötigt, was zu (Zwangs-)Umsiedlungen und damit verbundenen Konflikten führt. In und um die Minengebiete starben in Förderländern wie Ghana, Tansania, Indonesien oder Kolumbien in den letzten Jahren bei Auseinandersetzungen immer wieder Menschen, die sich nicht von ihrem Land vertreiben lassen wollten.

Der größte Teil des Golds wird im Tagebau gewonnen. Dabei werden auf großen Flächen in einem ersten Schritt die Erd- und Steinschichten, die kein Gold enthalten, abgetragen. Dann werden die goldhaltigen Schichten abgegraben oder -gesprengt. Für die Herstellung eines Goldrings werden durchschnittlich 20 Tonnen Erde und Gestein bewegt.

Bereits das Abtragen der Gesteinsschichten, die kein Gold enthalten, führt zu erheblichen Problemen. Das Gestein enthält häufig Schwefelverbindungen, die auf den Abraumhalden mit Wasser und Sauerstoff reagieren und Schwefelsäure erzeugen. Diese wiederum löst giftige Metalle wie Arsen, Quecksilber und Blei aus dem Gestein. Diese Mischung gelangt in Flüsse und ins Grundwasser. Eine Erfassung der Abraummengen und der Auswirkungen auf die Umwelt findet in vielen Minen nicht statt.

Häufige Cyanidnutzung

Seit den 1980er Jahren stieg die geförderte Goldmenge deutlich an, da mit einem neuen Verfahren zuvor unrentable Minen erschlossen werden konnten, deren Gestein nur ein oder zwei Gramm Gold pro Tonne enthält. Goldhaltige Erde und Gestein werden zu Pulver gemahlen, auf große Halden gekippt und dann mit Cyanidlauge getränkt. Diese Lauge löst selbst kleinste Goldpartikel aus dem Pulver und bindet diese an sich. Mit Hilfe von Zinkstaub oder Aktivkohle wird das Gold aus der Cyanidlauge herausgefiltert. Je geringer der Goldgehalt des verarbeiteten Pulvers, desto höher ist der Cyanidbedarf. Für jedes Kilogramm gewonnenes Gold wurden in den letzten Jahren durchschnittlich 141 Kilogramm Cyanid benötigt.



Bei dieser Methode entsteht als Abfallprodukt ein Schlamm, der unter anderem Cyanid, Schwefelsäure und Schwermetalle enthält und der in Rückhaltebecken gelagert und getrocknet wird. Dammbrüche oder Überschwemmungen mit cyanidhaltigen Abwässern führten unter anderem in Ghana (1996, 2001), Kirgisistan (1998), Rumänien (2000), Papua-Neuguinea (1984) und Peru (mehrfach) zu erheblichen Umweltverschmutzungen. Hinzu kommt eine Vielzahl von kleineren Vorfällen, die zwar Grundwasser und Flüsse verseuchen, doch nirgendwo registriert werden. Wesentlich sicherer ist die Behandlung mit Cyanid in Tanks. Doch aufgrund der großen Menge von Pulver, die behandelt werden muss, arbeiten die meisten Unternehmen mit Halden und bei der Müllentsorgung mit offenen Staubecken.

Eine andere Methode zur Goldgewinnung ist die Verarbeitung von Erzen, die Kupfer, Silber, Blei oder andere Metalle enthalten. Wenn in diesen Erzen auch Spuren von Gold enthalten

sind, kann dieses gewonnen werden. Auch dabei werden giftige Substanzen, darunter Cyanid, eingesetzt.

Kleinschürfer und das Quecksilber

Etwa 330 Tonnen und somit rund 12 % der weltweiten jährlichen Produktion werden von Kleinschürfern gewonnen, die größtenteils nur über Hacken, Schaufeln und Waschpfannen verfügen. Der hohe Goldpreis hat dazu geführt, dass die Zahl der Kleinschürfer in den letzten Jahren auf bis zu 20 Millionen wuchs. Viele arbeiten illegal in Regionen, in denen keine oder nur eine sehr schlechte Infrastruktur vorhanden ist. In einigen Ländern besteht ein erheblicher Teil der Arbeitskräfte aus Frauen. Auch Kinder sind in vielen Minen beschäftigt.

Kleinschürfer nutzen Wasser, um aus Erde, Sand oder zerkleinerten Gesteinen die leichteren Partikel herauszuwaschen. Es bleibt die Mischung aus kleinen Steinen und Schlamm, der unter anderem Goldstaub enthalten kann. Um dieses Gold zu gewinnen, wird die Masse mit Quecksilber vermischt. Das Gold verbindet sich mit dem Quecksilber zu einem flüssigen Amalgam und

kann so von der Restmasse getrennt werden. Das Amalgam wiederum wird erhitzt, wobei das Quecksilber verdampft. Zurück bleibt Gold mit einem erheblichen Anteil an Quecksilber. Die weitere Reinigung vom Quecksilber findet häufig in kleinen Betrieben in der Nähe der Minen statt. Auch dabei wird das Quecksilber verdampft.

Kleinschürfer verwenden ein bis zwei Gramm Quecksilber zur Gewinnung eines Gramms Gold. Dabei gelangen allerdings rund 60 % des genutzten Quecksilbers ins Wasser und die restlichen 40 % in die Luft. Der Quecksilberdampf ist hoch toxisch. Auch die Aufnahme des Metalls über die Nahrung ist sehr gefährlich. Langzeitschäden an Leber und Nieren sind möglich, hohe Vergiftungsdosen führen zum Tode.

Massive Probleme auch bei "Ökorohstoffen"

Die Missstände bei der Förderung von Gold sind gravierend und sorgen hin und wieder auch für Schlagzeilen in der Presse. Dies darf jedoch nicht

darüber hinwegtäuschen, dass auch beim Abbau von vielen anderen Metallen soziale und ökologische Probleme weit verbreitet sind. Dies betrifft auch die Rohstoffe, die für den Ausbau neuer, klimaschonender Technologien vonnöten sind. In der derzeitigen Debatte über den Zugang zu Seltenen Erden, deren Bestandteile in vielen High-Tech-Produkten nicht zu ersetzen sind, wird in der Regel nur erwähnt, dass 97 % der weltweiten Förderung in China stattfindet und dass China diese Marktmacht nun missbrauche, um Technologien zu dominieren. Seltener wird darüber berichtet, dass auch andere Länder über große Vorkommen von Seltenen Erden verfügen. Doch in den USA wurden beispielsweise Minen stillgelegt, weil der Abbau dieser Vorkommen aufgrund der dazu nötigen Chemikalien zu großen Umweltproblemen führte. Die ökologischen Kosten des Abbaus wurden demnach nach China verlagert - und so erst die Abhängigkeit geschaffen.

Ebenfalls zu wenig Beachtung finden die "Standardmetalle", die ebenfalls für Zukunftstechnologien benötigt werden. So ist beispielsweise die Gewinnung von Aluminium aus dem Erz Bauxit alles andere als umweltverträglich: Das Bauxit wird mit Natronlauge vermischt und unter hohem Druck in einer Art Dampfkocher bei 200°C gekocht. Als Abfallprodukt entsteht Rotschlamm (pH Wert 13), der neben großen Mengen Natronlauge auch viele und oftmals giftige Metalle enthält. Pro Tonne fertiges Aluminium fallen die doppelte bis vierfache Menge an festen Bestandteilen des Schlammes an. Der Dammbruch eines ungarischen Staubeckens für Rotschlamm im Herbst 2010 hat gezeigt, wie giftig die Rückstände sein können, wenn diese nicht sachgemäß gereinigt und gelagert werden. Die Weiterverarbeitung der Aluminiumlösung benötigt große Mengen Strom.

Wie dringend eine Debatte über die Produktionsketten aller Metalle auch über Gold hinaus sind, zeigen die unterschiedlichen Fördermengen: Weltweit werden pro Jahr nur rund 2.500 Tonnen Gold gefördert, während allein Deutschland derzeit rund 3.000.000 Tonnen Aluminium verbraucht. Der Aluminiumverbrauch hat sich in Deutschland zwischen den Jahren 1999 und 2009 verdoppelt. Davon geht rund die Hälfte in den Bau von Fahrzeugen: Diese sollen leichter und damit klimaschonender werden.

Notwendig sind daher umfassende Analysen über die sozialen und ökologischen Auswirkungen des Abbaus und die Verarbeitung von Metallen. Diese müssen die gesamte Wertschöpfungskette erfassen, von der Mine bis zum Endprodukt. Erst dann ist ein Urteil darüber möglich, wie glänzend Gold und wie umweltschonend Aluminium ist.

9

Friedel Hütz-Adams

Der Autor befasst sich bei SÜDWIND e.V. mit den Themen Öffentlichkeitsarbeit und Welthandel.

Zwei Seiten einer Medaille

Menschenrechtsverletzungen und Umweltverschmutzung

Am 2. Juni 2000 verliert ein LKW zwischen den Orten San Juan, Choropampa und Magdalena, im rohstoffreichen Norden Perus, 151 kg Quecksilber – der ausgelaufenen Menge nach der bis dahin größte Quecksilberunfall weltweit. Das Quecksilber wurde in Yanacocha gewonnen und sollte auf einem offenen LKW nach Lima transportiert werden. Viele Menschen kamen durch diesen Umweltunfall ums Leben; die Umwelt wurde gravierend geschädigt.

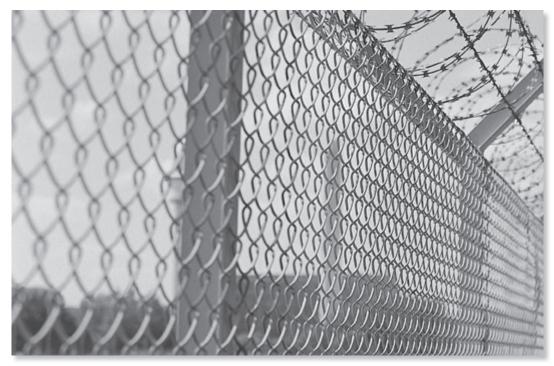
er LKW-Fahrer wurde inzwischen verurteilt; die Minenunternehmen kamen straffrei davon. Betrieben wird Yanacocha, die größte Goldmine Lateinamerikas, vom US-Konzern Newmont Mining (Haupteigner) sowie dem peruanischen Bergbauunternehmen Buenaventura. Die Weltbank ist mit 5 % beteiligt. Bis heute kommt es in der Region um die Mine immer wieder zu Protesten der ansässigen Bevölkerung, großenteils Indigene, deren Menschenrechte auf Gesundheit sowie auf Nahrung und sauberes Trinkwasser durch die gravierenden Umweltprobleme nach wie vor verletzt werden.

Nahrung und Wasser werden verseucht, die Gesundheit geschädigt

Yanacocha ist kein Einzelfall. Partnerorganisationen von MISEREOR aus vielen Ländern in Asien, Afrika und Lateinamerika berichten immer wieder davon, dass Lecks an Pipelines und überlaufende oder beschädigte Rückhaltebecken zur Aufbewahrung der giften Schlämme aus dem Bergbau zur Verseuchung von Gewässern und Länderein führen. Die Nahrungsmittel, die dort für die Subsistenz angebaut werden, sind hoch mit Schadstoffen belastet; die Fische in Flüssen und Seen sterben oder werden ungenießbar, ebenso wie das Wasser aus den vorhandenen Brunnen - oft einzige Quelle für das Trinkwasser. Trinken die Menschen dieses Wasser mangels Alternativen doch, führt dies oft zu Gesundheitsschäden. Die durch das Abfackeln von Gas oder durch hohe Staubbelastung hervorgerufene Luftverschmutzung führt zu Haut- und Atemwegserkrankungen. Teure Arztbehandlungen oder chemische Analysen der Gefahrstoffe, die ursächlich für die Verletzung der Menschenrechte auf Nahrung, sauberes Wasser und Gesundheit sind, können diese Menschen sich in der Regel nicht leisten. Die Ergebnisse der Umweltverträglichkeitsprüfungen, die der Genehmigung des jeweiligen Großprojektes zugrunde liegen, sind oft öffentlich nicht zugänglich, für die betroffenen Gemeinden häufig auch allein schon von der Sprache her unverständlich oder inhaltlich unzureichend.

Zwangsvertreibung und Umsiedlung

Dass es im Rahmen von Großprojekten auch immer wieder zu Zwangsvertreibung und Umsiedlungen lokaler Gemeinschaften kommt, ohne dass die Betroffenen angemessen entschädigt werden, ist hinlänglich bekannt. Auch das Menschenrecht auf eine angemessene Unterbringung (kurz: "Recht auf Wohnen") wird oft im Rahmen von Bergbauprojekten und Erdölförderung verletzt. Gleiches gilt für das Menschenrechte auf "freie, rechtzeitige und informierte Zustimmung". Für indigene Völker ist es inzwischen in internationalen Erklärungen und Konventionen definiert und garantiert, so in der UN-Erklärung über die Rechte indigener Völker und



in der Konvention Nr. 169 der Internationalen Arbeitsorganisation der UN (ILO). Auch in einer Reihe nationaler Verfassungen ist es verankert, doch im Konfliktfall wird in der Regel Wirtschaftsinteressen der Vorrang vor den Interessen und Rechten der indigenen oder lokalen Bevölkerung eingeräumt. "Land grabbing" wird und ist auch ein Menschenrechtsproblem.

Paradox des Reichtums

Statt die Menschenrechte der eigenen Bevölkerung zu achten und zu schützen, entscheiden nationale Regierungen und lokale Behörden in den rohstoffreichen Entwicklungsländern häufig im Interesse der großen Konzerne - sei es weil ihnen der politische Wille zur Achtung der Menschenrechte fehlt und nationale Eliten gut an Bergbau oder Erdölförderung verdienen, sei es, weil sie sich gezwungen sehen, mächtigen Wirtschaftsinteressen nachzugeben, um ausländische Direktinvestionen ins Land zu holen, die für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes nötig sind. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, kommen diese Investitionen der Mehrheit der Bevölkerung jedoch nicht zugute. Im Gegenteil. Für viele rohstoffreiche Entwicklungsländer gilt das sogenannte "Paradox des Reichtums" (paradox of plenty): mit dem Abbau der Rohstoffe, die zum weitaus größten Teil für den Export bestimmt sind, wird das Land volkswirtschaftlich gesehen ärmer statt reicher. Auf der Entwicklungsskala des UNDP rutscht es nach unten statt aufzusteigen. Die Außenwirtschaftspolitiken der Industrieländer tragen solchen komplexen Zusammenhängen bislang zuwenig Rechnung – auch in Ländern wie Deutschland nicht, wo der Schutz der Menschenrechte gern als Querschnittsthema deutscher Politik genannt wird. Ende Oktober 2010 stellte die Bundesregierung auf einem BDI-Kongress die "deutsche Rohstoffstrategie" vor. Ihr Hauptziel: der Abbau von Handelshemmnissen. Menschenrechte spielen bestenfalls eine marginale Rolle.

Kriminalisierung sozialer Proteste

Mit großer Sorge betrachtet MISE-REOR seit einigen Jahren die Kriminalisierung sozialen Protestes, die oft mit der Durchführung von Großprojekten in Entwicklungsländern einhergeht. Dort, wo sich Protest der Betroffen regt und organisiert, werden diejenigen, die sich mit friedlichen Mitteln gegen Umweltverschmutzung und die Verletzung von wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten zur Wehr setzen, immer wieder zur Zielscheibe politischer Verfolgung: willkürliche Inhaftierung, fingierte Anklagen für Straftaten, die hohe Gefängnisstrafen nach sich ziehen können, Morddrohungen, sogar Folter und staatlicher Mord inklusive. MISEREOR hat konkrete Beispiele hierfür aus Peru, Kolumbien, den Philippinen, Indien und der Republik Kongo – um nur einige

Länder beispielhaft zu nennen. Nicht immer sind allein staatliche Stellen für die Verfolgung der MenschenrechtsaktivistInnen verantwortlich. Im Falle der o.g. Yanacocha-Mine in Peru wurde inzwischen die private Sicherheitsfirma Forza vor Gericht verklagt. Dem mit dem Schutz der Mine beauftragten Sicherheitsunternehmen wird vorgeworfen, über Monate hinweg MitarbeiterInnen Nichtregierungsorganisation "Grufides" rund um die Uhr überwacht und bespitzelt zu haben. Die Ak-

tion trug den Decknamen "Operación Diablo": zu deutsch: Operation Teufel. Einer der Bespitzelten: Marco Arana, viele Jahre Anführer des gewaltfreien Widerstandes, Träger des diesjährigen Aachener Friedenspreises und inzwischen Präsidentschaftskandidat der neuen sozial-ökologischen Partei in Peru "Tierra y Libertad". Die Beobachteten haben den Spieß inzwischen umgekehrt und selbst die Spione beobachtet. Im Rahmen der Lateinamerika-Filmtage war gerade erst - am 7.12.2010 - der 2010 erschienene Film von Stephanie Boyd über die Geschehnisse zu sehen.

Umweltverschmutzungen häufig zur Verletzung von wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechten und in letzter Konsequenz auch zur Verletzung von bürgerlichen und politischen Rechten. Die Einschüchterung und Bedrohung von Umwelt- und Menschenrechtsaktivisten wiederum hat zur Folge, dass der Einsatz für einen effektiven Umweltschutz vor Ort erschwert oder gar unmöglich gemacht wird. Umwelt- und Menschenrechtsfragen sollten noch viel mehr im Zusammenhang gesehen und diskutiert werden, als dies bislang der Fall ist.

> Bernd Bornhorst / Elisabeth Strohscheidt

Bernd Bornhorst ist Leiter der Abteilung Enwicklungspolitik bei MISEREOR und Mitglied im Leitungskreis des Forums Umwelt und Entwicklung. Elisabeth Strohscheidt ist Menschenrechtsreferentin bei MISEREOR.

Fehlende internationale Unterstützung

Steht die Yasuní ITT-Initiative Ecuadors vor dem Aus?

Zum Schutz der Biodiversität, des Klimas und der im Regenwald lebenden indigenen Völker soll das Erdöl im Amazonasgebiete Ecuadors im Boden bleiben. Noch fehlt die entscheidende internationale Unterstützung trotz vielfacher Sympathiebekundungen.

ie Wirtschaft Ecuadors ist vorwiegend von Erdölvorkommen im Amazonasgebiet abhängig. Umso überraschender kam 2007 der Vorschlag der Regierung Ecuadors, das unter dem Nationapark Yasuní im Amazonasgebiet lagernde Erdöl nicht zu fördern, sondern es im Boden zu belassen. Vorausgesetzt die internationale Gemeinschaft leistet finanzielle Unterstützung. Schätzungen zufolge belaufen sich die Reserven des ITT auf 846 Mio. Barrel Schweröl. Der mögliche Reingewinn wird von der ecuadorianischen Regierung auf sieben Milliarden Dollar geschätzt. Über einen Zeitraum von 13 Jahren sollen nach Vorstellung der Regierung die internationale Gemeinschaft und private Sponsoren 3,5 Milliarden Dollar aufbringen. Theoretisch könnten mit dem Verbleib der fossilen Energie im Boden etwa 410 Millionen Tonnen CO. Emissionen verhindert werden.

Die Abkürzung ITT bezieht sich auf die Namen der Erdölfelder Ishpingo-Tambococha-Tiputini. Aufgrund seiner einzigartigen Artenvielfalt wurde das Gebiet 1989 in das UNESCO Biosphärenschutzprogramm aufgenommen wurde. Die überaus zahlreichen im Nationalpark beheimateten Säugetiere, die Vogel-, Amphibien- und Reptil-, sowie die zahlreichen Baumarten würden durch die Ölindustrie ebenso gefährdet wie die in freiwilliger Abgeschiedenheit lebenden indigenen Völker der Tagaeri und Taromenane.

Von einer fossilen Vergangenheit in eine erneuerbare Zukunft

Ausgehend von den jahrzehntelangen Erfahrungen Ecuadors mit den verheerenden Folgen der Erdölförderung für Mensch und Umwelt, stellte der ecuadorianische Präsident Rafael Correa die ITT Initiative 2007 im September bei den Vereinten Nationen vor. Sie wurde im Ausland zunächst begeisterter aufgenommen als in Ecuador selber. Insbesondere in Deutschland war das Echo unter Entwicklungspolitikern groß. In einem fraktionsübergreifenden Antrag im Juni 2008 (Drucksache 16/9758) begrüßte der Deutsche Bundestag die Initiative. Die GTZ führte in Folge Studien hinsichtlich der Durchführbarkeit im Rahmen der bestehenden Klimaverhandlungen durch. Darüber, ob die Bundesregierung über 13 Jahre 50 Millionen Euro in Aussicht gestellt habe oder nicht, gibt es heute unterschiedliche Auffassungen. Eine Delegation des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung/AWZ besuchte Ecuador 2008. Die Abgeordneten konnten sich vor Ort ein Bild von den Umweltschäden machen, die die Erdölindustrie bisher angerichtet hatte. Die Initiative fand auch bei kirchlichen Werken wie dem Evangelischen Entwicklungsdienst und bei zivilgesellschaftlichen Organisationen Anklang. So wurde der ehemalige Energieminister Ecuadors und Präsident der verfassungsgebenden Versammlung Alberto Acosta als einer der Yasuní-Initiatoren auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag und auf dem ökumenischen Kirchentag 2010 eingeladen, um das Vorhaben vorzustellen.

Treuhandfonds – Garantie für Beitragszahlungen

Unter dem Dach des Entwicklungswerks der Vereinten Nationen UNDP wurde ein Treuhandfonds eingerichtet, um die nötigen Sicherheitsgarantien für die möglichen Beitragszahlungen der internationalen Gemeinschaft zu schaffen. Einen erheblichen Vertrauensverlust erhielt das Vorhaben als Präsident Correa im Januar 2010 Bedenken gegen die Unterzeichnung des Treuhandfonds äußerte. Er sah die Souveränität Ecuadors gefährdet

da seine Regierung in den Entscheidungsgremien des Fonds nicht adäquat vertreten sei.

Am 3. August 2010 war es dann soweit. Mit einem feierlichen Akt wurde der Treuhandfonds Yasuní-ITT zwischen der ecuadorianischen Regierung und dem UNDP unterzeichnet. Der Vorschlag von Anfang 2009 und die nun unterzeichnete Vereinbarung unterschieden sich dadurch, dass die ecuadorianische Regierung allein den Vorsitz des Vorstands innehat. Drei weiteren Mitglieder der ecuadorianischen sowie zwei Mitglieder ausländischer Regierungen sind vertreten, zwei Vertretern des UNDP, sowie ein Mitglied der ecuadorianischen Zivilgesellschaft. Ecuadorianischen Organisationen, die Mittel aus dem Fonds erhalten oder von Projekten betroffen sind, können zu Anhörungen eingeladen werden. Das Kapital des Fonds soll ausschließlich im Bereich erneuerbare Energien angelegt werden. Die Zinsen, die der Fonds erwirtschaftet, sollen für Programme im Bereich des Umweltschutzes, für soziale Programme, für Aufforstung, für nachhaltige Waldnutzung und für angepasste Forschung verwendet werden. Anleger erhalten außerdem Zertifikate.

Unterstützung in Deutschland ist gespalten

Im September 2010 kam eine ecuadorianische Delegation unter der Leitung der Ministerin für die Koordination des National- und Kulturerbes María Fernanda Espinosa nach Deutschland. Ursprünglich war geplant sich beim Parlament für die Unterstützung zu bedanken und über den neuesten Stand des Treuhandfonds unter dem Dach des UNDP zu berichten. Zwischenzeitlich hatte Bundesminister Niebel in einem Brief an die Abgeordnete Ute Koczy (Bündnis 90/Die Grünen) mitgeteilt, dass er u.a. aufgrund unzureichend beantworteter Fragen, etwa darüber welche Garantien für einen dauerhaften Verzicht auf die Ölförderungen gegeben werden, Einzahlungen in den Treuhandfonds nicht in Betracht ziehe. Fraglich sei auch ob dieser Ansatz tatsächlich Vorteile habe gegenüber anderen Alternativlösungen, wie etwa REDD (Reducing Emissions from Deforestation and Degradation). Außerdem befürchte er eine Präzedenzwirkung in Hinblick auf Kompensationsforderungen der erdölproduzierenden Länder in den Klimaverhandlungen.

Diese Aussage löste nicht nur bei Bundestagsabgeordneten heftige Kritik aus. VENRO, das Forum Umwelt & Entwicklung und die Klimaallianz, verschickten daraufhin eine Erklärung an die Abgeordneten des AWZ und des Haushaltsausschusses, in der sie an die Bundesregierung appellierten, der Initiative die Unterstützung nicht zu entziehen und in den Bundeshaushalt 2011 die Einzahlung in den Treuhandfonds sowie für die Folgejahre eine Verpflichtungsermächtigung einzustellen. Es kam auch zu diplomatischen Aktivitäten. In einem Schreiben erläuterte die ecuadorianische Regierung dass ein neues Gesetz verabschiedet wurde. Es sieht im Falle einer doch stattfindenden Erdölförderung im ITT-Gebiet vor, dass der ecuadorianische Haushalt für die geleisteten Einzahlungen in den Treuhandfonds haften müsse. Nach Auffassung der ecuadorianischen Regierung die Initiative mit ihren Zielen Emissionen dadurch zu reduzieren, dass keine fossile Energie gefördert wird, dem Schutz der Biodiversität und der sozialen Entwicklung, weit über das REDD-Programm hinaus.

In einem neueren Schreiben an die Ministerin Espinoza schreibt BM Niebel nun, dass bezüglich der Einbettung der ITT-Initiative in den REDD + Prozess und im Hinblick auf die Beteiligung der Zivilgesellschaft noch Fragen offen sind. Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen, UNEP habe Kooperationswilligkeit für eine Prüfung der offenen Fragen signalisiert. Es scheint, dass das Ministerium sich eine Unterstützung der ITT-Yasuní Initiative höchstens im Rahmen des bestehenden Waldschutzprogramms vorstellen kann und nicht für den Verzicht auf die Erdölförderung.

Der Regierung Correas läuft die Zeit davon. Bisher gibt es keine signifikanten Einzahlungen in den Treuhandfonds. Außer einer eher symbolischen Zahlung von Chile in Höhe von 100.000 Dollar hat Spanien ein Angebot in Höhe von einer Millionen Euro pro Jahr für die kommenden fünf Jahre in Aussicht gestellt. Allerdings ist das auch zuwenig. Bis Ende 2011 sollen 100 Millionen Dollar in Fonds eingezahlt werden, sonst kann die Regierung Correa mit der Ölförderung beginnen, so steht es im Vertrag des Treuhandfonds. Auch in Ecuador ist das Projekt nicht unumstritten. Es gibt eine starke Lobby gegen die Initiative. Die nach wie vor fragile Staatlichkeit Ecuadors wurde beim Putschversuch der Polizeikräfte gegen Präsident Correa am 30. September deutlich. Wenn die Initiative nicht bald signifikante Beitragszahlungen erhält, steht sie wohl trotz Sympathiebekundungen vor dem Aus.

Sieglinde Weinbrenner

Die Autorin ist entwicklungspolitische Beauftragte des Evangelischen Entwicklungsdienstes/EED in Berlin

Weitere Informationen: UNDP-Multi Donor Trust Fonds (http://mdtf.undp.org/yasuní) Yasuní Website: www.yasuní-itt.gob.ec

Die politische Bedeutung der Abfallwirtschaft

Recycling und Wiederverwendung sind Bausteine einer effektiven Volkswirtschaft

Statt Abfälle zu verbrennen, sollten sie recycelt oder ganz vermieden werden, z.B. in Form der Wiederverwendung von Getränkeflaschen. Das ist nicht nur ökologisch wie ökonomisch sinnvoll, es kann auch dazu beitragen, internationale Spannungen zu verringern.

n einer Sendung der Serie "Hintergrund" wurde im Deutschlandfunk Ende Juli dieses Jahres unter dem Titel "Globaler Kampf um Rohstoffe" ein Bericht über Probleme bei der Rohstoffversorgung ausgestrahlt. Es ging es um Außen- und Wirtschaftpolitik, um den Wettlauf mit China um Rohstoffe, um Entwicklungshilfe, einmal fiel auch das Wort Bundeswehr. Das Wort Recycling wurde in 20 Minuten kein einziges Mal erwähnt.

Nun, in diesem Rundfunkbeitrag wurden Afghanistan und die Bundeswehr nur ganz am Rande erwähnt, aber dass die Sicherung der Rohstoffversorgung und die außenpolitische Sicherheit in der letzten Zeit immer wieder mal im selben Satz auftauchen, ist verdächtig. Auch bei den Aussagen

des deutschen Verteidigungsministers bleibt merkwürdig unklar, ob es ihm nur um die Abwehr irgendwelcher Piraten auf hoher See geht, oder ob es nicht mehr lange dauern wird, bis ganz offiziell der Zugang zu den Rohstoffen selbst als legitimes militärisches Ziel benannt wird.

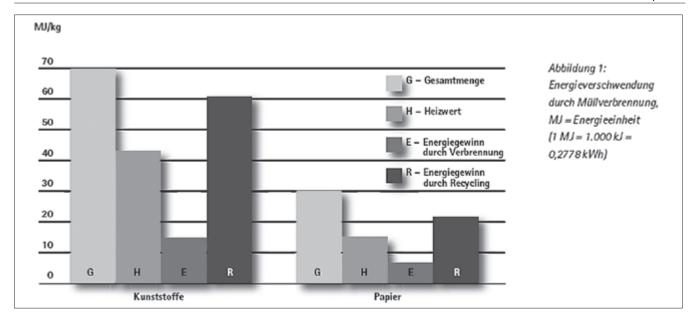
Abgesehen von all den ethischen Problemen, die sich daraus ergeben: Abfallvermeidung und Recycling sind auf jeden Fall billiger als Krieg zu führen. Und leichter umzusetzen. Neben der Führung des ethischen Diskurses ist es auf jeden Fall auch geboten, der Wirtschaft, der Politik und nicht zuletzt der breiten Öffentlichkeit vorzurechnen, welchen Nutzen die Abfallwirtschaft bringt.

Volkswirtschaftlicher Nutzen der Abfallwirtschaft

Es wird leider häufig übersehen, dass bei der Abfallwirtschaft die Vorteile für die Umwelt mit dem volkswirtschaftlichen Nutzen eng verknüpft sind. Immerhin lag der Beitrag der Abfallwirtschaft zur Außenhandelsbilanz im Jahr 2005 nach Angaben des Instituts der Deutschen Wirtschaft bei rund 3,7 Milliarden € pro Jahr. Und nach einer Studie des UBA hängen, konservativ gerechnet, rd. 110.000 Arbeitsplätze allein von der getrennten Wertstoffsammlung und Verwertung ab, ohne die Arbeitsplätze bei der Restmüllentsorgung und der Verwaltung. Außerdem ist das Recycling von Abfällen fast immer billiger als ihre Verbrennung in Anlagen mit aufwendiger Rauchgasreinigung, und andere Anlagen sind sowieso indiskutabel.

Die Menge an Rohstoffen, die über den Abfallpfad verloren gehen, ist trotz mancher Anstrengungen immer noch gewaltig. Abgesehen von Eisen lassen sich Metalle nur unter erheblichem Aufwand an Energie und Kosten aus Verbrennungsaschen wieder gewinnen.

So zeigt z.B. eine Recyclingquote eines so wertvollen Metalls wie Kupfer



von gerade einmal 54 %, wie groß der Handlungsbedarf ist. Eine Recyclingquote von Kupfer in Höhe von 54 % entspricht einem Verlust von ca. 35.000 t pro Jahr, oder in volkswirtschaftlichen Zahlen einem Verlust von 160 – 220 Millionen €, je nach Marktwert des Kupfers. Und die Goldmenge, die allein durch die Verbrennung weggeworfener Handys verloren geht, wird auf 350 kg pro Jahr geschätzt.

Abfall und Energieeinsparung

Aber es geht nicht nur um Metalle, sondern auch um Energierohstoffe. Es wird in der Diskussion oft übersehen, dass bei der Abfallverbrennung nur ein Teil des Heizwerts zurückgewonnen wird, während durch die stoffliche Verwertung von Abfällen erhebliche Mengen an Energie einzusparen sind, nämlich die zur Neuproduktion der Waren aus Primärrohstoffen. Im Vergleich dazu verbraucht Recycling erheblich geringere Mengen an Energie. Das gilt auch bei Abfällen mit hohen Heizwerten wie Altpapier und Altkunststoff.

Welchen großen Einfluss der Energiebedarf bei der Herstellung der Produkte hat, wird in der Abbildung dargestellt und am Beispiel Papier näher erklärt:

Der Heizwert von Papier beträgt etwa 15 Megajoule/Kilogramm (H). Die Produktion eines Kilogramm Papier aus Zellstoff benötigt durchschnittlich ebenfalls rund 15 Megajoule. Die Gesamtenergie, also Heizwert + Produktionsenergie, beträgt also rund 30 Megajoule/Kilogramm.

Bei der Müllverbrennung ist bei Kraft-Wärme-Kopplung mit einem durchschnittlichen Wirkungsgrad von 35 % nur rund 5,3 Megajoule/Kilogramm (35 % von 15 Megajoule/Kilogramm) Energie zu erzeugen.

Der Nettoverlust beträgt somit rund 24,7 Megajoule/Kilogramm von ursprünglich 30 Megajoule/Kilogramm.

Demgegenüber ist für die Produktion von 1 kg Recyclingpapier aus Altpapier ein Energieaufwand von durchschnittlich nur 8 Megajoule notwendig. Der gesamte Heizwert bleibt erhalten. Beim Recycling von Altpapier beträgt der Nettoverlust also lediglich 8 Megajoule/Kilogramm statt 24,7 Megajoule/Kilogramm bei der Verbrennung.

Bei einem Altpapieraufkommen von rund 15 – 16 Millionen t pro Jahr kommt da eine ganze Menge an eingesparter Energie zusammen, grob geschätzt rund 40 Milliarden kWh/Jahr an Strom und Wärme.

Die Bedeutung des Energiebedarfs bei der Herstellung der Produkte ist auch einer der Gründe dafür, dass die biologisch abbaubaren Kunststoffe nicht die ökologische Lösung sind, wie es die Werbung oft suggeriert. Wenn die Plastiktüte schließlich verrottet ist, dann ist nicht nur sie "weg", sondern auch die ganze Produktionsenergie.

Nutzen der Abfallvermeidung

Auch in einem anderen Bereich sind Ökologie und Ökonomie vorteilhaft miteinander verknüpft: Bei Getränkeverpackungen. Einerseits ist die Wiederbefüllung von Getränkeverpackungen für die Umwelt noch vorteilhafter als das Recycling des Verpackungsmaterials, wie zahlreiche Ökobilanzen gezeigt haben. Andererseits können durch den Erhalt der Mehrwegsysteme für Getränke viele bestehende Ar-

beitsplätze erhalten werden, und zwar sowohl im Handel als auch bei kleineren und mittleren Brauereien, die nur schwer in teuere Abfüllanlagen für Dosen oder Einwegflaschen investieren können.

Der Umstieg von Mehrweg- auf Einwegsysteme nützt eher großen Unternehmen, die auf diese Weise Märkte leichter erobern können als durch "lästige" Mehrwegsysteme. Gerade die Discounter haben sich in Deutschland regelmäßig gegen die Einführung von Mehrwegsystemen gewehrt. Auch große Getränkekonzerne setzen zur Eroberung von Märkten auf Dosen und PET-Flaschen.

Bei einem vollständigen Umstieg auf Einweg würden in Deutschland wohl mehr als 60.000 Arbeitsplätze im Handel verschwinden, und zwar gerade Arbeitsplätze für weniger qualifizierte Arbeitskräfte. Vorteilhaft ist auch, dass es dabei um regionale, relativ dezentrale Arbeitsplätze geht, die kaum ins Ausland verlagert werden können.

Für andere Staaten gilt das im Prinzip genauso. Es verwundert sehr, in einem relativ armen Land wie z.B. einem osteuropäischen EU-Staat, zu beobachten, wie Verpackungen einfach weggeworfen werden. Diese Verpakkungen hatte die Kundschaft ja über den Preis mitbezahlt, angesichts der niedrigen Löhne dort gewiss kein unbedeutender Betrag. Wie soll eine Volkswirtschaft vorankommen, wenn so viel achtlos weggeworfen wird?

Hartmut Hoffmann

Der Autor ist Dipl.-Chemiker und Sprecher des AK Abfall des BUND e.V.

Substitution als Weg aus der Knappheit

Seltene Rohstoffe in den Technologien der Erneuerbaren Energien

Erneuerbare Energien sind ein Beitrag dazu, die Überlastung einer der knappsten Ressourcen – der Aufnahmekapazität der Atmosphäre für Treibhausgase – zu verhindern. Dabei kann jedoch der Bedarf an seltenen Rohstoffen für die Technologien der Erneuerbaren Energien nicht außer Acht gelassen werden. Aber es gibt ein großes Potenzial mit Substitutionslösungen einen Teil der Problematik frühzeitig zu umgehen.

ngesichts steigenden Wohlstands und steigender Konsumansprüchen auch in den Schwellenländern und angesichts der wachsenden Weltbevölkerung stößt Inanspruchnahme natürlicher Ressourcen immer schneller an ihre Grenzen. Eine der knappsten Ressourcen ist die Aufnahmekapazität der Atmosphäre für Treibhausgase. Die Beherrschung dieses Teils der Ressourcenthematik wird unter Klimaschutz zusammengefasst und ist ein wichtiges Argument in der Argumentation für Erneuerbare Energien. Die Vorrangigkeit der Klimafrage aufgrund der besonders schnellen Zuspitzung durch die Erreichung der Systemgrenzen bei der Emission von Treibhausgasen, sollte uns aber nicht davon abhalten, die Begrenztheit der anderen Ressourcen im Auge zu behalten, die für die Ökologie und die Wirtschaft erheblichen Sprengstoff birgt. Die Technologien, die hinter den Erneuerbaren Energien stehen, nutzen nach heutigem Standard zwar häufig seltene und kritische Rohstoffe, das ist aber nicht unausweichlich so.

Erneuerbare Energien: dezentral ressourceneffizient

Erneuerbare Energien fußen fast immer auf dezentralen Technologien, die auf das Einsammeln von Energiequellen mit vergleichsweise geringen Energiedichten ausgelegt sein müssen. Der Fusionsreaktor Sonne hat an der Oberfläche eine höhere Energiedichte als alle sonst bekannten Energiequellen einschließlich nukleare Quellen. Dieser Reaktor steht glücklicher Weise in so ausreichender Entfernung, dass wir ihn ziemlich schadlos nutzen können. Dafür müssen die Einsammlungsflächen etwas größer ausgelegt sein: Solarabsorberflächen, Rotorflächen

von Windenergieanlagen, Staudammlängen von Wasserkraftwerken, Agrarflächen für Bioenergie. Das bedeutet auch einen spezifisch höheren Materialeinsatz als z.B. bei einer Gasturbine. Wenn ich aber fossilen und mineralischen Rohstoffbedarf für den

energetischen und nichtenergetischen Einsatz zusammenzähle und noch die beanspruchten Senken hinzurechne, schneiden die Erneuerbaren Energien in der Summe bestens ab in Bezug auf die Ressourceneffizienz.

Substitution statt Seltene Rohstoffe

Der Tatsache, dass seltene Rohstoffe als Machtfaktor im internationalen Handel eingesetzt werden, wie jüngst geschehen, kann mit neuen Substitutionstechnologien auch im Feld der Erneuerbaren Energien wirksam begegnet werden. Mit gezielter Forschung und Entwicklung kann Deutschland die Abhängigkeit von seltenen Rohstoffen künftig deutlich entspannen. Dort wo Ingenieure und Unternehmen neue Wege gehen und sich von den alten Produktions- und Designmustern trennen, können sich ganz neue innovative Lösungen entwickeln.

Ein Beispiel: Eines der wichtigsten Elemente unter den sogenannten Seltenen Erden ist Neodym. Es dient als Werkstoff für starke Magnete in elektrischen Maschinen, die künftig etwa für Elektrofahrzeuge und Windturbinen Anwendung finden können. Neodym ist als Magnetwerkstoff lange bekannt und verfügbar. Die Versorgung kann dann zu einem Problem werden, wenn Massenanwendungen damit begonnen werden, die allein auf einen Werkstoff setzen und die historisch günstigen Beschaffungspreise dieses



Werkstoffes als Kalkulationsgrundlage in die Zukunft projizieren (Untersuchung des Fraunhofer ISI und der IZT gGmbH, unter anderem zum Neodymbedarf für Zukunftstechnologien: Rohstoffbedarf für Zukunftstechnologien, 2008, Kap. 5.11.5.3).

Aus technischer Sicht gibt es fast durchweg Alternativen zum Einsatz einzelner Werkstoffe. Es reicht allerdings nicht aus, erst dann nach Alternativen zu suchen, wenn der Versorgungsengpass schon eingetreten ist. Notwendig sind vielmehr eine vorausschauende mehrgleisige Technologieentwicklung und eine systematische Forschung in Bezug auf Substitutionslösungen. Aus Sicht des ZRE¹ ist das Potenzial für solche Lösungen weit größer als es die öffentliche Debatte um knappe Rohstoffe erscheinen lässt.

Johannes Lackmann

Der Autor ist seit 07/2009 Geschäftsführer VDI Zentrum Ressourceneffizienz GmbH, seit 1994 Entwicklung mehrerer Bürgerwindparkprojekte im Raum Paderborn, Geschäftsführer der Lackmann Phymetric GmbH, bis 2007 Vorstandsmitglied im Bundesverband WindEnergie e.V. und bis 2008 Präsident Bundesverband Erneuerbare Energie e.V. (BEE), dem Dachverband für die Fachverbände aus allen Sparten

der erneuerbaren Energien, bis 2009 Geschäftsführer Verband der Deutschen Biokraftstoffindustrie e.V. (VDB)

1 Das VDI Zentrum Ressourceneffizienz (ZRE) mit Sitz in Berlin ist eine Tochter der VDI GmbH und wurde im Juni 2009 mit Mitteln der Kli-

Das VDI Zentrum Kessourceneffizienz (ZKE) mit Sitz in Berlin ist eine Tochter der VDI GmbH und wurde im Juni 2009 mit Mitteln der Klimaschutzinitiative des Bundesumweltministeriums gegründet. Kernaufgabe des ZRE ist es, den integrierten Einsatz von Umwelt-, Ressourcen- und Klimaschutztechnologien allgemein verständlich und umfassend darzustellen und zu befördern.



Rohstoff Holz

Nachhaltig nur in Grenzen nutzbar

Nachdem das Image von Biokraftstoffen in den letzten Jahren schwer gelitten hat, setzen viele Akteure verstärkt auf Holz als nachwachsenden Rohstoff. Zwar entsteht beim Verbrennen von Holz ebenso Kohlendioxid, wie beim Verfeuern von Stein- oder Braunkohle. Im Unterschied zu fossilen Energieträgern wurde das Kohlendioxid für die Bildung von Holz erst vor wenigen Jahrzehnten der Atmosphäre entzogen. Da für die Ernte der hierfür verantwortlichen Bäume relativ wenig Energie verbraucht wird, gilt dieser nachwachsende Rohstoff als vergleichsweise "klimafreundlich.

och besser als Holz zu verbrennen wäre natürlich, Energie zu sparen und die Bäume mitsamt dem in ihnen gebundenen Kohlenstoff möglichst alt werden zu lassen. Anstatt eine Buche heute mit 120 Jahren zu ernten, könnte man sie noch 200 Jahre lang wachsen lassen. Sie würde noch mehr Kohlenstoff binden und ihr Holzvolumen von einem auf gut 5 Kubikmeter Holz steigern.

Trend geht zu mehr Holzeinschlag

Zwar sollen bis zum Jahre 2020 insgesamt 550.000 Hektar Wald in Deutschland unter Schutz gestellt werden (und sie würden damit neben dem Schutz der biologischen Vielfalt auch der Speicherung von Kohlenstoff dienen). Daran haben aber Verbände aus Forst- und Holzwirtschaft wenig Interesse. Sie setzen sich seit Jahren dafür ein, dass noch mehr Holz eingeschlagen wird und dass die Bäume immer früher geerntet werden. Galt früher bei der Rotbuche ein Einschlagsalter von 140-160 Jahren als der Nor-

malfall, sind es inzwischen 120 Jahre – mit Tendenz in Richtung 100 Jahre.

Geht es nach den Plänen der Bundesregierung, die in ihrem Nationalen Aktionsplan für Erneuerbare Energien auf mehr Holz setzt, wird im Jahre 2020 der Holzverbrauch die im Inland erzeugbare Menge um mindestens 34 Millionen Kubikmeter übersteigen. Diese sogenannte "Holzlücke" wird in der Europäischen Union auf etwa 430 Mio. m3 geschätzt, denn auch andere Mitgliedsstaaten haben ehrgeizige Ziele. Die Holzlücke ist kein Schicksalsschlag, der die Länder unvorbereitet trifft. Sie ist geplant und wird mit Verweis auf die Umwelt- und Klimafreundlichkeit von Holz gezielt vergrößert.

Waldstrategie 2020 des BMELV

So will das Bundeslandwirtschaftsministerium (BMELV) im Rahmen seiner sogenannten "Waldstrategie 2020" vor allem den Holzeinschlag fördern. Hierfür wurde bereits viel Vorarbeit geleistet. So hatte man im Rahmen der 2. Bundeswaldinventur

(BWI2) in den Jahren 2001 und 2002 festgestellt, dass die Holzvorräte in Deutschlands Forsten rund 3,4 Milliarden Festmeter Holz betragen, das sind auf gut 11 Millionen Hektar Waldfläche etwa 320 Kubikmeter pro Hektar. Eine Inventurstudie ergab im Jahre 2008 schon 330 Kubikmeter Holz pro Hektar, denn seit Jahrzehnten wird in Deutschland weniger Holz geerntet, als nachwächst.

Vorratskammer Wald?

Es wird somit der Anschein erweckt, als häuften sich im deutschen Forst Halden von ungenutzten Holzmassen, die problemlos abgebaut werden könnten. Doch der Anschein trügt: Deutschlands Wälder sind vergleichsweise jung. Unter anderem wegen der Reparationshiebe nach dem Weltkrieg und Aufforstungen betrug das Durchschnittsalter nur etwa 70 Jahre, sodass es natürlich ist, dass der Zuwachs höher als die Nutzung liegt. Von Natur aus wären die meisten Bäume älter als 150 Jahre und die Vorräte würden weit über dem Doppelten liegen, wie heute. Vor allem Tot- oder Biotopholz, das heute nur noch knapp 15 Kubikmeter pro Hektar ausmacht, würde im Naturwald bei 50-250 Kubikmeter liegen. Höhere Vorräte wären auch aus forstlicher Sicht sinnvoll.

Doch immer wieder wird behauptet, der deutsche Wald sei zu alt. In Entwürfen der Waldstrategie, zu denen der Verfasser mittels Akteneinsicht Zugang hatte, ist von "zuwachsoptimierter Vorratshaltung" die Rede. Geringere Vorräte sollen den Zuwachs steigern, da jüngere Bäume angeblich schneller wachsen. In der Tat erreichen viele Baumarten im Alter zwischen 80 und 120 ihren höchsten Jahreszuwachs, doch dieser bleibt danach meist über viele Jahrzehnte weiter auf hohem Niveau.

Eine andere Form der Intensivierung wird mit der Anlage von Kurzumtriebsplantagen vorgeschlagen. Schnell wachsende Bäume sollen Erträge von 11 und mehr Kubikmeter Holz pro Hektar erzeugen. Doch bislang wurden bundesweit erst 3.500 Hektar davon angelegt. Damit wird sich die Holzlükke nicht schließen lassen.

Vattenfalls Holzimporte

Wenn der Holzverbrauch nicht gedrosselt wird, muss Holz importiert werden. Das geht aber wegen der

Nachhaltigkeitsverordnungen für Biokraftstoffe ab Januar Pflicht!

Ab dem 1.1.2011 wird in Deutschland als einem der ersten EU-Mitgliedstaaten die Zertifizierung von Biokraftstoffen zur Pflicht. Lediglich für Österreich und Portugal wird erwartet, dass sie die Anforderungen der entsprechenden EU-Richtlinie im kommenden Jahr umsetzen. Das könnte auch in Deutschland zu Problemen führen, da dann aus den Nachbarländern kaum nachhaltige Biomasse importiert werden kann. Schon heute werden große Mengen an Raps importiert, der dann nur noch für die Lebensmittelproduktion verwendet werden kann.

Für Biokraftstoffe und Biostrom darf ab der Ernte 2010 nur noch Biomasse eingesetzt werden, die nachweislich nachhaltig hergestellt worden ist. Dies schreiben die zur Umsetzung des EU-Rechts erlassene Biokraftstoff-Nachhaltigkeitsverordnung und die Biomassestrom-Nachhaltigkeitsverordnung vor. Die beiden Verordnungen gelten sowohl für Biomasse aus Deutschland als auch aus anderen Staaten, wenn eine Anrechnung auf die Biokraftstoffquote, eine steuerliche Ermäßigung oder Vergütung nach dem EEG in Deutschland erfolgen soll.

Wie die EU mit dem Problem umgehen wird, ist derzeit noch unklar. Fraglich ist, ob etwa Sanktionen dazu führen können, dass andere Mitgliedsstaaten die dafür nötigen Zertifizierungssysteme, Verordnungen und Kontrollsysteme umgehend entwickeln. Sollte das Problem über längere Zeit bestehen, dürfte dies der Glaubwürdigkeit der Nachhaltigkeitspolitik bei Biokraftstoffen weiter schaden.

Ähnliches passiert derzeit bei der umstrittenen Förderung der Biogasproduktion. Landauf, landab sind tausende von Biogasanlagen in Betrieb, die mit schlechtem Wirkungsgrad und vor allem mangelhafter Wärmenutzung arbeiten. Die meiste Wärme verpufft, eine Verschwendung, die angesichts der begrenzten Agrarflächen und Rohstoffe abgestellt werden soll, wenn es nach einem Antrag des Bundesrates vom 8. Dezember 2010 geht. Der Bundesrat bittet die Bundesregierung, die Vergütungsstruktur des EEG so schnell wie möglich an die aktuellen Entwicklungen anzupassen.

Transportkosten nur dann, wenn gro-Be Mengen an Holzhackschnitzeln oder Holzpellets aus Ländern importiert werden können, die den Rohstoff preisgünstig anbieten. So hat der Energiekonzern Vattenfall einen Liefervertrag mit der Firma Buchanan Renewables in Liberia abgeschlossen, und zwar über insgesamt eine Million Tonnen in den kommenden fünf Jahren. Das Holz wird in Kohlekraftwerken mitverheizt und soll den Kohlendioxidausstoß dieser fossilen Meiler verringern. Parallel dazu ist in Berlin ein Biomassekraftwerk geplant, dessen Bedarf ab 2019 bei etwa 700.000 Jahrestonnen liegen soll (das entspricht etwa 1,3 Millionen Kubikmeter Holz). Zusammen mit der Mitverbrennung würde das allein für Berlin einen Jahresverbrauch von 1,3 Millionen Tonnen Holz bedeuten - eine Menge, die aus der Region nicht geliefert werden kann.

Um dieses Vorhaben ist in Berlin eine heftige Diskussion entbrannt. Während die Senatsverwaltung gemeinsam mit dem Energiekonzern noch Nachhaltigkeitskriterien brütet, lehnen einige Verbände Holzimporte aus Ländern wie Liberia ab. Zwar soll das Holz nicht aus der Abholzung von Regenwäldern kommen, sondern aus der Rodung überalterter Kautschukplantagen, die anschließend wieder neu angelegt werden. Inwieweit dies zur Verschärfung der Energiearmut in diesem Land führt, lässt sich derzeit kaum einschätzen. Hauptproblem sind die ungeklärten Landrechte und teilweise schlimme Zustände auf den Gummibaumplantagen.

Man kann - angesichts zahlreicher Negativbeispiele mit Raubbau und illegalem Holzhandel - die Forderungen nach einem Importstopp nachvollziehen. Sinnvoller aber wäre es, die Lieferung von Holz an Nachhaltigkeitskriterien zu binden. Es ist ja nicht einzusehen, warum Länder wie Liberia nicht das Recht haben sollten, Holz zu exportieren. Voraussetzung dafür wäre eine Beteiligung der Zivilgesellschaft an solchen Zertifizierungsprozessen, um zumindest einige der Probleme zu lösen.

Ist es nicht absurd, Millionen Tonnen Holz nach Europa zu transportieren, um dessen Beitrag zum Klimaschutz in einem Industrieland auszunutzen? Auch in Liberia wird Holz benötigt, doch wenn man überschüssige Mengen davon hat, wäre gegen einen Export grundsätzlich wenig einzuwenden. Etwas mehr Sinn würde die Unternehmung machen, wenn parallel dazu an einer Lösung der Energiearmut in Westafrika gearbeitet würde. Viele Tropenländer importieren Öl oder Kohle, um ihren Energiebedarf zu decken. Warum sollen sie sich nicht demnächst selbst mit dem Rohstoff versorgen? Es stünde dem Konzern und dem Land Berlin gut an, sich nicht auf den Import billiger Holzvorräte zu beschränken.

Holzlücke oder Verbrauchsminderung?

Eine Lösung des Problems der Holzlücke aber kann nur darin bestehen, den jährlichen Verbrauch von Holz auf Mengen zu begrenzen, die nachhaltig erzeugt werden können. Zudem müssen auch Anforderungen zugunsten des Schutzes der biologischen Vielfalt sowohl bei uns, als auch in anderen Ländern die Verfügbarkeit von Holz begrenzen. Auch in Liberia oder anderen potenziellen Lieferländern für Energieholz wie der Ukraine, Kanada, Brasilien. Chile oder den USA müssten noch weitere Waldschutzgebiete eingerichtet werden. Stattdessen werden aber in Lateinamerika, Afrika und Asien weitere Großplantagen angelegt, die immer mehr Wald- und Ackerland in Anspruch nehmen.

Auf keinen Fall aber darf der einfachste und einer der wichtigsten Grundsätze der Nachhaltigkeit, dessen sich die deutsche Forstwirtschaft seit mehr als zwei Jahrhunderten rühmt, über Bord geworfen werden: Es darf höchstens so viel Holz entnommen werden, wie nachwächst!

László Maráz

Der Autor ist Koordinator der AG Wald im Forum Umwelt und Entwicklung und Koordinator der Plattform nachhaltige Biomasse.

Ungenutzte Chance für den Gewässerschutz

Ökonomischen Instrumente der Wasserrahmenrichtlinie

Die in der europäischen Wasserrahmenrichtlinie gesetzlich verankerten ökonomischen Bestimmungen könnten zu verbesserter Ressourceneffizienz und stärkerer Berücksichtigung des Verursacherprinzips führen. Die darin liegende Möglichkeiten bleiben bislang ungenutzt.

it der am 22. Dezember 2000 in Kraft getretenen EG-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) begann eine neue Ära im europäischen Gewässerschutz. Erstmals wurden Ziele für den ökologischen Zustand der Oberflächengewässer mit verbindlichen Fristen festgelegt, ein Verschlechterungsverbot für den Gewässerzustand postuliert und die flussgebietsweite Bewirtschaftungsplanung mit umfassender Öffentlichkeitsbeteiligung vorgeschrieben.

Das zentrale Umweltziel der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) ist der gute Zustand der Gewässer — Oberflächengewässer und Grundwasser —, der bis zum Jahr 2015 erreicht werden soll. Mit ihren ambitionierten Umweltzielen und den Vorgaben zur umfassenden Betrachtung biologischer Parameter führte die WRRL den Ökosystem-Ansatz in die europäische Wasserwirtschaft ein: Die Bewirtschaftung der Gewässer muss sich an den Zielen für die Qualität der Gewässer als Lebensraum der aquatischen Flora und Fauna ausrichten, wobei der gute Zustand von einem natürlichen, sehr guten Referenzzustand abgeleitet wird.

Den Rahmen für Maßnahmen zur Verbesserung der Gewässersituation bilden die Bewirtschaftungspläne und Maßnahmenprogramme. Die Vorgaben der WRRL beziehen sich weniger auf Inhalte, Format und Ausgestaltung der Planung, als vielmehr auf das Ziel des guten Zustands. Es ist offensichtlich, dass dieses Ziel nur mit einer breiten Palette von Instrumenten erreicht werden kann, die von einzelnen wasserbaulichen Maßnahmen bis hin zur Umgestaltung der Agrarumweltpolitik reicht.

Ökonomische Elemente in der Wasserrahmenrichtlinie

Die Wasserrahmenrichtlinie führte die Anwendung ökonomischer Instrumente in die europäische Wassergesetzgebung ein.

Die ökonomischen Elemente der Wasserrahmenrichtlinie sind kein Selbstzweck. Sie dienen der Unterstützung der Umweltziele, flankieren und ergänzen ordnungsrechtliche und planerische Vorgaben und sind wichtige Instrumente zur Integration des Gewässerschutzes in andere Politikbereiche. Jedoch wurden - wie diese GRÜNE LIGA-Zwischenbilanz zehn Jahre nach Verabschiedung der WRRL deutlich zeigt – die ökonomischen Elemente der WRRL in die nationale Wasserpolitik der Mitgliedsstaaten und die Bewirtschaftung der Flussgebiete bislang nur unzureichend implementiert.

Die wirtschaftliche Analyse der Wassernutzungen war ein integraler Bestandteil der Bestandsaufnahme; der 2005 abgeschlossenen ersten Analyse der Flussgebiete. Die Bewirtschaftungspläne für die Flussgebiete – der über viele Jahre vorbereitete wichtigste Meilenstein für die künftige Ge-

staltung der Wasserwirtschaft in der Europäischen Union - waren Ende 2009 abzuschließen und bis März 2010 zu veröffentlichen. Diese Frist konnte - trotz der föderalen Zuständigkeit für das gesamte Bundesgebiet eingehalten werden. Der Festlegung von Ausnahmen sowie der Auswahl von Maßnahmen sollten auch Kosten- und Effizienzaspekte zugrunde liegen. Die Einführung grundsätzlich kostendekkender Wasserpreise als Kernelement einer nachhaltigen Wassernutzung war EU-weit für das Jahr 2010 vorgesehen. Beispielhaft seien einige Instrumente genannt: a) Betriebswirtschaftliche Kostendeckung von Trinkwasserversortung und Abwasserentsortung, b) Abwasserabgabe: Die Erhebung der bundesweit einheitlichen Abwasserabgabe dient in den Ländern durchgehend zur Internalisierung von Umweltkosten, gleichermaßen bei den Ländern mit und ohne Wasserentnahmeentgelt. Durch die Erhebung werden bereits Ressourcenkosten vermieden; c) Wasserentnahmeentgelte: In allen elf Bundesländern, in denen Abgaben auf die Entnahme von Grund- und/oder Oberflächenwasser erhoben werden, gelten sie immer auch als Internalisierungsinstrument für Umwelt- und Ressourcenkosten.

>> Fortsetzung des Artikels auf S. 27

Geschafft! Die Berliner Wasserprivatisierungsverträge sind im Netz

Am 9. November 2010 verkündete die Berliner Landeswahlleiterin das Ergebnis der Auszählung der Stimmen für das Volksbegehren "Schluss mit Geheimverträgen -Wir Berliner wollen unser Wasser zurück", das auf die Offenlegung der Verträge abzielt, die das Land Berlin im Zusammenhang mit der Privatisierung der Berliner Wasserbetriebe mit den privaten Investoren RWE und Veolia abgeschlossen hat. Von den 320.700 eingereichten Stimmen wurden unglaubliche 280.887 als gültig anerkannt, über 100.000 mehr als die notwendigen 172.000. Nur einen Tag später reagierte das Land Berlin und stellte die "vollständigen Verträge" auf www.berlin.de ins Internet.*

Bereits vorher waren Teile der Verträge von der Tageszeitung (TAZ) veröffentlicht worden. Die Initiative Berliner Wassertisch (www.berliner-wassertisch.net) hatte sich die die 2. Stufe des Volksbegehrens zuvor beim Berliner Verfassungsgericht gegen den Berliner Senats erkämpfen müssen. Die GRÜNE LIGA hat das das Volksbegehren von Beginn an unterstützt und ihre Berliner Geschäftsstelle als zentrales Sammelbüro zur Verfügung gestellt.

Wahlberechtigte Berlinerinnen und Berliner haben die Möglichkeit über den vom Berliner Wassertisch eingebrachten Gesetzesentwurf am Sonntag, dem 13. Februar 2010 mittels Volksentscheid abzustimmen.

* Direktlink: http://www.wasserpartner-berlin.de/ hintergrund/vertraege/index.html

fext: Cornelia Füllkrug-Weitzel, Direktorin von "Brot für die Welt". Redaktion: Ingrid Junghans. Fotos: Jörg Böthling

Es ist genug für alle da

Traditionsgemäß eröffnete "Brot für die Welt" am 1. Advent seine Spendenaktion.

Das Motto "Es ist genug für alle da" ist eine gezielte Provokation: Es gibt weltweit genügend fruchtbaren Boden, es könnte genug für die Teller der Armen geerntet werden. Hunger ist nicht nötig. Hunger wird gemacht!

Hier sehen wir vielfältigen Handlungsbedarf, insbesondere hinsichtlich der zunehmenden Problematik der Spekulation mit Nahrungsmitteln sowie bezüglich der Landumwidmungen und des Landraubs. Wir sehen mit größter Sorge, welches Unheil Spekulanten auf der Suche nach dem schnellen Geld derzeit auf den globalen Nahrungsmittelmärkten anrichten. Die Welternährungsorganisation prognostiziert, dass die Getreidepreise in diesem Jahrzehnt generell um 40 Prozent zulegen werden.

In den vergangenen Jahren hat die Bedeutung der Rohstoffmärkte, an denen neben Metallen und Öl auch Getreide und andere Nahrungsmittel gehandelt werden, gewaltig zugenommen. Knappe Ressourcen und Hunger sind für Agrar-Investmentfonds Garanten für Gewinne.

Aber für die Ärmsten der Armen ist dies eine Katastrophe! Denn einmal Anlageobjekt geworden, werden die Nahrungsmittelpreise – wie bei jedem Finanzspekulationsobjekt - vollkommen instabil und unterliegen der Börsenhektik und nicht mehr der realen Verfügbarkeit der Ware. Die Preiserwartungen der Anleger und der Finanzbranche sind seitdem für die reale Preisentwicklung entscheidend. Dies trifft vor allem die Menschen in den Ländern, die in ihrer Nahrungsmittelversorgung auf den Weltmarkt angewiesen sind – zunehmend die meisten afrikanischen Länder.

Umwidmung von Ackerflächen.

Der Druck auf Land wächst in einer unvorhersehbaren Geschwindigkeit. Der Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, Olivier de Schutter, hat vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen eindrücklich darauf hingewiesen: 30 Millionen Hektar Ackerland gehen jährlich vor allem auf-

grund von Landnutzungsänderungenverloren. Land, das traditionell der Ernährung von kleinbäuerlichen Familien, Fischern und indigenen Völkern dient, wird verpachtet oder verkauft. Mit dramatischen Folgen für deren Ernährungssicherheit. Sie stellen die Hauptgruppe der Hungernden weltweit dar!

Neben Nahrungsmitteln für den Export werden zunehmend mehr Futterpflanzen für die Tierzucht angepflanzt, um dem weltweit wachsenden Fleischkonsum gerecht zu werden. Und es werden Energiepflanzen angebaut, um unabhängiger zu werden von den knapper werdenden Erdölressourcen und von den Erdölländern. Die Art, wie die Landumnutzung zustandekommt, verdient häufig den Namen Landraub. In Afrika ist der internationale Wettlauf um landwirtschaftliche Nutzflächen besonders dramatisch. Es sind häufig fremde Staaten oder internationale Nahrungsmittelkonzerne, die die Hand auf sie gelegt haben, um in Zeiten knapper werdender Landressourcen mit afrikanischem Land der eigenen Bevölkerung langfristig die Nahrung zu sichern oder um die eigene Vormacht auf dem Weltagrarmarkt zu festigen.

"Hunger wird gemacht". Hierbei müssen auch die Klimaveränderungen zur Sprache kommen. Sie bedeuten mehr



"Brot für die Welt" setzt sich an der Seite der Garo in Bangladesch für angemessene Zugangschancen zum Land für alle ein.



Stürme, mehr Überschwemmungen, mehr Dürren – und zwar vor allem in den tropischen und subtropischen Ländern. In ihnen leben die weitaus meisten der Armen und Hungernden, deren Beitrag zu den globalen Treibhausgasen verschwindend gering ist. Länder wie Äthiopien, Bangladesch oder Guatemala sind aufgrund ihrer Armut selbst kaum in der Lage, die erforderlichen Anpassungen in der Landwirtschaft vorzunehmen. Auf den Philippinen, in Indonesien oder Vietnam beispielsweise sinken die Reiserträge um bis zu 10 Prozent, wenn die durchschnittliche Nachttemperatur um gerade mal ein halbes Grad Celsius steiat.



Kein Biosprit auf Kosten der Menschen vor Ort.

Wir meinen, es ist genug da, um Hunger zu vermeiden und zu bekämpfen:

- 1. Fruchtbares Ackerland und Wasser ist für Kleinproduzenten in den Entwicklungsländern elementar. Ihre Landrechte, ihr Zugang zu Land und Wasser müssen gesichert und ihre Produktionsbasis verbessert werden, damit ihre Länder sich weitgehend selbst mit Grundnahrungsmitteln versorgen können, ihre Abhängigkeit vom Weltmarkt mit seinen schwankenden Preisen reduziert wird.
- 2. Über 160 Staaten haben sich verpflichtet, das Recht auf Nahrung umzusetzen. Sie stehen damit in der Pflicht, eine nationale Agrar- und Wirtschaftspolitik zu entwickeln, die primär die Bedürfnisse der Hungernden in ihrem Land in den Mittelpunkt stellt.
- 3. Zur Eindämmung der Spekulation brauchen wir Regeln, in welchem Umfang jemand in einem bestimmten Zeitraum auf den Agrarrohstoffmärkten spekulieren darf, wie z.B. Beschränkungen für die Zahl der zulässigen Kontrakte je Marktteilneh-

- mer, eine Regulierung der Haltefristen, aber auch der Aufbau und die Finanzierung von Lebensmittellagern in den armen Ländern.
- **4.** Wir befürworten ferner den vom früheren Direktor des International Food Policy Research Institute in Washington, Joachim von Braun, eingebrachten Vorschlag, eine Art "Zentralbank für Getreide" zu gründen.
- 5. Der Landraub durch Konzerne und Staaten muss dringend auf internationaler Ebene reguliert werden. Wir hoffen, dass starke Leitlinien für den Umgang mit Land und natürlichen Ressourcen schnell erarbeitet und von vielen Ländern unterzeichnet und umgesetzt werden.
- **6.** Angesichts der Bedrohung für die Ernährungssicherheit durch den Klimawandel bedarf es armutsorientierter und nachhaltiger Anpassungsstrategien. Von den Verursacherländern des Klimawandels kann man erwarten, dass sie diese wesentlich

- finanzieren und zwar ohne an anderer Stelle die Entwicklungshilfe zu beschneiden!
- Anpassung allein ist aber nicht genug: darüber hinaus bedarf es weltweit – und gerade bei uns – entschiedener Anstrengungen beim Ausstieg aus der Verbrennung fossiler Energieträger.

Hunger ist kein Schicksal! Es ist genug für alle da!



Spendenkonto:

500 500 500, Postbank Köln (BLZ 370 100 50)

Brot für die Welt Stafflenbergstraße 76, 70184 Stuttgart Telefon +49-711/2159-568 kontakt@brot-fuer-die-welt.de

Eine Lenkungswirkung zum schonenden Umgang mit der Ressource soll dabei bereits durch die Erhebung der Abgabe erzielt werden. Hinzu kommt die Finanzierungsfunktion für gewässerschützende Maßnahmen.

Defizite in der Umsetzung

Das Fazit der GRÜNEN LIGA zur WRRL-Umsetzung im Jahr 2010 lautet jedoch: Die Chancen, die das ökonomische Instrumentarium der WRRL bietet, werden im so genannten ersten Bewirtschaftungszeitraum, also dem Zeitraum bis zur ersten Bestandsaufnahme nicht genutzt.

Auch die EU-Kommission kam bei der Beurteilung der Bestandsaufnahme zu ähnlichen Erkenntnissen: "The economic analysis of most Member States are incomplete and is therefore one of the biggest shortcomings in the WFD¹ implementation so far" (Europäische Kommission 2007).

Ohne solide ökonomische Analysen und Bewertungen der vielfältigen Wassernutzungen und der Bewirtschaftungsmaßnahmen läuft die Gesellschaft Gefahr, weiterhin immense Fehlallokationen von Geldern und öffentlichen Gütern in Kauf nehmen zu müssen, die Wasserressourcen ineffizient und nicht nachhaltig zu nutzen und die Gewässerökosysteme signifikant zu schädigen.

Dringender Handlungsbedarf

Es besteht daher dringender Handlungsbedarf. Das ökonomische Instrumentarium muss zügig zur Anwendung kommen und darf nicht auf den zweiten Bewirtschaftungszeitraum verschoben werden: Direkte und verdeckte Subventionen für Landwirtschaft, Energiewirtschaft, Wasserkraft, Bergbau, Binnenschifffahrt, Hochwasserschutz und wei-Wassernutzungen gehören hinsichtlich ihrer gewässerökologischen Schadwirkung auf den Prüfstand. Vorhandene Instrumente zur Internalisierung von Umwelt- und Ressourcenkosten, wie Wasserentnahmeentgelte können durch Streichen von Ausnahmetatbeständen in ihrem Wirkungsbereich deutlich ausgeweitet werden und sollten im gesamten Bundesgebiet Anwendung finden. Die Einführung neuer Instrumente zur Senkung des Ressourcenverbrauchs, wie einer Stickstoffüberschussabgabe, ist geboten, eine schadstoffabhängige Steuer auf die Verwendung von Pestiziden und mineralischem Dünger dringend zu prüfen.

Eine gute Gelegenheit, die Erfahrungen aus der Erarbeitung der ersten Bewirtschaftungspläne für gezielte Fortschritte bei der Anwendung ökonomischer Instrumente zu nutzen, bietet die bis zum Jahr 2013 anstehende Überarbeitung der wirtschaftlichen Analyse der Flusseinzugsgebiete.

Michael Bender/ Tobias Schäfer/ Alexandra Gaulke

Michael Bender leitet die Bundeskontaktstelle Wasser der GRÜNEN LIGA und ist Koordinator der AG Wasser des Forums Umwelt und Entwicklung. Tobias Schäfer und Alexandra Gaulke arbeiten bei der GRÜNEN LIGA zum Thema Wasser.

Dieser Artikel fußt auf einer Betrachtung der Flussgebietsmanagementpläne mit Flächenanteilen in der Bundesrepublik Deutschland und basiert auf einem Positionspapier der GRÜNEN LIGA zu den Ökonomischen Instrumenten der Wasserrahmenrichtlinie. Das GRÜNE LIGA-Positionspapier wird auf www.wrl-info.de veröffentlicht.

1 WFD = Water Framework Directive, also Wasserrahmenrichtlinie

Aktuell

Klimagipfel Cancún

Scherben aufsammeln nach dem Debakel von Kopenhagen

Der Klimagipfel von Cancún endete mit dem realistischerweise optimal möglichen Ergebnis: er war als Arbeitskonferenz gedacht, um nach dem Debakel von Kopenhagen die Scherben wieder einzusammeln und den Weg für ein wie auch immer geartetes Folgeabkommen für das Kyoto-Protokoll zu bereiten. An diesem zugegebenermaßen sehr niedrigen Anspruch gemessen hat »COP-16« ihre Aufgabe gut erfüllt. Wichtige Vorentscheidungen wurden getroffen, wenngleich diese noch nicht mit Inhalten gefüllt wurden.

o wurde erstmals das Ziel, den Temperaturanstieg auf 2°C zu begrenzen, festgehalten, verbunden mit der Aufforderung, die Industrieländer insgesamt sollen ihre Emissionen um 25-40% senken. Diese Aufforderung gilt aber nur für die Kyoto-Staaten, also nicht die USA und China – die Kyoto-Staaten decken mittlerweile nur noch 27% der Emissionen ab. Die freiwilligen Zusagen von des Kopenhagen-Accord 2009 werden bekräftigt (die für das 2°C-Ziel aber nicht ausreichen).

Die Vertragsparteien erklären ihre Absicht, einen Zeitrahmen zu entwikkeln, wann die CO2-Emissionen ihren Höhepunkt erreicht haben und sinken sollen. Mit dem sogenannten Cancún-Rahmenabkommen zur Anpassung an den Klimawandel sollen nationale Anpassungspläne an den Klimawandel

koordiniert werden. Für die nächsten drei Jahre soll eine Soforthilfe von 10 Milliarden Dollar pro Jahr in einen Fonds fließen, der mit Priorität für die vom Klimawandel besonders betroffenen Länder vorgesehen ist. Auf lange Sicht sollen die Finanzmittel für die Entwicklungsländer aufgestockt werden - und zwar ab 2020 auf jährlich insgesamt 100 Milliarden Dollar zusätzlicher Mittel. Die Hilfe kann sowohl aus privaten wie auch staatlichen Mitteln stammen. Die Gelder fließen in den neu gegründeten Green Climate Fund unter der Regie der Vereinten Nationen. Einstweilen soll die Weltbank die Verwaltung übernehmen. Vorgesehen ist ein Aufsichtsrat mit 24 Mitgliedern, der sich zu gleichen Teilen aus Vertretern von Entwicklungsund Industrieländern zusammensetzt. Gleichzeitig soll ein KlimatechnologieZentrum aufgebaut werden, das den Transfer von Technologien für den Klimaschutz in die Entwicklungsländer ermöglichen soll. Er soll geführt werden durch die Vereinten Nationen. Es soll ein Waldschutzprogramm verankert werden, das bekannt ist unter dem Namen Redd (Reducing Emissions from Deforestation and Degradation).

Ausblick auf COP-17 in Durban

Cancún war eine Klimakonferenz, in der der extrem komplex gewordene Prozess neu geordnet und Verfahrensfragen geklärt werden konnten. Inhaltliche Klärungen der großen Grundfragen – rechtlicher Rahmen für konkrete Reduktionsverpflichtungen von Industrie- und Schwellenländerndie in Kopenhagen nicht zu lösen waren, standen in Cancún nicht auf der Tagesordnung und wären auch nicht zu klären gewesen. Sie stehen auf der Tagesordnung von COP-17 in Durban (Südafrika). Ob diese Klärungen nächstes Jahr gelingen können, steht in den Sternen. Dass die USA auch nur einen Millimeter über ihre freiwilligen Zusagen von Kopenhagen hinausgehen können, erscheint mehr als fraglich selbst die Einhaltung dieser Zusagen ist angesichts der innenpolitischen Kräfteverhältnisse unsicher. Ohne Bewegung in den USA ist nicht zu erwarten, dass China irgendetwas machen wird, was es nicht aus ökonomischen Gründen sowieso vorhat. Ohne die beiden größten Klimagas-Emittenten China und USA ist das Kyoto-Protokoll jetzt schon unzureichend, und Japan und Russland haben sich festgelegt: sie sind bei einer Verlängerung nur dabei, wenn China und USA vergleichbare Reduktionsverpflichtungen übernehmen. So blockieren sich die großen Akteure gegenseitig. Geht in Durban alles optimal über die Bühne, wird der Flickenteppich schwer vergleichbarer und vor allem unzureichender Zusagen aus Kopenhagen dann verbindlich beschlossen. Das Kyoto-Protokoll wird zwar formal verlängert, aber erstens wohl nicht mehr mit allen Vertragsstaaten und zweitens ohne neue Zusagen für eine zweite Verpflichtungsperiode. Neue Reduktionszusagen werden wohl künftig im Rahmen der Klimakonvention selbst abgehandelt. So können zwar die flexiblen Mechanismen des Kyoto-Protokolls (CDM, JI und Emissionshandel) weiterlaufen, aber angesichts der kaum vergleich-



Am Strand von Cancún - MISEREOR-Projektpartner ziehen einen Sack mit Flaschenpost von Klimawandel-Betroffenen an Land, der Bundesumweltminister Röttgen übergeben wird.

baren Verpflichtungen und Zusagen ist es schwer vorstellbar, wie unter diesen Bedingungen funktionierende globale Emissionshandelsmärkte laufen sollen, zumal nicht alle Staaten Kyoto-Vertragsparteien sind. Aber diese Emissionshandelsmärkte sind Voraussetzung dafür, dass beispielsweise REDD-Gutschriften überhaupt irgendeine Verwendung finden können. Schon jetzt wird mit dem CDM jede Menge Schwindel mit Emissionsgutschriften praktiziert, der in vielen Fällen gleichbedeutend mit einer Lizenz zum Falschgeld-Drucken ist. Das EU-Emissionshandelssystem läuft von ungeachtet der UN-Verhandlungen weiter - es hat seine Grundlage im europäischen Recht und kann auch ohne UN arbeiten.

Kleinster gemeinsamer Nenner

Verglichen mit dem globalen Regulierungssystem, das in Kyoto dauerhaft geschaffen werden sollte, ist selbst das optimal denkbare Ergebnis des laufenden Verhandlungsprozesses bestenfalls ein Schatten davon: Jedes Land sagt zu, was es zu tun bereit ist, und die UN stimmen zu. Das Post-Kyo-

to-Klimasystem der Vereinten Nationen wird den kleinsten gemeinsamen Nenner widerspiegeln, der aufgrund der innenpolitischen Gegebenheiten der Hauptakteure möglich ist. Von einem »globalen Emissionsbudget« sind wir damit weit entfernt, erst recht von einem das mit dem 2°C-Ziel vereinbar ist. Die Vorstellung, mit einem allumfassenden UN-Vertrag den großen Wurf zur Lösung des Klimaproblems zu landen, wurde in Kopenhagen definitiv und auf absehbare Zeit begraben. Für multilateralismusgewöhnte Europäer mag das schwer verständlich sein, aber zu solch weitreichender globaler Regulierung ist der Rest der Welt nicht bereit. Der UN-Klimaprozess wird auch in Zukunft seine Bedeutung haben, um Klimapolitik auf der Tagesordnung zu halten - vergleichbar etwa den periodisch stattfindenden Welternährungsgipfeln. Aber die politischen Durchbrüche müssen innenpolitisch erkämpft werden, allen voran in den Industrie- und Schwellenländern. Und das wird nur gelingen, wenn sie nicht als »Opfer« oder als »Konzession« an andere Staaten wahrgenommen werden, sondern als eine Politik

im wohlverstandenen wirtschaftlichen Eigeninteresse. Zumindest in den 160 Ländern, die ständig teurer werdende fossile Brennstoffe importieren, müsste das möglich sein. Schwieriger wird es in den 40 Ländern, die diese Brennstoffe exportieren. Immerhin: die größten Emittenten sind fast alles Importeure. Je mehr derartige innenpolitische Fortschritte zu verzeichnen sind, desto eher geht es auch im UN-Prozess wieder schneller voran. Also nach dem Motto: aus den nationalen Maßnahmen folgt der internationale Vertrag, nicht umgekehrt. Bottom-up statt top-down. Eigentlich genau das, was NGOs sonst auch vertreten. Und wieviel auf nationaler Ebene passiert, hängt auch von der Stärke der NGOs in den einzelnen Ländern ab. Die Hoffnung auf den allumfassenden Welterlösungsvertrag, der Klimakrise, Armut und Unterentwicklung in einem Wurf beseitigen soll, sollten wir jedenfalls ad acta legen - realistische Ziele kann man erreichen, unrealistische nicht.

Jürgen Maier

Der Autor ist Geschäftsführer des Forums Umwelt und Entwicklung.

Grüne Wüste auf dem Vormarsch

Auf dem Cerrado-Hochplateau nahe Brasilia verschärfen Eukalyptus-Monokulturen die Wasserproblematik. Die Eukalyptus-Monokulturen sind derartig groß, dass sie auch grüne Wüsten genannt werden. Im Juli dieses Jahres wurde das Projekt schliesslich von dem UNFCCC Sekretariat unter der Nummer 2569 registriert und generiert nun bis 2030 Emissionszertifikate.

"Clean Development er Mechanism"(CDM). ermöglicht Industrieländern und seinen Unternehmen, Emissionszertifikate durch die Investition in emissionsmindernde Projekte in Schwellen-Entwicklungsländern zu erwerben. Unter verschiedenen Projektnamen und jeweils angepasster Methodik hatte Plantar SA seit 2003 wiederholt um Eintragung seines großflächigem (Wieder-)Anbaues von Eukalyptus für Kohle-Produktion im Rahmen des CDM angesucht. Trotz vehementer Kritik und Verfahrensmängel, heftiger Zweifel an der Zusätzlichkeit und der umweltlichen Integrität wurde das Projekt schliesslich im Juli dieses Jahres unter der Nummer 2569 registriert. Die durch die Emissionszertifikate finanzierte Methode vermindere bei der Verbrennung der Holzkohle den CO2 Ausstoss bei der Roheisen Herstellung. So sollen über die 30 Jahr Lebensdauer des Projektes nun über 3 Millionen Tonnen CO₂ eingespart werden, was dem Unternehmen etwa 40 Millionen Euro einbringen wird.

Die Gemeinde San José de Buritis (Felixlândia, Minas Gerais) leidet nun schon seit mehr als 7 Jahren unter den Auswirkungen der Plantar SA Plantagen. Als Aufforstungsprogramm deklariert, werden abgeholzte Eukalyptus-Stämme nach sieben Jahren dann zu Holzkohle verarbeitet und heizen Stahl-Schmelzöfen. Die desaströsen Auswirkungen der Aktivitäten des Unternehmens stellten Forscherteams bereits 2003 fest. Eine Dorfbewohnerin fasst sie treffend zusammen: "Plantar hat uns alles genommen, was wir hatten. Das einzig Grüne sind jetzt die Eukalyptus Setzlinge und Bäume. Der Rest ist braun geworden, wegen der breitflächigen Anwendung des Herbizids Glyphosat (besser bekannt unter dem Markennamen Monsanto Roundup). Wasserquellen sind entweder versiegt oder kontaminiert, somit haben wir auch keine Fische zum Essen mehr. Die lokale Fauna, die eine wichtige Lebensgrundlage der Menschen darstellte, ist auch verschwunden. Die ,Jagd und Fischerei verboten' Schilder, die die Firma aufstellen hat lassen sind eine Verhöhnung." 'Was sollen wir denn Jagen und Fischen? - frug wütend ein Dorfbewohner - wenn die Firma hier doch alles abgetötet hat?'

Gemäss den Regeln des CDM muss die örtliche Bevölkerung befragt werden, bevor über ein neues CDM Projekt entschieden wird. Die Information und Zustimmung der lokalen Bevölkerung ist somit ein zwingendes Kriterium für den Registrationsprozess. Dem Druck, den die Firmen ausüben um diese Zustimmungen zu gewinnen, koennen allerdings nur wenige standhalten. So berichten Einwohner von San Jose de Buritis, dass nur wer nicht für Plantar SA arbeite oder sonst von der Firma abhängig sei,

Widerstand gewagt hätte und - auf eigene Gefahr - die Unterzeichnung eines Unterstützungsbriefes verweigerte. Auch habe die Firma willkürliche Strassensperrungen veranlasst, was die Dorfbewohner zwinge, täglich eine erheblich längere Distanz zurückzulegen um zu ihren Häusern zu gelangen. Dies um den ungünstigen Einfluss, den der Verkehrs Staub

auf das Wachstum der Eukalyptus Stecklinge habe zu vermeiden. Die Drohgebärden seien vielseitig und arteten in manchen Fällen in Landvertreibungen in Wildwestmanier aus. Anbetrachts dieser Tatsachen kann kaum davon ausgegangen werden, dass eine ordnungsgemässe Befragung der örtlichen Bevölkerung stattgefunden habe.

CDM Watch setzt sich dafür ein, dass sich Firmen dazu bekennen, kein Emissionszertifikaten von Plantar zu verwenden um ihren Emissionsreduktionsverpflichtungen nachkommen.

Antonia Vorner

Die Autorin ist Netzwerk Koordinatorin von CDM Watch, einem Projekt des Forums Umwelt und Entwicklung gemeinsam mit zahlreichen NGOs aus aller Welt.

Gesellschaft für neue Agrarpolitik

2011 startet Kampagne zur Reform der Europäischen Agrarpolitik

Die Zeit ist reif wie kaum zuvor. Bürger, Bauern und zivilgesellschaftliche Vertreter schließen sich vielerorts immer mehr zusammen. Sei es, um die gentechnikfreie Lebensmittelerzeugung zu sichern, um Massentierställe in der Nachbarschaft zu verhindern, um auf Dumpingexporte hinzuweisen, oder etwa auch, um den Atomstrom-Wahnsinn schleunigst zu beenden.

as sind nur einige Beispiele. Das Unbehagen in der Gesellschaft darüber, was auf ihre Teller kommt und wie diese Lebensmittel hergestellt werden, wächst zunehmend. Und damit auch der Druck auf die Agrarlobby und die ewigen Blockierer in der Politik.

Die europäische Agrarpolitik steht vor einer Reform und der Prozess läuft. Nach 2013 kann es eine andere, bessere Agrarpolitik geben. Im kommenden Jahr stehen dafür viele wichtige Etappen auf der politischen Agenda.

Kräfte bündeln

Seit Sommer diesen Jahres reift in den zivilgesellschaftlichen Netzwerken der Gedanke, die Kräfte zu bündeln und eine gezielte und breitenwirksame Kampagne zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) auf den Weg zu bringen. Die Entscheidung ist im Herbst gefallen. Anfang nächsten Jahres startet eine Kampagne für eine neue Agrarpolitik, die mindestens bis Ende 2011 fortlaufen soll. Zivilgesellschaftliche Organisation aus Umweltund Naturschutz, Entwicklungspolitik, kritische Bäuerinnen und Bauern, Verbraucher- und Tierschutz sowie Kirchen sind eingeladen, diese Kampagne voranzutreiben. Bisher gibt es bereits eine beachtliche Zahl an Trägern.

Inhalte und Forderungen der GAP-Kampagne basieren auf den Positionspapieren zur GAP sowohl der Arbeitsgruppe Landwirtschaft und Ernährung (AGL&E) im Forum Umwelt und Entwicklung als auch der Verbändeplattform. Im Kern stellt sich die Frage, wie können unsere Analysen und Positionspapiere zur Europäischen Agrarpolitik und das Unbehagen in

der Bevölkerung zusammengebracht werden? Eine hohe Schlagkraft besteht schon mal darin, den Verbraucher auch als Steuerzahler anzusprechen und die Frage aufzuwerfen: Wofür wird mein Geld in der Agrarpolitik eingesetzt? Mit verschiedenen öffentlichkeitswirksamen Aktionen und Veranstaltungen soll bundesweit der Austausch und das Gespräch mit den Bauern, Politikern und Verbrauchern gesucht werden. Viele Ideen dazu liegen bereits auf dem Tisch.

Bevölkerung einbeziehen

Die Bevölkerung vor allem in Deutschland soll mit dieser GAP-Kampagne als Wähler in die Auseinandersetzung um die Zukunft der Agrarpolitik einbezogen werden. Bürgerinnen und Bürger können und sollen in der Politik mitentscheiden, was für eine Landwirtschaft sie in Zukunft haben wollen.

Gleichzeitig sorgt die Demonstration "Wir haben es satt" am 22. Januar in Berlin für einen bewegten Aufschlag in der Debatte um eine andere europäische Agrarpolitik. Die Demonstration wird von 20 Verbänden und Organisationen getragen und von vielen weiteren unterstützt. Dieser Schwung wird für die anknüpfende GAP-Kampagne genutzt.

Je größer der Stamm der teilnehmenden Zivilgesellschaft in der GAP-Kampagne ist, desto breiter ist auch der Radius, den wir in der Bevölkerung erreichen können. Verbände und Organisationen können in die GAP-Kampagne einsteigen und ihre Ideen einbringen. Machen Sie mit – für eine andere Agrarpolitik!

Berit Thomsen

Die Autorin arbeitet bei der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL).

Informationen zur Kampagne: Berit Thomsen, AbL und AGLE-Koordinatorin: thomsen@abl-ev.de/ Jürgen Maier, Forum Umwelt und Entwicklung: info@forumue.de

Demo: Wir haben es satt!

Unter dem Motto, "Politik über unsere Köpfe hinweg war gestern. Jetzt entscheiden wir über unser Essen", mobilisiert ein großes Netzwerk von vielen gesellschaftlichen Organisationen eine Demonstration am 22. Januar in Berlin. Dann treffen sich auch etliche Landwirtschaftsminister und Agrarkonzerne aus aller Welt. Vor allem die Konzerne wollen die Industrialisierung in der Landwirtschaft vorantreiben. Sie

üben großen Einfluss auf die Politik aus und setzen nicht selten ihre Interessen durch. "Diese Agrarpolitik haben wir satt", heißt es im Aufruf zur Demo. Und weiter steht: "Ja zu bäuerlicher, ökologischer Landwirtschaft. Ja zu gesundem, fair produziertem Essen." Wer dafür einsteht: Auf zur Demo! Start 12 Uhr, Berlin Hauptbahnhof. Abschluss, Brandenburger Tor.

www.wir-haben-es-satt.de

Klima-Allianz

Themenspektrum für 2011 erweitert

Die Klima-Allianz ist das große gesellschaftliche Bündnis für Klimaschutz in Deutschland - inzwischen wird sie von mehr als 110 Umwelt- und Entwicklungsorganisationen, Kirchen und Gewerkschaften getragen. Ein Schwerpunkt der Arbeit war und ist die Verhinderung neuer Kohlekraftwerke, die die langfristigen Klimaziele unterlaufen würden (www.kohle-protest.de). Das Herbstplenum der Klima-Allianz hat für 2011 eine Erweiterung der Themen beschlossen.

Kein Rollback beim Ausbau der Erneuerbaren Energien

In der Energiepolitik steht die große Herausforderung an, das EEG (Erneuerbare Energien Gesetz) als zentrales Instrument zur Förderung der Erneuerbaren Energien zu erhalten. Hier müssen alle klima-engagierten Organisationen mit darauf achten, dass das EEG von der schwarzgelben Regierung nicht durch die Hintertür demontiert wird. Ein Ausstieg aus der Laufzeitverlängerung bleibt weiterhin die Forderung, denn Atomstrom und Kohlekraftwerke verstopfen die Stromnetze. Wir diskutieren das Thema Netzoptimierung und Netzausbau – zentrale Bedingungen dafür sind transparente Berechnungsgrundlagen, frühzeitige Bürgerbe-

teiligung und ein Netzausbau nur für einen Umbau des Energiemarktes hin zu Erneuerbaren Energien.

Klimaschutz im Gebäudebereich

Um die ehrgeizigen Klimaschutzziele in Deutschland zu erreichen, muss es gelingen, die Treibhausgasemissionen des Gebäudebestands bis 2050 auf nahezu null zu reduzieren. Mehr als 50% der Endenergie und 40% der energiebedingten CO₂-Emissionen in Deutschland entfallen auf den Wärmebedarf. Damit schlummert hier allein mengenmäßig ein enormes Potenzial für Klimaschutz und Kosteneinsparung. Nur ein Beispiel, das hochwirksam, aber noch wenig verbreitet ist: Der hydraulische Abgleich der Heizungsanlagen sorgt für den richtigen Wasserdruck an allen Heizkörpern, spart bares Geld und jede Menge CO₂. Die Bundesregierung postuliert zwar, man wolle



2 % des Gebäude-Altbestandes pro Jahr energetisch sanieren – untersetzt dies aber nicht mit entsprechenden Maßnahmen: Unklar sind die Mittel aus dem Energie- und Klimafonds für effiziente Heizungssysteme und eine haushaltsunabhängige Förderung für erneuerbare Wärme. Die KfW-Programme zur energetischen Gebäudesanierung werden 2011 mit weniger Mitteln als im Vorjahr ausgestattet sein.

Mobilität als Herausforderung

Der Arbeitskreis der Klima-Allianz "Mobilität und Klimaschutz" hat sein Gründungstreffen noch vor sich – die Liste der politischen Anknüpfungspunkte für 2011 ist trotzdem schon lang: Anfang 2011 wird wohl das Weißbuch für die zukünftige europäische Verkehrspolitik veröffentlicht. Für PKWs werden Themen wie effizientere Klimaanlagen oder CO3-Kennzeichnung auf den Tisch kommen. Steuerpolitisch stehen die Diskussionen um Mindeststeuersätze für Diesel und die Besteuerung von Kerosin an (z.B. Kerosinbesteuerung in der Energiesteuer-Richtlinie verankern oder Besteuerung erleichtern). Und es gibt auch einen Link zum Thema Landwirtschaft: Indirekte Landnutzungsänderungen sind ein Schlüsselelement der

> Nachhaltigkeitskriterien für Biotreibstoffe - hier braucht es Kriterien auf EU-Ebene zu indirekten Landnutzungsfolgen durch Biotreibstoffe.

Weniger Fleisch = mehr Klimaschutz

In ihrem Positionspapier fordert die Klima-Allianz die Bundesregierung auf, die Agrar- und Ernährungspolitik als Teil der Klimapolitik auszurichten - mit konkreten Reduktionszielen und der Ausarbeitung eines verbindlichen Aktionsprogramms. soll der Ökologische Landbau als Leitbild einer ressourcen- und klimaschonenden Landnutzungsform verankert werden, da er das emissionsärmere Produktionsverfahren ist und Produktivität mit dem Schutz natürlicher Ressourcen besonders gut vereint. Zentrale Bedeutung kommt einem Maßnahmenpaket zum

Schutz von Mooren und Grünland (Förderung von Renaturierung bzw. Vernässung von Mooren und kohlenstoffreichen Grünlandböden) und der Verknüpfung von Klimaschutz mit Ernährungsaspekten zu (weniger Fleisch, denn die Viehhaltung verursacht 71 % der Treibhausgase der Landwirtschaft in Deutschland).

Keine Atempause beim Klimaschutz

Fordern Sie gemeinsam mit der Klima-Allianz die Bundesregierung auf, sich in der EU für eine Anhebung des verbindlichen Minderungsziels von Treibhausgasen bis 2020 von jetzt 20 auf mindestens 30 % einzusetzen (Online-Appell unter

www.klima-appell.de).



Katharina Reuter

Die Autorin ist Koordinatorin der Klima-Allianz

Neue AG Meere mit breitem Themenspektrum

Auf Initiative der Arbeitsstelle für Agrarhandel und Fischerei des Evangelischen Entwicklungsdienstes (EED) und des Vereins für Internationalismus und Kommunikation (IntKom) hatte das Forum Umwelt und Entwicklung am 17. November zu einem Gründungstreffen für eine Arbeitsgruppe Meere eingeladen.

nsgesamt 14 NGOs aus dem umwelt- und entwicklungspolitischen Spektrum wie unter anderem das Pestizid-Aktions-Netzwerk Deutschland, fair fish, Reef Check, Greenpeace, der WWF, die Deutsche Umwelthilfe, die Grüne Liga, die Waterkant oder die Kritische Ökologie folgten dieser Einladung. Am Ende der Sitzung und der Diskussion möglicher gemeinsamer Ansatzpunkte in der Meerespolitik entschlossen sich die Anwesenden eine entsprechende Arbeitsgruppe innerhalb des Forums Umwelt und Entwicklung zu gründen.

Eingeleitet worden waren die vorangegangenen Diskussionen mit zwei thematischen Referaten von Francisco Mari vom EED und Kai Kaschinski vom Bremer Verein Intkom. Zunächst schlug Kai Kaschinski mit seinem Beitrag einen inhaltlichen Bogen von der Geschichte der UN-Seerechtskonvention und der entwicklungspolitischen Dimension der Meerespolitik hin zur Bedeutung des Meeresschutzes und der Umweltsituation auf See für eine global nachhaltige Politik. Francisco Mari konkretisierte verschiedene Aspekte der gemachten Ausführungen durch einen Einblick in die Arbeit des EED und die Auswirkungen der internationalen Fischereipolitik auf die westafrikanische Kleinfischerei. Hierbei veranschaulichte Mari zum einen die sozialen Konsequenzen vor Ort und formulierte zum anderen einige Schlüsselfragen für eine zukunftsfähige Politik in diesem Feld.

Breites Themenspektrum

Mit den Einleitungsbeiträgen sollte insgesamt die Spannbreite des Themenbereiches Meerespolitik und das in den letzten Jahren gewachsene mediale und politische Interesse an den Weltmeeren verdeutlicht werden. Der entbrannte Wettlauf um die Meeresressourcen wurde als Ausdruck einer im Zeichen der Globalisierung inten-

sivierten Nutzung von Natur betrachtet, die weltweit massive Umweltprobleme nach sich zieht. Die Überfischung der Meere, Tiefsee-Bohrungen wie mit der Deepwater Horizon oder die Vorbereitung der Förderung von Manganknollen im Pazifik wurden in diesem Zusammenhang als Beispiele genannt. Daneben wurde auf die meerespolitischen Initiativen der EU in der Fischereipolitik und dem Küstenzonenmanagement verwiesen, die eventuelle Ansatzpunkte für ein koordiniertes Handeln der Zivilgesellschaft bieten.

An diesen ersten Teil des Treffens schloss sich eine ausführliche Vorstellungsrunde der Anwesenden an. Die verschiedenen Teilnehmerinnen und Teilnehmer stellten sich und die durch sie vertretenen Organisationen vor. Eingegangenen wurde dabei in erster Linie auf die meerespolitischen Aktivitäten der jeweiligen Organisationen und deren spezifische Schwerpunkte. Mehr und mehr zeigte sich, dass viele der zuvor angesprochenen Themenfelder insbesondere im Rahmen der Umweltpolitik bereits in Kampagnen der anwesenden NGOs bearbeitet werden.

Das Themenspektrum reichte von der Fischerei über den Schutz der Korallenriffe, die Aquakultur, die Einrichtung von Meeresschutzgebieten, den landseitigen Eintrag von Bioziden bis hin zu den EU-Fischereiabkommen mit Marokko und ihren Folgen für Westsahara. Ulrich Stöcker stellte für die Deutsche Umwelthilfe unter anderem das Bündnis Oceans 2012 vor, das sich eine Reform der EU-Fischereipolitik zum Ziel gesetzt hat und versucht auf die Neuformulierung der Gemeinsamen Fischereipolitik einzuwirken. Georg Heiß von Reef Check erläuterte das Konzept seiner Organisation beim Schutz der Korallenriffe. Reef Check setzt seit 13 Jahren wesentlich auf das Engagement von Freiwilligen, die weltweit den Zustand der Korallenriffe beobachten und eventuelle Störungen registrieren.

Möglichkeiten der Zusammenarbeit

Nach verschiedenen Nachfragen zu den einzelnen Vorstellungen wurde eine Diskussion über mögliche Punkte der Zusammenarbeit geführt, die von einem großen Interesse an Vernetzung und Austausch gekennzeichnet war. Jürgen Maier als Gastgeber und Vertreter des Forums Umwelt und Entwicklung erläuterte, welche Möglichkeiten das Forum für eine weitere Zusammenarbeit bietet und wies auf inhaltliche Anknüpfungspunkte zu anderen Arbeitsgruppen und Kampagnen hin, die sich mit Biodiversität, Ernährungssicherheit oder der Klimapolitik auseinandersetzen. Gerade in Bezug auf die EU-Fischereipolitik erschien vielen Teilnehmenden eine gemeinsame Abstimmung der Ansätze an dieser Stelle als wichtig. Weitere Diskussionspunkte, die in Hinsicht auf die möglichen Aufgaben einer Arbeitsgruppe Meere ausführlicher erörtert wurden, waren die Umsetzung der Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie der EU sowie die Notwendigkeit der Einbindung entwicklungspolitischer Fragestellungen und die Berücksichtigung des Themenfeldes Tiefsee und Förderung von Meeresressourcen.

Gegen Ende des Treffens wurde übereinstimmend die Arbeitgruppe Meere im Forum Umwelt und Entwicklung gegründet und die vier Themen Reform der EU-Fischereipolitik, Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie, Meeresschutzgebiete und Meeresressourcen als aktuelle Schwerpunkte festgelegt. Auf einem ersten Folgetreffen im Februar 2011 soll die konkrete Zusammenarbeit beginnen und erste gemeinsame Positionen zu den Schwerpunkten erarbeitet werden. Koordiniert wird die Arbeitsgruppe von Bremen aus durch Kai Kaschinski. Treffen werden zunächst etwa alle 3 Monate stattfinden. Zum kontinuierlichen Austausch ist ein Emailverteiler eingerichtet worden.

Kai Kaschinski

Der Autor ist Koordinator der AG Meere und arbeitet für den Verein für Internationalismus und Kommunikation (IntKom). Kontakt: verein.intkom@gmx.de

Themen & AGs

Historisches Ergebnis erzielt

10. UN-Gipfel zur biologischen Vielfalt in Nagoya

Die 10. Vertragsstaatenkonferenz der Konvention zur biologischen Vielfalt (CBD COP 10) vom 18.-29. Oktober 2010 ist als Erfolg der internationalen Gemeinschaft von 193 Staaten zu verbuchen. Der Beschluss des Nagoya-Protokolls zum gerechten Vorteilsausgleich beim Zugang zu genetischen Ressourcen (Access and Benefit Sharing – ABS) muss als historisches Ergebnis der COP 10 gewertet werden.¹

Nord-Süd-Konflikt beigelegt

Nach 18 Jahren seit der Rio-Konferenz ist mit dem Beschluss zum Thema ABS endlich auch das dritte Ziel der CBD umgesetzt worden. Damit wurde ein langanhaltender Nord-Süd-Konflikt beigelegt. Das Nagoya-Protokoll soll endlich die Biopiraterie stoppen. Beispielsweise können sich Pharmafirmen nicht mehr wie bisher an den genetischen Ressourcen aus dem Süden und dem traditionellen Wissen indigener Völker für die Herstellung und Patentierung von Arzneimitteln um-

von Arzneimitteln umsonst bedienen, sondern müssen die Herkunftsländer und die lokale Bevölkerung an den Gewinnen beteiligen. Das Protokoll wird nach Inkrafttreten den Zugang zu den genetischen Ressourcen und die Gewinnbeteiligung völkerrechtlich regeln. Allerdings drohte die gesamte Konferenz mehrfach an unüberbrückbaren Gegensätzen zwischen Nord und Süd zu scheitern. Zu sehr lagen die Interessen des Nordens und Südens z.B. im Hinblick auf die Einbeziehung von Derivaten aus genetischen Ressourcen auseinander. Das Protokoll konnte durch einen vom Gastgeber Japan am letzten Tag vorgelegten Kompromissvorschlag doch noch zum erfolgreichen Abschluss gebracht werden.

Verhandlungspaket beschlossen

Die Entwicklungsländer hatten die drei Schlüsselthemen: ein rechtlich verbindliches ABS-Protokoll, den neuen Strategischen Plan 2011-2020 und die Mobilisierung zusätzlicher Finanzen zur Umsetzung des Plans zu einem Verhandlungspaket geschnürt und pochten besonders auf die Verabschiedung des ABS-Protokolls. Seit den Vorverhandlungen im Mai in Nairobi stand der Aktionsplan mit seinen 20 Unterzielen zur Disposition. Die Entwicklungsländer gaben deutlich zu

verstehen, dass ohne langfristig vorher-

sehbare und größere finanziel-

le Unterstützung der Verlust an biologischer Vielfalt bis 2020 nicht aufzuhalten und der Aktionsplan nicht realisierbar sei. Weil die Europäer ambitionierte Ziele bis 2020 im Aktionsplan durchsetzen wollten, mussten sie mehr Zugeständnisse beim ABS-Protokoll machen.

Die Finanzierungsfrage blieb bis zum Schluss einer der kritischen Punkte. Forderte der Süden klare Finanzzusagen des Nordens auf der COP 10, wollten sich die Industrieländer nicht auf konkrete Finanzierungszusagen festlegen. Die EU schlug einen Fahrplan bis zur COP 11 vor, um zu klären, wie viel Geld benötigt wird, um das Aktionsprogramm bis 2020 umzusetzen.

Forderungen von Indien in Höhe von mindestens 30 Milliarden und der Weltnaturschutzorganisation (IUCN) von 300 Milliarden Euro pro Jahr wurden auf der Konferenz laut. Bis zur nächsten COP 2012 in Indien soll nun ermittelt sein, wie viel Geld bereits ausgegeben, wieviel benötigt wird und wo das zusätzliche Geld für die Umsetzung der Ziele bis 2020 herkommen soll. Der Gastgeber Japan ging beispielhaft voran und stellt für die nächsten drei Jahre zwei Milliarden US-Dollar für alle drei Konventionsziele bereit. Neben vermehrten Schutzmaßnahmen soll mit der Satoyama-Initiative beispielhaft die nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt vorangetrieben werden. Auch soll ein ABS-Fond eingerichtet werden, der als Pilotphase für den beschlossenen "Global Multilateral Benefit-Sharing Mechanism" dienen soll. Japan hat

> für die Pilotphase eine finanzielle Unterstützung von 1 Milliarde Yen oder rund 9 Millionen Euro zugesagt.

Aktionsplan bis 2020

Im Aktionsplan bis 2020 sind einige Ziele beschlossen worden, die ebenfalls als Erfolge betrachtet werden müssen: Umweltschädliche Subventionen sollen reformiert, umgewandelt oder eliminiert werden. Das wird beispielsweise Auswirkungen auf die Reformen in der Landwirtschaft und der Fischerei in der EU bedeuten. Die Fischerei soll nachhaltig betrieben werden, um Überfischung zu beenden.

Enttäuscht waren die NGOs über die neuen Zielvorgaben für Schutzgebiete. Man einigte sich darauf, bis 2020 die Schutzgebiete auf 17 Prozent an Land und 10 Prozent auf den Meeren auszuweiten. Der WWF forderte z.B. jeweils 20 Prozent.

Der Stopp der Entwaldung und das Ende der Zerstörung von Naturgebieten bis 2020 scheiterten an den Interessen waldreicher Staaten. Der Kompromiss sieht zumindest eine Halbierung des Verlustes natürlicher Lebensräume vor.

Günter Mitlacher

Der Autor ist Leiter Biologische Vielfalt beim WWF Deutschland.

1 Zum Thema ABS siehe auch den Beitrag von Michael Frein und Hartmut Meyer in diesem Heft.

Bittere Pille?

Das Protokoll gegen Biopiraterie und der Kampf gegen Biopiraterie

Die Grundregeln des Protokolls gegen Biopiraterie stellen den Kompromiss eines jahrelangen Konflikts dar. Die Verhandlungen über den Zugang zu genetischen Ressourcen und den Vorteilsausgleich (Access and Benefit Sharing, ABS) waren dadurch gekennzeichnet, dass die Industrieländer seit 1993, dem Inkrafttreten der Konvention über die biologische Vielfalt (Convention on Biological Diversity, CBD) die Notwendigkeit einer völkerrechtlichen Umsetzung des dritten Ziels der CBD ablehnten.

ies hat sich mit der 10. Vertragsstaatenkonferenz in Nagoya (Japan) verändert. Ob das Protokoll gegen Biopiraterie allerdings wirklich geeignet ist, Biopiraterie zu verhindern und alle typischen Nutzungen genetischer Ressourcen abzudecken, muss sich erst noch erweisen.

Der Weg für diese Verhandlungen wurde mit dem Weltgipfel über nachhaltige Entwicklung 2002 in Johannesburg eröffnet. Dort setzten die die megadiversen Staaten durch, dass es im Rahmen der CBD eine internationale Regelung zum Vorteilsausgleich geben soll. In dem 2004 durch die CBD erteilten Verhandlungsmandat wurde diese Vorgabe aufgrund der Intervention der Industriestaaten – je nach Blickwinkel - aufgeweicht oder ergänzt: nun sollten auch Zugangsregeln international verhandelt werden. Nichtsdestoweniger lehnten die

EU und andere Industriestaaten weiterhin die völkerrechtlich verbindliche Umsetzung der ABS-Vorschriften ab. Erst 2009 und 2010, also kurz vor dem Abschluss der Verhandlungen, akzeptierten sie die Forderung der Entwicklungsländer nach einem völkerrechtlich verbindlichen Protokoll.

Die Verhandlungen in Nagoya

Wie schon zuvor gelang es den Vertragsstaaten der CBD auch während des 15tägigen Marathons in Nagoya nicht, einen Kompromiss auf dem Verhandlungsweg zu erzielen. Am frühen Morgen des 29.10.2010 ging man ohne Ergebnis auseinander.

Damit nahm das Gespenst, das bereits zuvor im Raum schwebte, konkrete Gestalt an: die Vertragsstaaten, vor allem aber der Gastgeber Japan, standen unter enormen Druck. Nach dem



Desaster von Kopenhagen drohte ein weiterer multilateraler Verhandlungsprozess im Umweltbereich zu platzen. Denn die Megadiversen Staaten verknüpften ihre Zustimmung zum "Strategischen Plan" und zum Finanzplan der CBD mit einem zufrieden stellenden Abschluss des ABS-Protokolls.

Um das Kopenhagen-Gespenst doch noch zu vertreiben, erarbeitete der japanische Umweltminister hinter verschlossenen Türen mit ausgewählten Staaten einen Kompromissvorschlag, der am letzten Konferenztag nicht mehr verhandelt, sondern nur noch angenommen oder abgelehnt werden konnte. Der Vorschlag nimmt die bis dato abschließend verhandelten Texte auf, strittige Punkte werden entweder fallen gelassen oder es wird versucht, die unterschiedlichen Positionen gerecht zu verteilen. Dabei hat die Ge-

rechtigkeit Grenzen: Während die EU in dieser kleinen Runde zahlreiche ihrer vorher nicht kompromissfähigen Positionen verankern konnte, wurde die asiatisch-pazifische Gruppe, darunter die megadiversen Staaten China, Indien und Malaysia, ausgeschlossen. Im Laufe der Verhandlungen war deutlich geworden, dass diese sich zu den zentralen Gegenspielern der EU und weiterer Industriestaaten wie Australien, Kanada und Neuseeland entwickelten.

Während die EU Brasilien als den offiziellen Sprecher der Megadiversen Staaten für bilaterale Gespräche und Abmachungen gewinnen konnte, wurden diese Länder offenbar als nicht ausreichend kompromissfähig eingeschätzt.

Dennoch waren die asiatisch-pazifischen Staaten im Schlussplenum zur Zustimmung verurteilt. Andererseits wären sie für das Scheitern der Konferenz, der CBD insgesamt sowie womöglich des multilateralen Verhandlungssystems überhaupt verantwortlich gemacht worden. Aber nicht nur diese Staatengruppe sah ihre Erwartungen nicht erfüllt. In der abschlie-Benden Diskussion der letzten Nacht war der Enthusiasmus der meisten Delegationen aus Entwicklungsländern merklich gedämpft. Bolivien, Ekuador, Kuba und Venezuela als Mitglieder der "Alianza Bolivaria-

na para los Pueblos de Nuestra América" (ALBA) gaben sogar zu Protokoll, dass sie das ABS-Protokoll ablehnten, da es zur Bekämpfung der Biopiraterie nicht tauge. Sie würden sich aber nicht gegen der Willen der anderen Staaten stellen und der Verabschiedung zustimmen. Damit wurde am frühen Morgen des 30.10.2010 das "Nagoya Protocol on Access to Genetic Resources and the Fair and Equitable Sharing of Benefits Arising from Their Utilization" verabschiedet - wohl als erstes Umweltabkommen, dass nicht unter Beteiligung aller Vertragsstaaten verhandelt, sondern durch ausgewählte Regierungen verfasst wurde.

Geltungsbereich

Das ABS-Protokoll löst die unüberbrückbaren Gegensätze der Verhandlungspartner beim Thema "Geltungsbereich" schlicht und einfach durch Weglassen aller Sonderwünsche zum Ausschluss bestimmter Ressourcen, Verträge oder geografischer Gebiete. In Art. 3 zu "Scope" legt es fest, dass der Geltungsbereich sich in Übereinstimmung mit der CBD auf genetische Ressourcen und traditionelles Wissen bezieht.

Was bedeutet "Nutzung genetischer Ressourcen"?

Neben dem Geltungsbereich wollten die Industriestaaten über die Definition des zentralen Begriffes "Nutzung genetischer Ressourcen" erreichen, möglichst viele Fälle einer typischen Nutzung genetischer Ressourcen von den Regeln des Protokolls auszuschließen.

Der Ursprung des Streites liegt in den unklaren Definitionen der CBD selbst. Im Kern geht es um die Frage, ob unter genetischen Ressourcen ausschließlich "Gene" verstanden werden sollen, oder ob neben der DNA auch noch andere Stoffe vorkommen dürfen (es sich also um Proben biologischer Herkunft und ganze Organismen handelt). In der Forschung und Entwicklung in der Pharma- und Kosmetikindustrie werden überwiegend allerdings nicht die Gene verwendet, sondern Extrakte aus Pflanzen und anderen Organismen oder auch einzelne Moleküle.

Deshalb haben sich die NRO bereits im Vorfeld von Nagoya vehement für eine "breite" Definition eingesetzt. Während sich die EU für die "enge" Definition stark machte, ist Australien (dass im Gegensatz zur EU eine eigene ABS-Gesetzgebung besitzt und seine Rechte als Bereitsteller genetischer Ressourcen bewahren wollte) zu verdanken, dass sich die "breite" Definition durchsetzte. Nichtsdestoweniger startete die EU während COP-10 zusammen mit Brasilien einen - erfolglosen – letzten Versuch, die Anwendung des ABS-Protokoll auf die Nutzung der Gene und der aus ihrer Expression resultierenden Proteine zu begrenzen.

Um Handelswaren auszuschließen, engt das ABS-Protokoll in Art. 2 die Definition der Nutzung genetischer Ressourcen auf die Bereiche Forschung und Entwicklung ein. Der Zugang zu Orangen zur schlichten Produktion von Saft beispielsweise fällt damit nicht unter die Regeln des ABS-Protokolls.

Zugang zu genetischen Ressourcen

Sofern also die Nutzung auf Forschung und Entwicklung zielt, setzt Artikel 5 des ABS-Protokolls die Maßstäbe für die Regelung des Zugangs zu genetischen Ressourcen. Die Nutzung erfordert die vorherige Zustimmung des Mitgliedslands des Protokolls, das diese Ressource bereitstellt. Damit die Regeln greifen, so legt der Text nahe, muss dieses Land gleichzeitig das Ursprungsland sein, also das Land, in dem die genetische Ressource ihre besonderen Eigenschaften entwikkelt hat. Wenn etwa ein deutsches Unternehmen Forschung an Proben der südafrikanischen Hoodia-Pflanze betreiben wollte und das verwendete Material direkt aus dem Ursprungsland Südafrika stammte, wäre ein Prior Informed Consent (PIC) verpflichtend. Wenn aber beispielsweise das genutzte Hoodia-Material aus Plantagen in Kenia stammt - dort hat es evolutionär gesehen seine natürlichen Eigenschaften nicht erworben, Kenia ist also nicht Ursprungsland – muss das Unternehmen möglicherweise keinen PIC vorweisen. In solchen Fällen wären Unternehmen offenbar gut beraten, sich das Pflanzenmaterial nicht im Ursprungsland zu beschaffen, sondern in einem anderen Land oder in botanischen Gärten.

Nichtsdestoweniger läge es möglicherweise nahe, in dem geschilderten Hoodia-Fall zu fragen, wie es das Material zum Anbau nach Kenia geschafft hat. Auch wäre zu prüfen, ob Art. 2 der CBD nicht so auszulegen wäre, dass sich die Entwicklung der besonderen Eigenschaften auf die individuellen Pflanzen bezieht. Diese entwickeln, so eine denkbare Begründung, ihre besonderen Eigenschaften während ihres Wachstums, damit im Falle der kenianischen Hoodia-Plantagen natürlich in Kenia.

Faire und gerechte Aufteilung der Vorteile

Die Vorgaben des ABS-Protokolls zum Vorteilsausgleich erstrecken sich im Gegensatz zur Pflicht, einen PIC einzuholen, auf die gesamte Wertschöpfungskette. Würden also aus den Hoodia-Pflanzen aus Kenia erfolgreiche Produkte erwachsen und Gewinne durch deren Kommerzialisierung entstehen, müssten nach Artikel 4 diese Gewinne fair und gerecht

auf der Basis eines Vertrages mit dem Land geteilt werden, dass die genetische Ressource zur Verfügung gestellt hat und gleichzeitig Ursprungsland ist.

Fraglich ist, welches Land als Empfänger des Vorteilsausgleichs in Frage kommt. Was passiert, wenn Ursprungsland und Bereitsteller nicht identisch sind? Wäre überhaupt ein Vorteilsausgleich erforderlich, wenn Südafrika als Ursprungsland der Hoodia-Pflanzen gilt, das tatsächlich verwendete genetische Material hingegen aus Kenia kommt?

Ob das ABS-Protokoll wirklich dazu geeignet ist, Biopiraterie zu verhindern und alle typischen Nutzungen genetischer Ressourcen abzudecken, muss in der Praxis getestet werden. Bemerkenswert ist, dass das Protokoll die zentralen Elemente Zugang und Vorteilsausgleich offenbar entkoppelt. Das kommt der Forderung der Entwicklungsländer entgegen, wonach die fortlaufende und neue Nutzung illegitim und illegal erworbener genetischer Ressourcen einer Regelung zum Vorteilsausgleich unterworfen werden muss - was nicht ganz zu Recht vielfach unter dem Stichwort einer retroaktiven Anwendung diskutiert wurde. Allerdings gibt sich die EU in ihrer Interpretation des ABS-Protokolls sicher: zurückliegende Biopiraterie und solche, die bis zum Inkrafttreten des ABS-Protokolls noch betrieben wird, kann nicht durch Vorteilsausgleich unattraktiv gemacht werden.

Compliance und Checkpoints: as appropriate

Das ABC des ABS, also Access, Benefit Sharing und Compliance – diese Formel beschreibt die Eckpfeiler eines Protokolls gegen Biopiraterie. Unter dem Stichwort Compliance wird geregelt, mit welchen Instrumenten die Einhaltung des Protokolls überwacht wird

Kerngedanke dafür war ein Zertifikat, durch das ein Nutzer den rechtmäßigen Erwerb einer genetischen Ressource und das Vorhandensein einer Vereinbarung zum Vorteilsausgleichwürde würde nachweisen können. Ohne Zertifikat, so die Idee, keine Nutzung. Gewährleisten sollten dies Checkpoints wie Patentämter und Marktzulassungsbehörden, kurzum: ohne Zertifikat kein Patent, keine

Marktzulassung und keine sonstige Nutzungserlaubnis.

Dieses Kontrollnetz war den Industrieländern offensichtlich zu engmaschig gewebt. Weder wollten sie mehrere Checkpoints einrichten noch eine verpflichtende Liste von Checkpoints akzeptieren. Insbesondere das Patentamt war tabu. Auch eine beispielhafte Liste möglicher Checkpoints lehnten sie ab. Was im Protokolltext bleibt, ist die Verpflichtung, einen oder mehrere Checkpoints einzurichten. Wo dieser Checkpoint sein soll, wird nicht festgelegt. Auch wird die Kontrollfunktion der Checkpoints auf Monitoring und Verbesserung der Transparenz reduziert.

Damit wurde das Konzept von Zertifikat und Checkpoints, um es vorsichtig auszudrücken, stark verwässert. Richtet ein Nutzerland tatsächlich nur einen Checkpoint ein, stellen die restlichen potentiellen Checkpoints weiterhin mögliche Schlupflöcher für die Biopiraten dar. Es droht folgendes Szenario: Entscheidet sich Deutschland gegen das Patentamt als Checkpoint, wird Biopiraterie bei Patentanmeldungen weiterhin nicht kontrolliert. Entscheidet es sich für die Marktzulassungsbehörde für Medikamente, bleiben nicht nur Patente, sondern

beispielsweise auch Kosmetika außen vor. Und so weiter.

Fazit

Freude über das Verhandlungsergebnis von Nagoya kann also, wenn überhaupt, nur sehr gedämpft aufkommen. Daran ändert auch nichts, dass es NGOs und Entwicklungsländern gelang, ein zusätzliches Schlupfloch für die Pharmaindustrie zu verhindern. Unter Führung des deutschen Gesundheitsministers Philipp Rösler sollten zunächst Pathogene (also Krankheitserreger) vollständig aus dem Geltungsbereich ausgeschlossen, später sollten für eine (äußerst breit definierte) Notsituation die ABS-Regeln außer Kraft gesetzt werden. Als offensichtlich wurde, dass das Bundesgesundheitsministerium einzige Akteur auf der ganzen weiten Welt war, der diesen Ansatz ernsthaft verfolgte, gab man in Berlin schließ-

Der globale multilaterale Mechanismus zum Vorteilsausgleich für genetische Ressourcen, die in mehreren Ländern oder außerhalb nationaler Souveränität vorkommen, kann ebenfalls nicht in Champagner-Laune versetzen. Wie dieser Fonds aussehen wird, ob er überhaupt eingerichtet wird, all das ist

höchst ungewiss. Vage sind auch die Hoffnungen auf Art. 25, wonach vier Jahre nach Inkrafttreten des Protokolls seine Wirksamkeit überprüft werden soll

Von daher ist es wie so oft: Die Entwicklungsländer stehen nicht ganz mit leeren Händen da, das Ergebnis ist jedoch weit von ihren Zielen entfernt und spiegelt es sehr viel deutlicher die Interessen der Industrieländer. Damit die Wirksamkeit des neuen Protokolls nicht auf wenige, ganz bestimmte, Fälle begrenzt bleibt, die dann womöglich auch noch durch die weiten Maschen des windelweichen Compliance-Mechanismus fallen, bedarf es nun einer pro-aktiven Umsetzung. Ob das Protokoll gegen Biopiraterie ein taugliches Instrument im Kampf gegen Biopiraterie ist, bleibt daher eine offene Frage.

Michael Frein / Hartmut Meyer

Michael Frein ist Mitglied im Leitungskreis des Forums Umwelt und Entwicklung und Referent für Welthandel und Umwelt beim Evangelischen Entwicklungsdiens (EED), Hartmut Meyer ist freier Experte im Bereich biologische Sicherheit.

Ein Beitrag zum Thema "Das Nagoya-Protokoll in Bezug auf Biopiraterie, Schutz traditionellen Wissens und die Rechte indigener Völker" erscheint im Rundbrief 1/11 des Forums Umwelt und Entwicklung.

Im Strategischen Plan werden konkrete Ziele und Prioritäten für den internationalen Biodiversitätsschutz festgelegt (d.Red.)

Rückenwind aus Nagoya

Mehr Schutz für die Biologische Vielfalt

Die 10. Vertragsstaatenkonferenz zur Biologischen Vielfalt hat mit der Verabschiedung des Nagoya-Protokolls zu ABS nicht nur den vor 18 Jahren beschlossenen ABS-Mechanismus ein entscheidendes Stück konkreter gemacht (s. Artikel H. Meyer/M. Frein). Sie hat uns auch einen strategischen Plan mit 20 konkreten ergebnisorientierten und messbaren Zielen beschert, um den Verlust der Biodiversität zu stoppen. Die korrekte Umsetzung verpflichtet auch die EU und Deutschland, bedeutend mehr Leistungen für den Schutz der Natur zu erbringen als bisher.

ie konkreten, bis 2020 zu erreichenden Ziele sind im neuen strategischen Plan festgehalten, der unter http://www.cbd.int/nagoya/outcomes/ im Internet verfügbar ist. Was bedeutet das für die EU und Deutschland? Einige wichtige Ziele und erste Schlussfolgerungen:

Ziel 3: "Schädliche Anreize und Subventionen sind beseitigt, positive Anreize für den Schutz und die nachhaltige Nutzung der Biodiversität sind entwickelt und werden angewandt." Das heisst:

- Die EU und Deutschland müssen einen Überblick über die biodiversitätsschädlichen Subventionen präsentieren und darlegen, wie sie diese abschaffen und ggf. in biodiversitätsförderliche Subventionen ummünzen.
- Die anstehenden Reformen bei der EU-Fischerei- und Agrarpolitik so-

- wie der finanziellen Vorausschau bieten dazu wichtige Gelegenheiten.
- Damit werden auch Ziele 6 Stopp der Überfischung - und Ziel 7 - nachhaltige Bewirtschaftung aller Nutzflächen – gefördert.

Ziel 4: Bis spätestens 2020 haben Regierungen, Unternehmen und stakeholder auf allen Ebenen Schritte zur nachhaltigen Produktion und Wirtschaft unternommen oder Pläne umgesetzt und die Auswirkungen der Nutzung natürlicher Ressourcen deutlich innerhalb ökologischer Grenzen gehalten.

- Hier geht es vor allem darum, nicht mehr Ressourcen zu nutzen, als wieder unter ökologisch akzeptablen Bedingungen nachwachsen können.
- Die Bewohner der Industrieländer benötigen für die von ihnen konsumierten Güter noch immer mehr als doppelt so viel Fläche, wie ihnen in

ihrer Heimat zur Verfügung steht. Sowohl die Ressourceneffizienz als auch der spezifische Verbrauch müssen gesenkt werden, damit der Flächenbedarf der Industrieländer ihre eigene Fläche nicht überschreitet.

 Der Druck auf Ökosysteme durch den Konsum von Torf (Moore), Holz, Papier, Soja und Fleisch, Zuckerrohr und Agrotreibstoffe (Wälder) sowie Garnelen (Mangroven) und Fisch (Meere) muss durch verändertes Konsumverhalten reduziert werden.

Ziel 5: Die Verlustrate aller natürlichen Lebensräume ist mindestens halbiert und wo möglich gegen null gebracht, und Degradierung und Fragmentierung sind erheblich reduziert.

- Hier gibt es für Deutschland und die EU viel zu tun. Nur 17% der FFH-Lebensräume befinden sich in einem günstigen Erhaltungszustand, Degradierung und Zerschneidung (etwa durch Strassenbau) schreiten weiter voran.
- Um den weiteren Verlust der Lebensräume zu stoppen, müssen
- Land- und Forstwirtschaft so gestaltet werden, dass die biologische Vielfalt auf allen bewirtschafteten Flächen nachhaltig erhalten bleibt,
- o bereits erlassene Gesetze zum Schutz der Natur endlich konsequent umgesetzt werden.
- o geschützte Biotope und Schutzgebiete so gemanagt werden, dass die Qualität der zu schützenden Biotope erhalten bleibt,
- o ein entsprechendes Monitoring eingerichtet werden und
- o weitere Zerschneidungen durch Strassenbaumassnahmen verhindert werden.

Ziel 8: Der Schadstoffeintrag inklusive Überdüngung ist auf einem Niveau, bei dem das Funktionieren der Ökosysteme und die Biodiversität nicht beeinträchtigt werden.

- Noch immer liegt der Stickstoffeintrag in Deutschland bei 105 kg / ha und Jahr, der Wert, den die Ökosysteme dauerhaft vertragen, liegt auf 95% der Fläche deutlich höher als der sog. "critical load"-Wert, auf 60% der Fläche werden mindestens 20 kg Stickstoff zuviel ausgebracht.
- Der laut nationaler Biodiversitätsstrategie bis 2010 zu erreichende

Durchschnittswert von 80kg/N muss umgehend erreicht werden

Ziel 11: 17% der Landfläche und der Binnengewässer sowie 10% der Meere und Küsten sind durch ein effektiv und gerecht gemanagtes, repräsentatives, gut vernetztes Schutzgebietssystem geschützt.

• In Deutschland stehen derzeit 15,4%

¹ der Landfläche unter dem Schutz
der FFH-Richtlinie, EU-weit sind es
18%, so dass nur noch wenig getan
werden muss, um das Schutzgebietsnetz zu vervollständigen. Doch redet
Ziel 11 auch ausdrücklich von einem
zielgerechten Management und der
Verbindung dieser Gebiete miteinander. Dies ist bisher nur in Ansätzen der
Fall, noch in keinem Bundesland liegen die nötigen Pläne vor – und die
Vernetzung existiert vor allem auf
dem Papier.

Ziel 20: Die Bereitstellung finanzieller Mittel wird in Übereinstimmung mit der Ressourcenmobilisierungsstrategie substanziell verbessert.

- Details hierzu stehen in der Strategie zur Ressourcenmobilisierung.
 Bis Mitte 2011 müssen die Vertragsstaaten Zahlen auf den Tisch legen, wieviel sie derzeit für die globale Biodiversität ausgeben, wieviel Geld sie für biodiversitätschädliche Anreize ausgeben und wieviel Geld gebraucht wird, um den Erhalt der Biodiversität zu gewährleisten.
- 2012 müssen klare Ziele auf den Tisch gelegt werden – hierzu müssen ausreichend Gelder für Verwaltung, Management und Förderung von Natura 2000 ebenso wie aller nationalen Schutzkategorien auf den Tisch gelegt werden. Dies kann und muss zu einem substantiellen Teil durch die Umwidmung von schädlichen Subventionen aus dem Agrarbereich geschehen.

Auch andere Beschlüsse enthalten zu beachtende Ziele: Der Beschluss zu den Schutzgebieten konkretisiert Ziel 11. Bis 2012 fordert er die Verabschiedung nationaler Pläne zur Umsetzung des Arbeitsprogramms für Schutzgebiete und ihre Integration in die Biodiversitätsstrategien und eine Darstellung wieviele Gelder für ihre Unterhaltung benötigt werden. Bis 2015 soll eine Bewertung des Managements für 60% der globalen Schutzgebietsfläche

weltweit erfolgen. Der Druck auf die Ausweisung von Meeresschutzgebieten wurde erhöht, eine Arbeitsgruppe der UN-Generalversammlung soll dazu gegründet werden und Massnahmen für das Management der Gebiete festgelegt werden.

Der Beschluss zu den Wäldern bittet die internationalen Organisationen, die sich mit Wald beschäftigen, um Mitwirkung bei der Umsetzung des Waldprogramms und der Waldziele aus dem strategischen Plan. Der Sekretär wurde daran erinnert, dass er bereits 2008 gebeten worden war, die genaue Bedeutung des Begriffs "Wald" und seiner Ausprägungen in Bezug auf das Monitoring mit den anderen Organisationen der Collaborative Partnership on forests zu klären.

Die EU will die Ziele aus Nagoya so schnell wie möglich aufnehmen und die Ziele in ihre neue Biodiversitätsstrategie integrieren, die Anfang 2011 bereits verabschiedet werden soll. Für die deutsche Biodiversitätsstrategie bedeuten die Ziel aus Nagoya im wesentlichen Rückendeckung, die Ziele nun mit Nachdruck voranzutreiben. Doch wird man sowohl bei der EU als auch in Deutschland an manchen Punkten noch "eins draufsetzen" müssen, etwa bei der Umwidmung von Subventionen. Bis zur COP 11 2012 in Indien müssen klare Vorschläge auf den Tisch gelegt werden, was die Mitgliedsstaaten für dem Erhalt der Biodiversität tun wollen - unsere Vorschläge sollten dabei sein.

Die Nagelprobe aber ist die Umsetzung in der Fläche. Es gab ja auch vor 2010 verbindliche Ziele - nur wurden diese nicht umgesetzt. Wenn man sich an diese gehalten hätte, wäre etwa Natura 2000 inzwischen vollständig umgesetzt - inklusive Management - und man hätte den Verlust der Biodiversitätsrate wenigstens verlangsamen können. Der neue strategische Plan und die werdende EU-Strategie, verbunden mit einem regelmässigen und genauen Monitoring und einer umfassenden Verankerung der Biodiversität in allen Sektorpolitiken, geben uns eine zweite Chance, hierhin zu kommen - nutzen wir Sie!

Friedrich Wulf

Der Autor ist Projektleiter Politik und Internationales bei Pro Natura - Schweizerischer Bund für Naturschutz und Koordinator der AG Biodiversität des Forums Umwelt und Entwicklung.

1 Stand 2009, s. http://www.bfn.de/0316_gebiete.html

"Right Livelihood Award"

Ritterschlag für Zukunftsengagement

Dreißig Jahre "Right Livelihood Award" sind drei Jahrzehnte öffentliche Ehrung von Persönlichkeiten und Projekten, die Gestaltungsvorschläge und Lösungen für die dringendsten Probleme unsere Zeit anmahnen.

eit 1980 werden alljährlich vier wegbereitende Zukunftsprojekte und ihre Repräsentanten mit dem "Preis für die richtige Lebensweise", wie die deutsche Übersetzung wörtlich lautet, geehrt.

Anfänglich sind die Stiftungsidee und ihr Gründer Jacob von Uexküll

noch wohlwollend belächelt worden, heute jedoch wird die Auszeichnung allgemein als Alternativer Nobelpreis bezeichnet und gilt unlängst als Ritterschlag auf dem weiten Feld der nachhaltigen Entwicklung. Sein Renommee ist hoch und bringt den alljährlich im Dezember Geehrten nicht nur weltweite Anerkennung und Aufmerksamkeit, sondern auch Mut und Unterstützung in oft auswegslosen Situationen. Gleich eines lockeren Netzes von Impulsgebern sind die Preisträger über den gesamten Erdball verstreut. Bis heute sind 141 Nachhaltigkeitsprojekte und Zukunftsaktivisten aus 59 Ländern mit dem Alternativen Nobelpreis ausgezeichnet worden.

KursWechseln

Anlässlich des runden Datums haben sich Mitte September etwa achtzig Alternative Nobelpreisträger zusammengefunden. "KursWechseln in die Zukunft" war das Motto der mehrtägigen Jubiläumskonferenz. In einer Vielzahl von internen und öffentlichen Veranstaltungen diskutierten die Laureaten Vielfalt in all ihren Facetten von kultureller über die biologische Vielfalt bis hin zu Bildungsvielfalt.

Ein Event war die Verabschiedung der "Declaration for Living" - gemeinsam mit IFOAM (Internationaler Dachverband des ökologischen Landbaus). Die Agrarexperten unter den Alternativen Nobelpreisträgern forderten einen weitreichenden Paradigmenwechsel zur ökologischen Landwirtschaft. Die vorherrschende industrialisierte Landwirtschaft ist aus Sicht der

Preisträger maßgeblich verantwortlich für eine Vielzahl der weltweiten Probleme. Die die ökologische Landwirtschaft hingegen bietet aus ihrer Sicht weitreichende Lösungsbeiträge für die globalen Herausforderungen wie Biodiversitätsverlust und Klimawandel.



Ein Novum der Jubiläumsveranstaltung war der offene Brief von Pat Mooney an alle Mit-Preisträger mit der Warnung vor den unkalkulierbaren Risiken des Geoengineerings. Vor fünfundzwanzig Jahren als kritischer Beobachter der Agrar- und Bioindustrien mit dem Alternativen Nobelpreis geehrt, weist Mooney eindringlich auf das riskante Spiel mit den neuen Megatechnologien zur Lösung der großen Umweltprobleme unserer Zeit hin. Gentechnisch veränderte Wälder mit einem künstlich erhöhten Klimapotenzial oder die chemische Manipulation der Weltmeere und der Stratosphäre als Senken für Klimagase sind für den Umweltexperten Mooney pyrrhusartige Zukunftstechnologien.

Wandel von unten

"Wandel von unten" ist der prägende Leitgedanke des Alternativen Nobelpreises 2010. Preisträger sind der nigerianische Umweltaktivist Nnimmo Bassey für seinen Kampf gegen die umweltzerstörende Ölförderung im Nigerdelta, der brasilianische Bischof und Menschenrechtler Erwin Kräuter für seinen unermüdlichen Einsatz für die Ureinwohner Amazoniens, die nepalesische Hilfsorganisation Sappros für ihre Projekte gegen Armut und Programme zur Hilfe-zur-Selbsthilfe und als vierte Laureatengruppe die israelisch-palästinensische Organisation Mediziner für Menschenrechte mit ihrer Forderung nach grenzüberschreitender Gesundheitsvorsorge.

Ihren politischen Einfluss nutzen die Alternativen Nobelpreisträger auch auf den großen UN-Konferenzen der nahen Vergangenheit.

Um die Preisträgerin Vandana Shiva etwa haben sich auf der 10. UN-Vertragsstaatenkonferenz zur Biodiversitätskonvention in Nagoya einflussreiche Alternative Nobelpreisträger erfolgreich für das ABS-Protokoll (Access and Benefit Sharing - Zugang und gerechter Vorteilsausgleich) eingesetzt. Ebenfalls in Nagoya erwirkte der Alternative Nobelpreisträger Pat Mooney mit Gleichgesinnten das UN-Moratorium zu Geoengineering. Auf dem 16. UN-Klimagipfel in Cancun hat der nun, nicht nur in Afrika, prominente Preisträger Nnimmo Bassey ein Klima-Tribunal ähnlich des Internationalen Strafgerichthofs als Unterstützung hin

zu mehr Klimagerechtigkeit eingefordert und so der zündenden Idee eines globalen Klimaschiedsgerichts neue Impulse geliefert.

Der Alternative Nobelpreis ist die renommierteste Auszeichnung für einen notwendigen Wandel in der Welt von heute mit Visionen und Idealismus für eine lebenswerte Welt von morgen. Die Auszeichnung hat in der Vergangenheit das Weltbild mitgestaltet und wird auch in Zukunft eine sehr wichtig bleiben.

Mira Beinert

Die Autorin ist Bundesfachgruppenleiterin Natur- und Umweltschutz bei den Naturfreunden Deutschlands

Weiter Informationen gibt es unter:

- www.handsoffmotherearth.org zur Kampagne von Pat Mooney mit Unterzeichnermöglichkeit.
- www.ifoam.org zur "Declaration for Living Change" mit Unterzeichnermöglichkeit.
- www.kurswechseln.de zur der Jubiläumsversanstaltung.
- www.rightlivelihood.org zur der Alternativen Nobelpreisstiftung.

Wo – bitte – geht's zur Postwachstumsgesellschaft?

Was wächst, wenn ,die Wirtschaft' wächst?

Die gegenwärtige Debatte um eine Gesellschaft, die auf Wirtschaftswachstum verzichtet und dabei weder ihren Zusammenhalt noch ihre Lebensqualität verliert, bewegt sich auf schwankendem Grund. Was eigentlich ist Wirtschaft und Wirtschaften? Und was wächst, wenn,die ,'Wirtschaft' wächst? Sowohl die Wirtschaft als auch ihr Wachstum bemessen sich in Geld. Gemessen wird etwas, was aus einem amorphen Mix aus handelbaren Produkten besteht.

kologen schauen etwas genauer hin. Wenn sie über Grenzen des Wachstums nachdenken, beziehen sie sich auf den 1972 veröffentlichten Bericht von Meadows an den Club of Rome, der dem Optimismus der Nachkriegszeit einen herben Stoß versetzte. Ludwig Erhard hatte internationale Arbeitsteilung und technische Effizienz anvisiert, als er 1957 den 'Wohlstand für alle' ausrief. Doch der industrielle Aufschwung brachte nicht nur schnelle Zuwächse an materiellem Reichtum, sondern auch Umweltprobleme und wachsende Ungleichgewichte mit sich. Fazit einer breiten internationalen Diskussion war die Agenda 21, das Abschlussdokument der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro.

Kaum jemand erinnert sich heute noch an die Frauenkonferenz 1991 in Miami, die mit einer "Agenda 21 der Frauen" in eine Richtung wies, die sich vom Trend des globalen Markts deutlich unterschied. Sie distanzierte sich von Wirtschaftsmodellen, die nicht nur die Natur, sondern auch die Lebenswelten von Frauen und Kindern ignorierten. Die Frauen forderten mit Nachdruck die Berücksichtigung ihrer Aufgaben in Haushalt und Familie, in Nachbarschaften und kleinen Landwirtschaften bei der Entwicklung von Konzepten der Nachhaltigkeit.

Rio hat Wachstumskurs nicht in Frage gestellt

Rio hat den Wachstumskurs zwar modifiziert, aber nicht in Frage gestellt. Immerhin betonte man die Bedeutung des Lokalen und versprach, die Frauen "gleichberechtigt und nutzbringend" in alle Maßnahmen zu integrieren. Vor allem auch als Verbraucherinnen sollten sie mit ihren Kenntnissen und Erfahrungen eine umwelt- und sozialverträgliche industrielle Entwicklung unterstützen.

Nicht eingelöst wurde das Versprechen der Rio-Agenda, die strukturellen Zusammenhänge zwischen Geschlechterbeziehungen einerseits und Umwelt und Entwicklung andererseits zu erkunden. In der Umsetzung der Agenda 21 versandeten solche Vorsätze alsbald in den Szenarien von Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung, die nicht einer anderen Wirtschaftsweise, sondern den Prinzipien demokratischer Marktgesellschaften geschuldet waren. Die ungebrochene Logik von Effizienz und Wettbewerb hätte jeden Versuch, Schonräume zu schaffen für die Bedürfnisse kleinräumiger Lebenswelten, ohnehin zum Scheitern verurteilt.

Das industrielle Paradigma deckt Lebensbedingungen von Frauen und Kindern nicht ab

Es blieb der aufkeimenden feministischen Ökonomie vorbehalten, Bruchstellen auszuloten. In der Auseinandersetzung mit den Lebensbedingungen von Frauen und Kindern wuchsen die Zweifel an der universellen Gültigkeit des ökonomischen Paradigmas. Wer war der homo oeconomicus, Galionsfigur der Reichtum produzierenden Weltwirtschaft? Repräsentierte er tatsächlich die Rationalität des autonomen Individuums, für die er zu Felde zog? Hatte er am Ende doch etwas zu tun mit dem antiken oikos, dessen soziale Ordnung - die oikonomia - die Unabhängigkeit freier Männer in der Polis unterfütterte? Bis heute verbannt die ,Wirtschaft' – auch sie war ursprünglich identisch mit dem 'Haushalt' – das Private und damit die Angehörigen des wirtschaftenden Subjekts aus dem Dunstkreis des Ökonomischen.

Der Haushalt industrieller Familienvorstände und -ernährer war von jeher als kleinste Wirtschaftseinheit und Fundament des Markts ökonomisch nichts

Postwachstumsgesellschaft – Konzepte für die Zukunft

Ausgehend von Ressourcenknappheit und Umweltschäden präsentiert das Buch zur Postwachstumsgesellschaft Konzepte für strukturelle Veränderungen, die den Verzicht auf stetiges Wirtschaftswachstum erleichtern. Die Texte beleuchten unterschiedliche Themenbereiche wie z.B. das Finanz- und Steuersystem, das Bildungsverständnis, Verteilungsgerechtigkeit, Demokratie und Partizipation. Viele Beiträge enthalten interessante Ansätze für eine weiterführende Diskussion wie etwa die Frage nach den ökonomischen Prämissen für die gegenwärtige Wirtschaftsweise oder die Forderung nach geschlechtergerecht organisierter, sozial eingebundener Arbeit. Genderfragen bleiben darüber hinaus jedoch gänzlich ausgeblendet. Dies ist umso weniger verständlich, als sich beide Herausgeberinnen seit vielen Jahren in Wort und Tat für die Berücksichtigung von Frauenbelangen im männerdominierten Umweltbereich einsetzen. Bleibt zu wünschen, dass das Buch Anlass gibt zur überfälligen Auseinandersetzung über das Verhältnis von Frauen und Männern in einer zukunftsfähigen Gesellschaft.

Irmi Seidl, Angelika Zahrnt (Hg.), Postwachstumsgesellschaft – Konzepte für die Zukunft, Metropolis Verlag, 2010, 247 Seiten, 18,00 Euro, ISBN 978-3-89518-811-4

als eine Schablone. Frühe Ökonomen stellten auch den familialen Binnenraum in den Dienst des 'Güterlebens', d.h. der wachsenden Wirtschaft. Hausarbeit war für sie bestenfalls Prosumtion, die Kaufgüter für den Endverbrauch aufrüstete.

Es ist die Systemlogik des Wirtschaftens, die den Diskurs der Fachfrauen beflügelt. Wo bleibt die Sorge für das Leben, zumal die Fürsorge für Kinder und Alte? Inzwischen gibt es eine weltweite Debatte zur Krise der Care Ökonomie, die in der Ausblendung der Arbeit für die Familie ihren Ursprung hat. Es wäre verhängnisvoll zu glauben, auch im anstehenden ökonomisch/ökologischen Diskurs zu einer Zukunft ohne Wachstumszwänge ließe sich die Erörterung von Genderfragen weiträumig umgehen.

Elisabeth Stiefel

Die Autorin ist Mitglied der AG Frauen des Forums U&E und des FrauenForums der KölnAgenda e.V Sie ist darüber hinaus eingebunden in verschiedene Netzwerke der Feministischen Ökonomie wie der International Association for Feminist Economics (IAFFE) und dem European Network for Gender Budgeting

Klima und Entwicklung im Doppelpack

Ergebnisse der Fachtagung "Klima und Entwicklung: Anforderungen an eine bedarfsgerechte Finanzierung", Berlin 3. November 2010

Fast ein Jahr lang haben Entwicklungs- und Umweltorganisationen Fragen der Klima- und Entwicklungsfinanzierung gemeinsam diskutiert. Ergebnis: Ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis, bestehend aus Forum Umwelt und Entwicklung, der Klima-Allianz und VENRO, richtet nun das Forderungspapier "Für eine kohärente und zukunftsfähige Klima- und Entwicklungsfinanzierung", an die Bundesregierung.

m 3. November wurde das Papier bei einer Fachtagung der Politik und Interessierten vorgestellt. Im Fokus stand dabei nicht nur das Geld.

wird "zusätzlich" definiert? Bei diesen Fragen gibt es zwischen der Zivilgesellschaft und der Bundesregierung kontroverse Einschätzungen. Gerade

Auf Qualität und Kohärenz kommt es an

Die Überschneidungen zwischen Armutsbekämpfung und Anpassung an den Klimawandel und Klimaschutz sind offensichtlich. Und doch finden die thematischen Diskurse bisher getrennt statt. Auf große Zustimmung ist daher die zentrale Forderung nach ressortübergreifenden Programmen gestoßen, die die Kohärenz zwischen Klimaschutz und Entwicklung sichern. Die Bundesregierung wird dazu aufgefordert, einen interministeriellen Arbeitskreis von BMZ und BMU unter Einbezug der Zivilgesellschaft zu gründen. Auch der Vorschlag, die Prinzipien der Paris-Accra-Agenda, wie Eigenverantwortung, Partnerausrichtung, gegenseitige Rechenschaftspflicht, auf die Klimafinanzierung anzuwenden,

wurde grundsätzlich begrüßt. In der Praxis werden diese Prinzipien jedoch auf die Probe gestellt: Ownership gut und schön, aber wie geht man mit korrupten Regierungen um?

Die kontroverse Debatte um Zusätzlichkeit

Auf den ersten Blick klingt die Debatte paradox. Wie kann etwas zusätzlich sein, zu etwas, das es noch gar nicht gibt, beziehungsweise in absehbarer Zeit nicht geben wird? Wie

aber die Debatte um die Zusätzlichkeit und Transparenz der Mittel, die die Industrieländer den Entwicklungsländern zur Verfügung stellen, ist im Rahmen der UN-Klimaverhandlungen hochgradig konfliktiv und zu einer Frage des Vertrauens geworden. Aus Sicht der Zivilgesellschaft muss die Bundesregierung die von Bundeskanzlerin Angela Merkel in Kopenhagen zugesagten 1,26 Milliarden Euro für kurzfristige Klimafinanzierung als frisches Geld, im Haushalt transparent nachvollziehbar zur Verfügung stellen. Es darf nicht auf die offizielle Entwicklungshilfe (ODA) angerechnet werden. Spätestens ab 2015 sollten zudem jährlich 0,3 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) für die Klimafinanzierung zusätzlich zu den 0,7 Prozent für ODA bereitgestellt werden. Von Seiten des BMZ heißt es ernüchternd, dass es nach der Schnellstartfinanzierung zu keinen weiteren Zusagen im Bereich der Klimafinanzierung kommen werde. Auch werde es keine internationale oder europäische Einigung über den Begriff "Zusätzlichkeit" geben. Hier ist eine Sackgasse.

Ausblick

Der erste Schritt wurde getan, Klima- und Entwicklungsfinanzierung

stärker zusammenzurücken. Im Hinblick auf die stockenden UN-Klimaverhandlungen, im Lichte eher sinkender Haushalte ist auch die Zivilgesellschaft gefragt, Antworten auf oft vielschichtige, manchmal nicht angenehme Fragen zu finden:

- Wie sollen die für die Klimafinanzierung notwendigen Aufwüchse generiert werden, ohne die Armutsbekämpfung zu belasten? Wie wird ein umfassendes Finanzierungsprogramm eingerichtet, dass neben den Geldern für Klima, Entwicklung auch den Biodiversitätsschutz umfasst?
- Als ein Manko des NRO-Forderungspapiers wurde die fehlende Beschäftigung mit der Rolle der Privatwirtschaft bei der Klimafinanzierung herausgestellt. Wie positionieren sich die NRO zum Privatsektor? Wie sehen mögliche Hebelwirkungen des Privatsektors aus?
- Wie gehen NRO mit den stockenden UN-Klimaverhandlungen um? Wie soll das Verhältnis zwischen bi- und multilateralen Mitteln aussehen?

Die nun an Fahrt gewinnende Diskussion um grüne Wirtschaft im Vorfeld des Rio-Plus-20-Gipfels lädt ein, auch hier inhaltliche Impulse zu setzen und den Diskussionsprozess fortzusetzen.

Anke Kurat

Die Autorin ist stellvertretende Geschäftsführerin und Referentin für Klimawandel und Entwicklung bei VENRO

(Über)Leben im Klimawandel

Im Mittelpunkt stehen die Bauern und Menschen

Pepito B. Babasa ist Kleinbauer auf den Philippinen. Bereits 20 Reissorten tragen seine Initialien PBB, die er selber gezüchtet hat. "Darauf ist er sehr stolz", erzählt Elizabeth Cruzada. Sie ist Koordinatorin beim Bauernnetzwerk MASI-PAG und war im September zu Besuch in Deutschland, um über eben dieses Netzwerk und seine Menschen zu berichten.

uf Einladung der Agrar Koordination reisten Elizabeth Cruzada und Abu Muzaffar Mahmud von PRODIPAN aus Bangladesch durch Deutschland, um über alternative Strategien zur Anpassung an den Klimawandel zu sprechen.

Erfahrung mit dem (Über)Leben im Klimawandel bringen beide Referenten aus ihren eigenen Ländern mit. Erst in den letzten Wochen fegte einer der schwersten Wirbelstürme der letzten Jahre über den Norden der Philippinen hinweg. Weite Teile Bangladeschs liegen nur knapp über dem Meeresspiegel und das Land ist bereits heute vom Klimawandel stark getroffen: Dürren im Norden, Fluten im Süden und Versalzung durch immer weiter ins Landesinnere vordringendes Salzwasser bedrohen Menschen und ihre Lebensgrundlage.

Anpassung an den Klimawandel

Alternativen in der Landwirtschaft sind gefragt, um mit diesen Herausforderungen umgehen zu können. Das Bauernnetzwerk Masipag ist eine solche Alternative. Masipag hat es in den vergangenen Jahren geschafft, über tausend neue Reissorten zu züchten, die optimal an die jeweiligen Standorte angepasst sind. Es sind Weiterzüchtungen der alten traditionellen Reissorten. Viele von ihnen tragen die Initialien ihrer Züchter, der Bauern und Bäuerinnen von Masipag. Ihnen ist gelungen, was trotz Millionen Forschungsgelder am Internationalen Reisforschungsinstitut (IRRI) nicht ausreichend passiert. Sie haben in-situ, sprich auf ihren Feldern, eine Reisvielfalt gezüchtet, die zu ihrer Ernährungssicherung beiträgt und sich zusätzlich im Zuge der Klimaveränderungen bewährt. Diese Herausforderung stand am Anfang von Masipag nicht an erster Stelle.

Das Bauernnetzwerk entstand bereits im Jahr 1986. Als Antwort auf die Probleme der "Grünen Revolu-

tion", mit ihren einheitlichen Hochertragssorten und einem hohen Einsatz von Pestiziden, wurde eine erste Sammlung von 47 Reissorten angelegt.

Freier Zugang zum Saatgut

Im Mittelpunkt der Aktivitäten steht nach wie vor der freie, kostenlose Zugang zum Saatgut. Es sind Bauern wie Pepito B. Babasa, die keinen Hybrid Reis anbauen wollen, der zudem eine schlechte Qualität hat und an Geschmack arm ist. Bauern wollen schlichtweg das anbauen, was sie brauchen: Sorten, welche an ihre Böden sowie klimatische und saisonale Bedingungen angepasst sind und die dem Geschmack und den Vorlieben ihrer Familien entsprechen. Traditionelle Reissorten sind sehr beliebt. aber in Gefahr durch den Import von Hybrid-Saatgut weiter verdrängt zu werden. Zudem konkurrieren die Bauern mit den Reis-Importen aus anderen Ländern, "Billiger Reis aus Vietnam überschwemmt die lokalen Märkte" entrüstet sich Elizabeth Cruzada. Im Zuge der Liberalisierung der Märkte stiegen die Importe von Reis, angebaut werden stattdessen Exportfrüchte wie Ananas und Bananen. Heute sind die Philippinen weltweit der größte Importeur von Reis.

Mehr Vielfalt – mehr Sicherheit

Masipag-Bauern bewirtschaften ihre Felder ökologisch. Sie konnten ihre Vielfalt an Sorten, aber auch an Produktionssystemen deutlich erhöhen und sind heute wesentlich besser aufgestellt als konventionelle Bauern in den Philippinen. Eine Untersuchung, die unterstützt von MISE-REOR im Jahr 2007/08 durchgeführt wurde zeigt, dass die Hektarerträge von Masipag Bauern vergleichbar mit denen von konventionellen Bauern sind. Vergleicht man allerdings die Netto-Erträge, so schneiden die Masipag Bauern deutlich besser ab.

Sie haben weniger Ausgaben für Pestizide und Saatgut und verkaufen zudem wöchentlich Gemüse auf den lokalen Märkten.

"Aber auch die Masipag-Bauern bleiben verwundbar", so Elizabeth Cruzada. Sie seien zwar selbstsicherer und weniger ängstlich was den Klimawandel betrifft, aber dennoch leben sie am Rande der Armut. Hier sind große Veränderungen notwendig. E. Cruzada spricht von einem Paradigmenwechsel, entsprechend den Ratschlägen des Weltagrarberichts und fordert, "wir müssen die Bauern und Menschen wieder in den Mittelpunkt der Landwirtschaft stellen".

Anpassung ist keine neue Strategie

Auch in Bangladesch sind Alternativen in der Landwirtschaft gefragt. Abu Mahmud zeigt uns eine Liste mit Gemüsesorten, die noch heute angebaut werden. "Früher war die Liste viel länger, aber zahlreiche Pflanzen vertragen die zunehmende Versalzung der Böden nicht". Auch beim Reis braucht man zunehmend Sorten, die an die veränderten Bedingungen angepasst sind. Grundlage für die Züchtung dieser neuen, toleranten Sorten, bilden, wie auch auf den Philippinen, traditionelle Reissorten. "Die Bauern verfügen über traditionelles Wissen. Anpassung ist keine neue Strategie, sondern etwas was Bauern schon immer gemacht haben.", beschreibt Abu Mahmud.

Bei all diesen Strategien wird jedoch auch deutlich, dass sie natürliche Grenzen haben. Je weiter wir von dem 2°C – Ziel abweichen, desto schwieriger wird jede Anpassung der Menschen an die veränderten Bedingungen sein. Wenn es ganz schlimm kommt, dann können sie sogar nutzlos sein. Der Appell von Abu Mahmud richtet sich dann auch direkt an uns in den Ländern des Nordens. "Wir in Bangladesch können uns nur an das veränderte Klima anpassen. Ihr in Deutschland und Europa habt die Verpflichtung eure Emissionen zu senken."

Mireille Hönicke

Die Autorin ist Entwicklungspolitische Referentin bei "Agrar Koordination".

AEEP und der Kampf gegen die Energiearmut

An der afrikanischen Realität vorbeigezielt?

Die Diskrepanz wurde bereits in der ersten Kaffeepause deutlich. Während sich die Konferenzteilnehmer drinnen gerade noch versichert hatten, wie wichtig der Zugang zu Energie besonders für die Ärmsten der Armen in Afrika und damit auch zur Erreichung der Millenniumsziele und überhaupt für eine nachhaltige Entwicklung sei, machte sich im Foyer bei einigen Delegierten bereits Enttäuschung breit. Das erste High-Level Forum der African-EU-Energiepartnerschaft (AEEP) in Wien endete zwar mit der Verkündung konkreter Ziele – ließ aber dennoch viel Raum für Skepsis.

lie etwa bei Mahama Kappiah, Direktor des Zentrums für Erneuerbare Energien und Energieeffizienz bei der westafrikanischen Wirtschaftsunion, ECOWAS. Zwar sei die Bedeutung der Erneuerbaren Energien für die ländliche Elektrifizierung und den Zugang der Menschen in entlegenen Gebieten zu Energie in Wien deutlich hervorgehoben worden, so Kappiah. Aber leider setze man falsche Prioritäten. 10.000 Megawatt zusätzliche Energiegewinnung aus Wasserkraft, 5000 MW aus Windund 500 MW aus Solarenergie, das soll in Afrika bis zum Jahr 2020 nach dem Willen der Delegierten in Wien erreicht werden

Solarenergie nur an dritter Stelle

Doch diese Ziele missachten die afrikanische Realität, wie Kappiah findet: "Man setzt in erster Linie auf die Wasserkraft. Dort werden aber die großen, zentralen Staudamm-Projekte mit eingerechnet. Das heißt, kleinere, dezentrale Projekte kommen erneut zu kurz", so der ECOWAS-Experte. Dabei wäre nach seiner Meinung ein solcher Schwerpunkt gar nicht nötig: "Die gro-Ben Wasserkraft-Projekte kommen sowieso - mit oder ohne AEEP-Förderung. Dafür sorgen schon die Chinesen." Unverständlich sei überdies, dass die Windkraft an zweiter Stelle stehe. Denn von wenigen Ländern, wie zum Beispiel Kap Verde, abgesehen, reichten die Windverhältnisse in Afrika für diese Energieversorgung kaum aus. Tatsächlich sind vor Jahren schon die Bemühungen Ghanas, im Hafen von Tema nahe der Hauptstadt Accra eine großangelegte Windkraftanlage zu errichten, weitgehend gescheitert. Das angestrebte Ziel von 500 MW für Solarenergie, so Kappiah weiter, sei dagegen viel zu niedrig obwohl gerade mit dieser Technik eine

dezentrale Energieversorgung in abgelegenen ländlichen Gebieten und damit für die ärmste Bevölkerung am besten zu erreichen sei.

Und schließlich wurde für nachhaltige Energiegewinnung aus Biomasse überhaupt kein Ziel formuliert. Das, so kritisiert auch die Nichtregierungsorganisation Practical Action, wäre aber umso nötiger, da in den ärmsten der armen Länder immer noch bis zu 90 Prozent der Menschen mit Feuerholz kochen und heizen – ganze Wälder werden abgeholzt, zum Schaden der Umwelt. Angesichts der Klimadebatte sei es unverständlich, dass die AEEP-Ziele das nicht

berücksichtigen. Zudem beeinträchtigt das Kochen mit Feuerholz in engen Hütten und auf offenen Feuerstellen massiv die Gesundheit vor allem der Frauen in den armen Ländern. "Die ärmsten Länder werden in der AEEP-Zielvereinbarung überhaupt nicht berücksichtigt", bemängelte denn auch ein Vertreter aus Sierra Leone während der Debatten im rot-goldgeschmückten Saal der Wiener Hofburg. Trotz aller Beteuerungen werde zu wenig Wert auf die Förderung Erneuerbarer Energien gelegt. "Wenn wir nicht aufpassen, kann sich AEEP sogar kontraproduktiv auf unser Bemühen um Erneuerbare auswirken", so die Sorge des Delegierten.

Kritik kam auch von anderen afrikanischen Teilnehmern in Wien. Das Ziel von 10.000 Megawatt zusätzlicher Wasserkraft sei viel zu niedrig, hieß es - angesichts des viel größeren Potenzials über das etwa der Kongo mit seinen Flüssen verfüge. Und zum Vergleich wurde angeführt, dass allein Nigeria auf einen jährlichen Energieverbrauch von 10.000 MW kommt. Nötig sei daher deutlich mehr Investment, um Afrikas enorme Energieressourcen auch wirklich auszuschöpfen. Doch woher soll das Geld kommen? Da war, noch sehr allge-

AEEP – nur gleichberechtigte Partnerschaft funktioniert

Ohne Energie läuft nichts. Nicht im hoch industrialisierten, Strom und Benzin fressenden Europa. Und auch nicht in Afrika, wo zahlreiche Länder ihre großen Energieressourcen bislang kaum ausschöpfen und Millionen von Menschen überhaupt keinen Zugang zu Elektrizität und anderer Energieversorgung haben. Und deshalb tat man sich zusammen. 2007 wurde in Lissabon die Afrika-EU-Energiepartnerschaft (AEEP) gegründet, als eine von insgesamt acht thematischen Schwerpunkten im Rahmen einer übergeordneten strategischen Partnerschaft zwischen dem schwarzen Kontinent und Europa.

Ziel von AEEP ist es, die Energiesicherheit auf beiden Kontinenten zu erhöhen, mehr Menschen in Afrika mit Energie zu versorgen und für all das die europäischen und afrikanischen Investments auf dem Energiesektor in Afrika, auch im Bereich der Erneuerbaren Energien, deutlich zu steigern. Dahinter steckt natürlich auch das Interesse Europas am Energieimport aus Afrika, um so langfristig vom arabischen Öl unabhängig zu werden.

Doch gerade daran entzündet sich auch Kritik. AEEP darf nicht dazu dienen, Afrika erneut nur als Rohstofflieferanten für den reichen Norden auszubeuten. Wo über große, transkontinentale Energieprojekte nachgedacht werde, müsse auch die Bevölkerung vor Ort davon profitieren, fordern vor allem Nichtregierungsorganisaitonen. Nötig ist das allemal: Über 560 Millionen Menschen in Sub-Sahara Afrika haben keinen Zugang zu Energie. Das macht den ordentlichen Betrieb von Schulen, Krankenhäusern, kleinen Wirtschaftsunternehmen in vielen Gebieten fast unmöglich. Zugang zu Energie ist daher eine wichtige Voraussetzung zur Erreichung der UN Millenniumsziele, mit denen die weltweite Armut und Unterentwicklung bekämpft werden soll. mh

mein, von "neuen, innovativen Finanzierungsinstrumenten die Rede" und von der Kooperation mit der Privatwirtschaft. Und Christoph Leitl, Präsident der österreichischen Handelskammer, versicherte den AEEP-Delegierten: "Wir sind auf Ihrer Seite."

Zu wenig Interesse beim Privatsektor

Die afrikanische Wirklichkeit sieht anders aus - sagt zumindest Ugandas Energieminister, Simon D'Ujanga. Das Land hatte im Jahr 2002 einen Zehn-Jahres-Plan beschlossen, wonach der Anteil der Menschen in ländlichen Gebieten mit Zugang zu Energie von damals ein Prozent auf 10 Prozent im Jahr 2012 gesteigert werden sollte. Bislang ist man von diesem Ziel aber noch weit entfernt – "etwa" acht Prozent seien erreicht, sagt der Minister, knapp sechs Prozent sagen seine Mitarbeiter. Die Schwierigkeiten sieht D'Ujanga vor allem darin, dass Gelder für den Netzausbau fehlen. Deshalb habe man auf die Kooperation mit der Privatwirtschaft gesetzt, doch die seien an Investitionen im Energiebereich kaum interessiert. "Wir haben viele Anreize geboten", so D'Ujanga. "Wir haben zum Beispiel die Steuern erlassen und bieten auch Einspeisungs-Tarife an. Doch der Privatsektor will schnelle Gewinne, und im Energiebereich dauert es lange, bis sich die Investition lohnt und Renditen abwirft."

Anderswo ist die Situation ähnlich. Vielfach sind die Bemühungen um Energiezugang in Afrika und Förderung von Erneuerbaren Energien über lokale Pilotprojekte nicht hinausgekommen. Eins davon stellte Olivier Ngororabanga vom Projekt REPRO (Renewable Energy Promotion) aus Ruanda vor. Es handelt sich um das Murunda Micro Hydropower in der Western Province. "Wir haben dort viele kleine Flüsse, die wir für die Wasserkraft genutzt haben", so Ngororabanga. 52.000 KW Strom pro Monat werden inzwischen erzeugt, 1813 Menschen von insgesamt etwa über 2400 in der Region wurden an das Netz angeschlossen. Für den Erfolg sei letztlich entscheidend gewesen, dass sich private Investoren gefunden hätten.

Solche und ähnliche Projekte gehen aber vielen Beobachtern noch nicht weit genug. Mehr Förderung, um Erneuerbare Energieprojekte auch in größerem Stil in Afrika voran zu treiben, war eine der Forderungen, die in Wien wiederholt geäußert wurden. Zudem müsse es innerhalb von AEEP mehr Transparenz darüber geben, welche Projekte überhaupt gefördert und bereits in Angriff genommen worden sind. "Das läuft viel zu bilateral, doch bei einem multinationalen Projekt müssen alle Beteiligten wissen, was vorgeht", kritisierte insbesondere der französische Minister für Umwelt, Energie, Nachhaltigkeit, Grüne Technologie und Klimaverhandlungen, Jean-Louis Borloo. Allerdings: Über ein geplantes französisch-kenianisches Projekt zu nachhaltiger Energiegewinnung und Waldschutz ließ er in Wien auch erst mal noch keine Details verlauten. "Wir sind da in den Vorgesprächen", so Borloo. Immerhin war er der einzige europäische Minister, der sich auf dem AEEP High Level Forum überhaupt hatte blicken lassen - wenn er auch nur rasch zu einem kurzen, publikumswirksamen Auftritt am Nachmittag mit einer Militärmaschine eingeflogen war.

Von deutscher Seite warb Gudrun Kopp, Parlamentarische Staatsekretärin im Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, BMZ, für AEEP und appellierte an die Delegierten, Erneuerbare Energien in Afrika "massiv zu fördern." Immerhin sei der internationale Markt für Renewables stark gewachsen: Mit 140 Milliarden läge das Investment derzeit erstmals höher als bei konventioneller Energie (110 Mrd.). "Erneuerbare Energien schaffen Arbeitsplätze, helfen beim wirtschaftlichen Aufschwung", so Kopp.

"Zlivie Bewegung"

Positiv wurde in Wien vermerkt, dass die Verantwortlichen des Großprojektes "Desertech" auf internationale Kritik reagiert hätten. Bei Desertech geht es vor allem darum, Europa mit Solarstrom aus der Sahara zu versorgen. Doch genau deshalb geriet das Projekt in die Kritik: Hier werde Afrika erneut nur als Ressourcenlieferant ausgebeutet, hieß es. Jetzt aber habe Desertech stärker auch die Versorgung der lokalen Bevölkerung mit Energie in den Blick genommen, befand zum Beispiel der ECOWAS-Experte für Erneuerbare Energien Mahama Kappiahr. Diesen Eindruck versuchte Desertech-Gründer und Aufsichtsratsmiglied Max Schön in Wien zu bestätigen. Man sei keineswegs nur von den großen Konzernen gelenkt, so Schön. Desertech sei eine "umfassende zivile Bewegung". Ob und wie allerdings sichergestellt werden kann, dass

Gewinne aus groß angelegtem Energieexport von Afrika nach Europa künftig auch tatsächlich für die lokale Energierversorgung und den Ausbau der dortigen Infrastruktur genutzt werden, muss noch geklärt werden. "Dazu müssen wir klare gesetzliche Grundlagen schaffen, die derzeit noch fehlen", räumt Ugandas Energieminister D'Ujanga ein.

Immerhin: 100 Millionen mehr Menschen, so ein weiteres von AEEP in Wien formuliertes Ziel, sollen bis zum Jahr 2020, Zugang zu Energie haben. Doch bei der Podiumsdiskussion darüber, wie das zu schaffen ist, waren Presse und Öffentlichkeit nicht zugelassen. Kandeh K. Yumkella, Generaldirektor der UN Organisation für industrielle Entwicklung, UNIDO, geht noch einen Schritt weiter als AEEP. Er fordert Energiezugang für alle Menschen bis zum Jahr 2030. Beim Treffen afrikanischer Energieminister vom 1. bis 7. November wird das Thema erneut zur Sprache kommen. Manchen von ihnen wird es nicht ganz leicht fallen, sich stärker für Erneuerbare Energien im Kampf gegen Energiearmut einzusetzen – denn viele Minister verfügen gleich über mehrere Portfolios: Bergbau ist häufig ebenfalls dabei.

Für Weitere Informationen siehe auch das Interview mit K. Yumkella, General-direktor von UNIDO.

Monika Hoegen

Die Autorin ist freie Journalistin.

"Nicht nur auf das große Geld warten: Wir können viele einfache Dinge tun"

Interview mit Kandeh K. Yumkella, Generaldirektor von UNIDO (United Nations Industrial Development Organisation)

Herr Yumkella, sind Sie zufrieden mit den Ergebnissen des AEEP High Level Forum in Wien?

Yumkella: Ja, weil der Focus diesmal wirklich auf Zugang zu Energie gelegt wurde. Außerdem haben die EU, die Kommission der Afrikanischen Union und die Minister konkrete Ziele erarbeitet. Das ist ein guter Rahmen für unsere weiteren Aktivitäten. Ich habe das Thema Energiezugang über so viele Jahre hinweg for-

ciert und bin froh, dass es nun einen Schwerpunkt bildet.

Glauben Sie denn, dass dahinter ein echter Einsatz für den Kampf gegen die Energiearmut steckt? Oder erhalten am Ende wieder nur diejenigen mehr und stabilere Energie, die ohnehin schon welche haben und die Armen bleiben erneut außen vor?

Yumkella: Die Gefahr sehe ich nicht. Wir haben hier in Wien wirklich sehr viel über den fehlenden Zugang zu Energie für die Allerärmsten diskutiert. Ich denke, dahinter steckt ehrliches Engagement. Es ist sehr viel wert, dass wir nicht mehr nur über die großen Lösungen, die Netzlösungen sprechen. Die Tatsache, dass auch die EU stärker die kleinen, basisnahen Projekte, die so genannten off-grid Lösungen erwähnt, ist schon ein Fortschritt. Die EU schaut genauer hin, was vor Ort, an der Basis passiert das ist sicher auch das Ergebnis unserer Lobbyarbeit. Die großen Projekte werden sowieso umgesetzt, weil das wirtschaftliche Interesse da ist. Die kleineren Projekte, dort, wo die Armen sind, die sind viel schwieriger zu gestalten und sehr, sehr schwer zu finanzieren. Es ist also gut, das von den Diskussionen über große Projekte zu trennen.

Entsprechen denn die in Wien formulierten Ziele dieser Absicht? Die Wasserkraft bekommt den größten Stellenwert. Warum nur so wenig für Solar und überhaupt nichts für Biomasse vereinbart?

Yumkella: Darüber haben wir in unserem zweiten Segment, dem Treffen der afrikanischen Minister nach dem High Level Forum gesprochen. Hier haben wir kleinere Projekte, etwa von 250 Kilowatt, off-grid Lösungen und so weiter erörtert. Das war eine gute, ergänzende Diskussion. Wir wollten Signale setzen. Das heißt, während wir noch auf das ganz große Geld warten, zum Beispiel für Staudamm-Projekte, können wir schon mal ein paar ganz praktische Dinge tun auch mit fünf Millionen Dollar. Und außerdem: Das Ziel, 10.000 MW Wasserkraft muss ja nicht bedeuten, dass das alles nur Großprojekte sind. Aber in Afrika haben wir nun einmal viele Wasserressourcen - etwa im Kongo

und in Teilen West-Afrikas. Und für regionale Kooperation machen auch einige der Großprojekte durchaus Sinn.

Warum werden nicht mehr Solarprojekte im großen Stil gefördert?

Yumkella: Das wäre natürlich wünschenswert. In einigen Ländern, zum Beispiel Südafrika, gibt es erste Ansätze. Das Potenzial dazu ist ja auch da. Aber ich möchte niemandem eine bestimmte Technologie aufzwingen. Wir wollen vielmehr günstige, politische Voraussetzungen dafür schaffen, dass jedes Land die passende Technologie selber wählen kann. Ich bin da nicht dogmatisch. Ob Biomasse, Solar, große oder kleine Wasserkraftprojekte, selbst fossile Brennstoffe - wenn man die Kohlendioxidbelastung senken kann, können auch sie hilfreich sein.

Sie bestehen also nicht auf Erneuerbaren Energien?

Yumkella: Ich bin ein starker Befürworter der Renewables. Sie sind die Schlüssellösungen für Lösungen abseits des zentralen Stromnetzes, kommunale und dörfliche off-grid Lösungen. Aber ich werde den afrikanischen Ländern Erneuerbare Energien nicht als einzige Lösung verkaufen. Denn selbst in den positivsten Szenarios machen Erneuerbare bis 2050 in Afrika allerhöchstens 25 Prozent aus.

Sie selbst starten nun eine eigene Kampagne: Zugang zu Energie für alle Menschen weltweit bis zum Jahr 2030...

Yumkella: ja, und auch 40 Prozent Reduktion Energieverbrauch bis dahin. Das ist kein neues Millenniumsziel. Aber Investment in Energie hilft, die Millenniumsziele zu erreichen. Es gibt eine direkte Verbindung zwischen Energiearmut und Einkommensarmut. Auch die hohe Sterblichkeitsrate spielt hier eine Rolle. 1,6 Millionen Frauen und Kinder sterben jedes Jahr durch die Rauchbelastung, die bei Feuerholzverbrennung in den Hütten entsteht. Das sind fast soviel Tote wie durch Malaria. Es gibt also auch einen direkten Link zwischen Gender und dem Zugang zu sauberer Energie. Außer dem Zieljahr 2030 ist aber vor allem auch das Datum 2012 entscheidend. Da wird der Beginn einer Dekade für Energie eingeläutet. Und natürlich wissen wir, dass wir – um unser universelles Ziel 2030 zu erreichen – schon im Jahr 2010 mehr schaffen müssen, als die jetzt anvisierten 100 Millionen mehr Menschen mit Energiezugang. Wir denken, das ist machbar.

Und wie wollen Sie das erreichen?

Yumkella: Wir haben viel gelernt von anderen Kampagnen. Wir wollen für Energie ein ähnliches Programm entwickeln, wie es etwa Norwegen oder Großbritannien für die Wälder getan haben. Wir wollen Projekte für energieeffiziente Öfen voranbringen. Es geht darum, zahlreiche Aktivitäten und Initiativen, die es in verschiedenen Ländern und auch auf UN-Ebene gibt, zusammen zu bringen. Sie müssen sich an der Basis auswirken. Wir wollen nicht nur große Projekte lancieren, die zehn Jahre dauern. In Zwischenzeit können wir einfache Dinge umsetzen, um zum Beispiel 600 KW für eine Gemeinde mit 5-6000 Leuten zu erzeugen. Darauf liegt mein Schwerpunkt. Darauf, kleine Projekte auf Gemeindeebene voranzubringen. Das hat die größte Wichtigkeit. Energiesicherheit darf es nicht nur für die Reichen geben.

Wie groß ist nach ihrer Meinung der politische Wille der afrikanischen Regierungen, dezentrale Lösungen voranzubringen?

Yumkella: Ich würde sagen, der ist inzwischen ernsthaft vorhanden. Ghana hat da schon ein paar gute Schritte gemacht. Und überall sehen die Regierungen in Afrika, dass das nötig ist. Meine Botschaft ist: Wir sollten uns damit beeilen. Denn die Bevölkerung wächst schnell – im Jahr 2050 werden wir fast zwei Milliarden Menschen sein. Wenn es keine ländliche Entwicklung gibt, drängen all diese Menschen in die wenigen Städte. Wir brauchen aber vitale, ländliche Ökonomien. Und dafür ist Energie unerlässlich

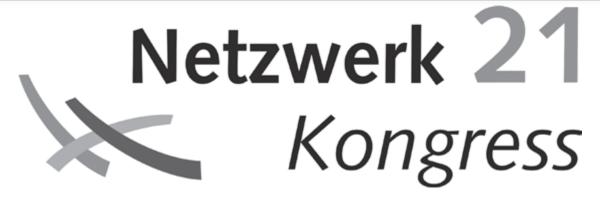
Nichtregierungsorganisationen beklagen, dass sie bei den internationalen Debatten um die europäischafrikanische Energiepartnerschaft bislang zu wenig involviert waren. Wie sieht UNIDO das?

Yumkella: Unsere Kampagne zum universellen Energiezugang wird sie auf jeden Fall einschließen. Wir werden diese Tür öffnen. Denn die NGOs haben dort Zugang, wo die ganz großen Player oft gar nicht hinkommen. Das ist so ähnlich wie bei Malaria – von solchen und ähnlichen Kam-

pagnen können wir lernen. Und wir haben ehrgeizige Pläne. Wir werden eine Knowledge-Plattform erstellen, auf der einfache, off-grid Lösungen präsentiert werden können. Jeder kann dazu beitragen und best-practice Beispiele vorstellen. Einige asiatische Länder, Indien etwa, haben schon Wunder bewirkt, was den Kampf gegen die Energiearmut betrifft. Das können wir auch anderswo

umsetzen. Indische Frauen trainieren in einem Projekt andere indische Frauen darin, Solarpanels zu installieren. So etwas sind keine Projekte, die von Gebern bestimmt werden, das sind wirksame Eigeninitiativen, die wir fördern müssen.

Das Interview führte Monika Hoegen, Freie Journalistin



4. Netzwerk21Kongress

Kommunale Nachhaltigkeit in Zeiten der Krise

Unter dem Motto "Nachhaltigkeit in Zeiten der Krise" fand am 11./12. Oktober 2010 in Nürnberg der 4. Netzwerk21Kongress statt. Der Kongress stellte in diesem Jahr den Zusammenhang von Finanz- und Wirtschaftskrise, öffentlicher Daseinsvorsorge und nachhaltiger Entwicklung in den Mittelpunkt. Mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Forschung und lokalen Initiativen wurden Strategien und Praxisbeispiele für eine nachhaltige Entwicklung auf lokaler Ebene diskutiert.

m Abend des ersten Kongresstages wurde der begehrte Deutsche Lokale Nachhaltigkeitspreis Zeitzeiche(N) in sechs Kategorien vergeben. Näher vorgestellt sei hier die Initiative Blupingu, die online den Nachhaltigkeits-Kompass und Regionallotsen für die Metropolenregion Nürnberg anbietet. Der Laudator beschrieb das so: "Man fühlt sich sofort wohl auf dieser Webseite: keine moralinsauren Appelle, keine Weltuntergangsstimmung, keine lähmenden Endlos-Diskussionen, sondern eine freundliche und pragmatische Einladung zu einem besseren Leben, nicht irgendwo und übermorgen, sondern hier und heute." Bluepingu zeigt viele Möglichkeiten den eigenen Lebensstil nachhaltig zu gestalten und vermittelt: Nachhaltig zu leben ist kein Verzicht, sondern ein Gewinn, – an Gerechtigkeit, an Sinn und Lebensfreude, an Kommunikation und Menschenfreundlichkeit. Mit den drei Leitmotiven "bewusst einkaufen", "aktiv

mitmachen" und "früh anfangen" bietet Bluepingu nicht nur eine Vielzahl von Vernetzungs- und Informationsmöglichkeiten online, sondern Bluepingu arbeitet auch offline, vor

Geehrt wurden außerdem

- Dr. Gerold Fierment aus Brandenburg (Kategorie Einzelpersonen)
- Die Möbelmacher aus Kirchsittenbach (Kategorie Unternehmen)
- Die BUNDjugend aus Berlin (Kategorie Jugend)
- Der Wissenschaftsladen aus Hannover (Kategorie Ideen)
- Die Stadt Nordhausen (Kategorie Kommunen)

Nürnberger Erklärung verabschiedet

Beim 4. Netzwerk21Kongress 2010 in Nürnberg wurde eine Erklärung verabschiedet, die die für Kommunen erforderlichen Rahmenbedingungen für die Gestaltung einer nachhaltigen

Entwicklung thematisiert und konkrete Forderungen dazu stellt.

Daneben wurde das Positionspapier "Vertikale Integration als Schlüsselelement zur Umsetzung einer Nachhaltigen Entwicklung" vorgestellt. Dabei handelt es sich um ein Papier des bundesweiten Arbeitskreises Vertikale Integration Nachhaltiger Entwicklung (VINE). Darin werden Vorschläge für die verbesserte Verbindung der föderalen Ebenen formuliert. Den Text der Erklärung und der Diskussion sowie die meisten Referate sind auf der Kongress-Homepage zu finden.

Der nächste Kongress findet vom 7.-9.Dezember 2011 in Hannover statt, einen besonderen Stellenwert soll dabei das Verhältnis zwischen Wirtschaft und Umwelt haben. Mit Rio+20 - Nachhaltig vor Ort! in Kooperation mit dem Fünften Netzwerk21Kongress entsteht ein konkreter Beitrag der deutschen Städte und Kommunen zur Vorbereitung der UN-Konferenz 2012 in Rio. Im 20. Jahr nach dem ersten Weltgipfel 1992 ist es Zeit für eine kritische Bestandsaufnahme.

Gudrun Vinzing

Die Autorin arbeitet für die GRÜNE LIGA Berlin. Weitere Informationen:

- www.netzwerk21kongress.de
- http://www.rioplus20kongress.de

Veranstaltungen / Termine

Wir haben es satt!

Demonstration 22. Januar 2011 **Berlin**

Anlässlich des Treffens der wichtigen Agrarminister der Welt im Rahmen der Grünen Woche 2011 im Januar in Berlin, ruft ein breites Bündnis aus Umwelt- und Bioverbänden, Tierschutz- und Entwicklungshilfeorganisationen zu einer Groß-Demo auf. Die derzeitige Agrarpolitik bietet keine angemessene Lösung für den sich vollziehenden Klimawandel, den Verlust der biologischen Vielfalt und der Bekämpfung des Welthungers. Eine artgerechte Tierhaltung sowie regionale Märkte kommen zu kurz. Unter dem Motto "Wir-haben-es-satt" wird von der Politik ein Richtungswechsel gefordert. Nein zu Gentechnik, Tierfabriken und Dumpingexporten, Ja zu bäuerlicher, ökologischer Landwirtschaft und fair produziertem Essen, Geben auch Sie Ihrem Unmut Ausdruck und kommen Sie am 22. Januar nach Berlin.

Informationen: Demo-Büro "Wir haben es satt" Köpenicker Str. 36-38 10179 Berlin Tel.: 030-21608621 E-Mail: info@wirhaben-es-satt.de www.wir-haben-es-satt.de

Transparenz im Rohstoffsektor - Chancen für Entwicklung statt Rohstofffluch?

Auftaktveranstaltung 25. Januar 2011, 18 Uhr **Rerlin**

Reich an Rohstoffen und dennoch arm - das scheint das Schicksal vieler afrikanischer Länder zu sein. Diesem Rohstofffluch sollen Initiativen für mehr Transparenz entgegenwirken, so dass mit Kupfer, Kobalt und Co. auch die Entwicklung gefördert wird. Die USA haben mit der Einführung verpflichtender Transparenzregeln für Unternehmen eine neue Dynamik in den Prozess gebracht. Wie reagieren Politik und Wirt-

schaft in Deutschland und Europa darauf? Könnten entsprechende Gesetzgebungen helfen, Korruption einzudämmen und Entwicklung voranzutreiben? Kann es sogar eine Win-Win-Situation geben, in der Entwicklungsländer Unternehmen der Industrieländer profitieren? Diesen und anderen Fragen werden die Veranstalter mit kurzen Beiträgen namhafter Experten und einem hochkarätig besetzten Podium auf den Grund gehen. Informationen:

One Deutschland Reinhardtstr. 47 10117 Rerlin Tel.: 030-319891570 E-Mail: deutschland@one.org www.one.org

überLeben - über-Grenzen

6. Stuttgart Open Fair 2011 28. - 30. Januar 2011 Stuttgart

Wir grenzen uns ab, Andere aus. überschreiten ihre Grenzen, dringen ein und richten an. Hier unbegrenzt konsumieren, dort ausgegrenzt überleben – die Wohlstandsgrenze ist überall, nur Geld fließt grenzenlos ins Steuerparadies. Unsere Vielfalt aber ist lebendig, kann Grenzen setzen und überwinden: Grenzüberschreitungen in ein lebendiges Stuttgart in einer anderen, gemeinsamen Welt - danach suchen engagierte Menschen und Initiativen aus der Region beim Stuttgart Open Fair 2011. Und wir suchen nicht allein - Anfang Februar versammeln sich 100.000 Menschen aus aller Welt beim 10. Weltsozialforum in Dakar/Senegal um zu zeigen, dass eine andere Welt möglich ist.

An Infoständen auf dem WeltSTATTMarkt (29.01.2011, Schlossplatz), in Workshops, Vorträgen und Diskussionen im Forum 3 (29.01.2011) und bei einem musikalischpolitischen Brunch und Konzerten im Laboratorium (28.01.2011, Konzert mit Kaira Tiló) wird der Blick darum nach Afrika gerichtet - den Kontinent der ums Überleben kämpft.

Informationen: SOFa-Sekretariat/Colibri e. V. Carol Bergin/Johannes Lauterbach Nauklerstraße 13 72074 Tübingen Tel.: 07071 255608 E-Mail: johanneslauterbach@ gmx.net www.stuttgart-open-fair.de



Handel -Klimawandel -Entwicklung:

Die Rolle der Handels-, Investitionsund Rohstoffpolitik im Übergang zur Green Economy

Fachkonferenz 28. Februar - 01. März 2011 Berlin

Der Rio+20-Gipfel hat "Green Economy in the context of sustainable development" als zentrales Thema. Ohne eine entsprechende Gestaltung der Handelspolitik ist es in einer globalisierten Weltwirtschaft undenkbar, dass sie sich zu einer Green Economy weiterentwickelt. Welche Rolle spielt die Handelspolitik bei einer solchen Transformation? Was muss getan werden, damit Handelspolitik die politischen Handlungsspielräume von Ländern für diese Transformation nicht einschränkt, sondern erweitert? Damit Handelspolitik ihren Beitrag zu einer Green Economy leisten muss sie stärker entwicklungs- und umweltpolitische Belange berücksichtigen. Handelspolitik ist jedoch EU-Kompetenz. Deshalb bedarf es einer Bewertung der neuen EU-Handelsstrategie aus entwicklungs- und umweltpolitischer Sicht. Daneben ist ein neuer Rohstoffboom zu beobachten. Der Export von agrarischen und mineralischen Rohstoffen ist für Entwicklungsländer jedoch eine zentrale Komponente ihrer Entwicklungsstrategien. Aktuell drohen stark steigende Rohstoffpreise und Versorgungssicherheitsdebatten gleichzeitig, die Verteilungskonflikte zu verschärfen. Der stark steigende Abbau mineralischer und Anbau agrarischer Rohstoffe verursacht zunehmende Umweltschä-

den und steigende Treibh-

ausgas-Emissionen. Welche Möalichkeiten nationaler und internationaler Regulierung gibt es? Welche Rolle spielt die Handelspolitik dabei? Kann Handelspolitik die unausweichliche Effizienzrevolution beim Umgang mit Rohstoffen vorantreiben? Ist die im Koalitionsvertrag vorgesehene Nachhaltigkeits-Zertifizierung der gesamten Biomasseproduktion ein gangbarer Weg?

Dies ist eine erste Vorankündigung der noch in Planung befindlichen gemeinsamen Konferenz von GTZ, BMZ und Forum Umwelt & Entwicklung. Weitere Informationen und ein ausführliches Programm werden in Kürze fertig gestellt werden und auf der Homepage des Forums veröffentlicht.

Informationen: Forum Umwelt & Entwicklung Koblenzerstr. 65 53173 Bonn Tel.: 0228-359704 E-Mail: b.oehmen@ forumue.de www.forumue.de

Weltwassertag 2011: Urban Water Management

Informations- und Aktionstag 22. März 2011 Rundesweit

Der Weltwassertag am 22. März im Jahr 2011 hat die Auswirkungen der raschen Zunahme von Stadtbevölkerung, Industrialisierung und Klimawandel auf die Wasserressourcen und den Umweltschutz im Blick. Aktuelle Themen wie die wachsende städtische Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, die Verschmutzung durch kommunale und industrielle Einleitungen, der Klimawandel und seine unvorhergesehene Risiken und Herausforderungen, die Übernutzung der vorhan-denen Ressourcen werden insbesondere mit dem Blick auf die armen Bevölkerungsschichten werden von den unterschiedlichen Seiten beleuchtet. Auch

die

Rolle Forum Umwelt und Entwicklun der lokalen Regierungen und der Unternehmen wird kritisch hinterfragt.

UN-HABITAT und UNEP starten jetzt mit den Vorbereitungen und der Koordination der Aktionen und Events im nächsten Jahr.

Schon jetzt steht die Veranstaltung der Stadtwer-ke Ulm/Neu-Ulm zum Tag des Wassers 2011 fest. Am Dienstag, 22. März, kann man sich im Pumpwerk Donautal um 14 Uhr über das Trinkwasser informieren. Fragen wie diese stehen im Mittelpunkt: Woher kommt unser Trinkwasser, wie wird es gewonnen und wie gelangt es in die Häuser? Welcher technische Aufwand steckt eigentlich hinter einer Wasserversorgung, die jederzeit Trinkwasser in bester Qualität liefert? Den internationalen Tag des Wassers nehmen die Stadtwerke Ulm / Neu-Ulm zum Anlass die Türen zum Pumpwerk im Donautal zu öffnen und einen Blick hinter die Kulissen zu ermöglichen.





Dokumentarfilm: Verseuchtes Land – Die Atomfabrik Majak

Dieser ergreifende Dokumentationsfilm der Nichtregierungsorganisation "Greenworld" aus St. Petersburg wurde mit Hilfe der Heinrich Böll Stiftung Deutsch untertitelt. Er zeigt eindringlich die Situation in der Region Majak: Majak war die erste Anlage zur industriellen Herstellung spaltbaren Materials in der Sowjetunion. Durch zahlreiche Unfälle und die wiederholte Freisetzung von Radioaktivität wurden in den vergangenen Jahrzehnten 272.000 Menschen hohen, gesundheitsschädlichen Strahlendosen ausgesetzt. Die Region gilt heute als eines der am stärksten verstrahlten Gebiete der Welt. Trotz alledem werden heute immer noch radioaktive Brennstäbe aus Europa nach Majak gebracht. Weiterhin verseuchen die radioaktiven Abwässer aus der Anlage die Umwelt. Auch wenn die Transporte aus Deutschland vorerst gestoppt wurden: Für Majak gibt es noch lange keine Entwarnung. Bezug: DVD: Russland 2009, 31 min, russisch mit dt. oder

Brauchen wir in Deutschland neuartige Sanitärsysteme?

engl. UT, (5,00 Euro) oder

online anschauen unter

www.videowerkstatt.de

Neuartige Sanitärsysteme (NASS) basieren auf der getrennten Erfassung, Ableitung, Behandlung und sinnvollen Wiedernutzung von Teilströmen des Abwassers. Mit der Anwendung von NASS werden die Wiederverwendung von Wasser und die Verwertung von Abwasserinhaltsstoffen (vor allem Nährstoffe wie Phosphor und organische Stoffe) angestrebt. Die Verbreitung und Implementierung neuartiger Sanitärsysteme hier in Deutschland ist für die Verbesserung des Zugangs zu ökologisch verträglicher Sanitärer Grundversorgung in Bezug auf die Länder von Vorteil, die Deutschland als Vorbild für technische und nachhaltige Entwicklungen ansehen. Aber auch darüber

Publikationen

hinaus hält die DWA in ihrer kürzlich herausgegebenen 20-seitigen Broschüre die Anwendung neuartiger Systeme auch in Deutschland für sinnvoll. Insbesondere schrumpfende (oder wachsende) Städte, ländliche Kommunen und Dörfer, Neubaugebiete ohne Anschluss an die Kanalisation, Neubaugebiete, deren Kläranlagen bezüglich der Stickstoffelimination an der

Kapazitätsgrenze sind, Berg- und Ausflugsregionen, Naturschutzgebiete und

sanierungsbedürftige Wohnblöcke können geeignete Anwendungsszenarien bieten.

Die Vorteile von NASS sind langfristiger Natur und liegen in ihrer flexiblen Anpassungsfähigkeit und möglichen Kosteneffizienz. Die Erstellung der Broschüre wurde von einer Reihe von Mitgliedern der Forum Umwelt und Entwicklung der AG Wasser unterstützt.

Bezug: DWA, Theodor-Heuss-Allee 17, 53773 Hennef, Tel.: 02242-872333, E-Mail: info@dwa.de, www. dwa.de (1,29 Euro).



Der Soja-Wahn – Wie eine Bohne ins Zwielicht gerät

In der Reihe "Quergedacht" hat der Oekom-Verlag das Buch mit dem Titel "Soja-Wahn: wie eine Bohne ins Zwielicht gerät" herausgebracht. Es ist klein, beleuchtet aber doch die komplexe Problematik des Sojas von nahezu allen Seiten. So hat sich in den letzten Jahren das positive Image

des Sojas durch zu großflächigem Anbau und die damit verbundene Rodung der Regenwälder, die Vertreibung indigener Völker oder Machenschaften der Agro- und Gentechnikindustrie stark gewandelt. Heute steht nicht nur der Sojaanbau in extremer Kritik, sondern auch die gesundheitlichen Vorzüge widerlegt der Autor, in dem er sich auf wissenschaftliche Studien bezieht, die doch sehr spektakuläre Fälle vorführen. Für Suchanek ist klar, dass Soja wieder einen normalen und damit wesentlich kleineren Platz innerhalb unserer Lebensmittelvielfalt einnehmen muss. Der Massenanbau in riesigen Monokulturen richtet zu großen Schaden an. Was bleibt dem Leser? Kann Suchanek überzeugen und den Leser als Verbraucher wachrütteln, sein Konsumverhalten zu ändern? Das Buch sorgt zumindest mit seiner entlarvenden, quergedachten Art für Aufklärung und damit jede Menge Diskussionsstoff. Damit ist der erste Schritt zu einem veränderten Verhalten getan. Bezug: Oekom Verlag,

Waltherstraße 29, 80337 München, Tel.: 089-5441840, Fax: 089-54418449, E-Mail: kontakt@oekom.de; www. oekom.de, ISBN-13: 978-3-86581-216-2, (8,95 Euro).

Wald-Handel für's Klima

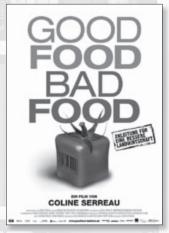
Mit dem Waldschutzinstrument REDD, das auf der Klima-Konferenz in Cancún diskutiert wurde, beschäftigt sich eine aktuelle Broschüre der Kooperation Brasilien e.V. (KoBra) aus Freiburg. 35 Hintergrundberichte von Au-to-rinnen und Autoren aus Brasilien und Deutschland und weitere ergänzende Infokästen informieren umfassend zum Thema. Die Broschüre beschäftigt sich mit den Klimakonferenzen, REDD und Waldschutzpolitik, der Vor-be-reitung litik, Waldschutzverfahren auf in Brasilien und der Diskussion innerhalb der sozialen Be¬we¬gungen des Landes. Darüber hinaus geht es auch um den deutschen Anteil an der Waldzer-störung und um mögliche Alternativen. Das Heft ist in Zusam¬men¬arbeit mit der Aktionsge-mein-schaft Solidarische Welt ASW, dem Ost-Amazonien-Forum FAOR (Fórum da Amazônia Oriental) und dem Forschungsund Dokumentations¬zentrum Chile-Lateinamerika, FDCL, entstanden.

Bezug: Kooperation Brasilien e.V. (KoBra), Kronenstr. 16a, 79100 Freiburg, E-Mail: info@ kooperation-brasilien.org

Film: GoodFood

– BadFood: Anleitung für eine bessere Landwirtschaft

Es sind schon viele Filme über Katastrophenszenarien gedreht worden, die als warnende Appelle verstanden werden wollten. Sie haben ihre Berechtigung gehabt, doch jetzt ist es an der Zeit, den Blick darauf zu richten, dass es auch Lösungen gibt. Man muss jenen Bauern, Philosophen und Ökonomen Gehör verschaffen, die mit ihren Überlegungen nicht nur erklären, wie unser Ge-



sellschaftsmodell in der ökologischen, finanziellen und politischen Krise versinken konnte, die allen bekannt ist, sondern die darüber hinaus nach Alternativen suchen und diese auch umsetzen.

Was haben französische Mikrobiologen, die Millionen Wanderarbeiter Brasiliens. Vandana Shivas experimentelle Bauernhöfe in Indien und die Landwirte der weltgrößten **Bioplantage** in der Ukraine gemeinsam? Alle verfolgen sie ein gemeinsames Ziel: die Verbesserung der Bodenqualität und die Wiederherstellung der Saatenvielfalt - zum Schutz der Umwelt und für gesündere Lebensmittel.

Die französische Regisseurin Coline Serreau ("Saint Jacques...Pilgern auf Französisch) zeigt in ihrem neuen Dokumentarfilm Menschen, die dagegen kämpfen, dass unsere Böden durch chemische Dünger und Pestizide vergiftet werden. Und die sich dagegen wehren, dass nur wenige skrupellose Konzerne weltweit das Saatgutangebot kontrollieren und die Bauern erpressen. Dieser engagierte Film knüpft dort an, wo "We feed the world" aufgehört hat.

Informationen: Frankreich, 113 Minuten, Alamode Film Produktion, ab dem 20.01.2011 in den Kinos, www.alamodefilm.de.

Bildungs-DVD zum Film: Fünf Länder – Fünf Stories – ein Thema: Hunger

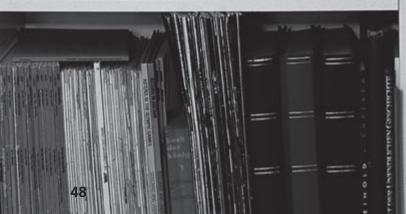
Der 90-minütige Dokumentarfilm erzählt, wie Menschen, Gruppen und Organisationen darum ringen, eine der schlimmsten sozialen, politischen und ökonomischen Probleme unserer Tage zu lösen: den Hunger in der Welt. In fünf Ländern stellt der Film die Frage, wie Menschen mit dem Hunger

leben, und warum so viele Konzepte der Entwicklungspolitik versagt haben. Von Haiti, wo die mittellosen Bauern mit den Zauberworten Freihandelspolitik und Strukturanpassung gelockt wurden, bis nach Kenia, wo ganze Landstriche seit Jahren von Lebensmittelhilfe abhängig sind. Die Regisseure suchen nach Ansätzen, wie sich die Entwicklungsländer aus der Umklammerung der Ersten – der reichen Welt - lösen können.

Die Bildungs-DVD Dokumentarfilm Hunger gibt Anstöße und Anregungen, sich mit einer der schlimmsten menschlichen, politischen und ökonomischen Katastrophen und ihre Folgen auseinanderzusetzen. Sie enthält neben dem Film umfangreiches Informationsmaterial eine Daten-DVD, die von den Kooperationspartnern zusammengestellt wurden. Sie stellen die Ursachen und Folgen des Hungers sowie Handlungsmöglichkeiten vertiefend dar. Dabei wird versucht, auch die komplexen Zusammenhänge des Themas aufzuzeigen.

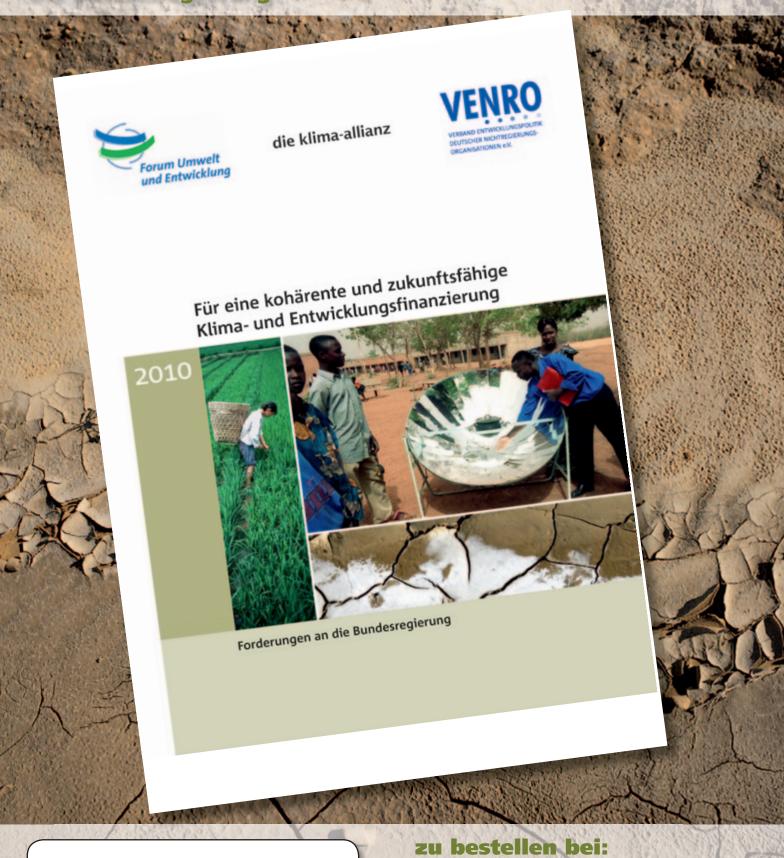
Bezug: Eikon Media, Tel.: 030-6953720, E-Mail: eikon@eikon-film.de, www. eikon-film.de (7,50 Euro).







Als Mitverursacher des Klimawandels ist Deutschland bei einer zukunftsfähigen Klima- und Entwicklungsfinanzierung in der Verantwortung. Lesen Sie hier unsere Forderungen an die Bundesregierung:



Forum Umwelt & Entwicklung

Koblenzer Str. 65

53173 Bonn

info@forumue.de, www.forumue.de